P K Woche

Главиц Вч 1956

Die amerikanische Agrarpreispolitik zwischen 1948 und 1954.

Eine Erörterung von Paritätspreisen und Paritätseinkommen für die amerikanische Landwirtschaft.

Inaugural - Dissertation
zur
Erlangung der Doktorwürde
der Hohen Rechts- und Staatswissenschaftlichen
Fakultät der
Albert - Ludwigs - Universität
zu Freiburg im Breisgau

vorgelegt
von

Peter Kristian Wocke
Diplomvolkswirt
aus
Hirschberg im Riesengebirge

1956

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Dekan: Professor Dr. Hans Thieme

Referent: Professor D. Dr. Constantin v. Dietze

Ich danke Herrn Professor von Dietze für die Überlassung des Themas, die Betreuung der Arbeit und wertvolle Hinweise bei der Durchsicht des Entwurfs.

Mein Dank gilt auch allen denen, die mir durch ein Fulbright scholarship für die Jahre 1953/54 in den U.S.A. die vorbereitenden Arbeiten für die vorliegende Schrift ermöglichten.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitung	1
I. Agrarpolitische und agrarpreispolitische Entwicklungen zwischen den Weltkriegen	3
Stützpreise im ersten Weltkrieg	3
Die McNary-Haugen-Vorschläge	8
Der Agricultural Marketing Act	13
Das Landwirtschaftsgesetz von 1933	16
Der Soil Conservation and Domestic Allotment Act	19
Das Landwirtschaftsgesetz von 1938	19
Das Steagall Amendment	21
II. Preisregulierende und marktregulierende Organisationen und Programme	24
Die Commodity Credit Corporation	24
Anbaubeschränkungen und Marktquoten	32
Marketing agreements und marketing orders	34
Section - 32 - Programm	36
III. Die agrarpreispolitische Gesetzgebung zwischen 1948 und 1954	41
Das Landwirtschaftsgesetz von 1948	41
Das Landwirtschaftsgesetz von 1949	49
Das Landwirtschaftsgesetz von 1952	53
Die Empfehlungen Präsident Eisenhowers von 1954	54
Das Landwirtschaftsgesetz von 1954	57
Die Botschaft des Präsidenten Eisenhower am 9. Januar 1956	63
Die gegenwärtig geltenden Stützsätze für verschiedene Agrarerzeugnisse	67

IV. Die amerikanische Kritik an der Agrarpreispolitik nach dem Kriege 69

Die amerikanische Kritik an den Empfehlungen des Präsidenten Eisenhower von 1954 69

Die zusammenfassende Kritik an der Agrargesetzgebung von 1948/49, 1952 und 1954 71

V. Auswirkungen der amerikanischen Agrarpreispolitik 78

Einkommenspolitische Probleme 78

Der optimale Einsatz der Produktionsfaktoren in der Landwirtschaft 85

Inflationäre Wirkungen der Paritätspreisformel und die Preiskontrollgesetzgebung 90

Handelspolitik und Stützpreise 95

VI. Amerikanische Vorschläge für Änderungen der Agrarpolitik 99

Der Brannanplan 99

Grundsätzliche Ansichten über die zu verwirklichende Agrarpreis- und Einkommenspolitik 111

Einkommensausgleich für die Farmer in Form von Einkommenszahlungen 119

Das Planpreisprogramm 126

Ergänzende Maßnahmen 128

Schlusswort 131

Anhang 132

Die Zuckergesetzgebung 132

Internationale Weizenabkommen 134

Die deutsche Literatur über die amerikanische Agrarpreispolitik der Gegenwart 136

Literaturverzeichnis 144

Lebenslauf 185

Die [illegible] der Darstellung und [illegible] Gesetzgebung der Zeit[illegible] Eine kurze Schilderung der [illegible] zwischen den beiden Welt[illegible] der Arbeit von [illegible] der späteren [illegible].

Die [illegible] Erzeugnisse sind im allgemeinen grossen Schwankungen unterworfen. Einerseits kann das von einer Instabilität des allgemeinen Preisniveaus und des [illegible] abhängen, andererseits liegen die Gründe dafür in den besonderen Angebots- und Nachfragebedingungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Hier sind Nachfrageverschiebungen für Agrarprodukte, deren relativ geringe Angebots- und Nachfrageelastizität und schliesslich Gründe anzuführen, die mit wetterbedingten Produktionsschwankungen zusammenhängen.

Da viele Farmer verschuldet sind und wegen Überbevölkerung auf dem Lande - besonders in den amerikanischen Südstaaten - jährliche Farmer- bzw. Landarbeitereinkommen entstehen, die unter dem Einkommen von Beschäftigten in anderen Wirtschaftszweigen liegen, besteht bei krisenhaften wirtschaftlichen Entwicklungen die Gefahr schädlicher Wirkungen auf die Landwirtschaft. Das Problem liegt damit in der Frage begründet, wie dem einzelnen Farmer in solchen Zeiten ein einigermassen stabiles Nettoeinkommen zugestanden werden kann.

In der Landwirtschaft der Vereinigten Staaten kommt seit über zwanzig Jahren ein Paritätspreissystem zur Anwendung, das zwar eine gewisse einkommensstabilisierende Wirkung ausgeübt hat, aber auf der anderen Seite Entwicklungen auslöste, die es als begründet erscheinen lassen, eine grundsätzliche Neuformulierung der amerikanischen

Agrarpreispolitik vorgenommen. Die Kritik an der Agrarpolitik in den Nachkriegsjahren durch amerikanische Agrarwissenschaftler und ihre Hinweise auf die Ursachen der Agrarpreispolitik sollen dargestellt werden. Amerikanische Änderungsvorschläge für eine zukünftige Agrarpreispolitik und Agrareinkommenspolitik werden anschliessend vorgetragen.

[illegible]tische Entwicklungen zwischen den Weltkriegen.

[illegible]

[illegible] Europa wurde von [illegible] Osteuropa abgeschnitten, [illegible] war ein grosser Teil des Bodens durch Kriegs[illegible] nicht benutzbar. Australien und Argentinien fielen als Exportländer aus, weil Tonnage knapp war und Importe von so weit entfernten Märkten deshalb unrentabel waren.

Die amerikanische Produktion an Weizen, Fleisch und Milcherzeugnissen stieg ab 1915 zwar stark an, konnte aber weder in diesem Jahre noch in den folgenden Kriegsjahren die Importwünsche der westeuropäischen Alliierten befriedigen.[1] Zum Teil lag es daran, dass zur Expansion der Landwirtschaft Mittel nötig gewesen wären, die nicht sofort zur Verfügung gestellt werden konnten. Ausserdem entzog der Wehrdienst der amerikanischen Landwirtschaft zahlreiche Arbeitskräfte. Der Ausfall des deutschen Kunstdüngermarktes wirkte als hemmendes Moment in dem Bestreben, die amerikanische Landwirtschaft zu intensivieren.

---

1) Ein Produktionszuwachs und Ansteigen der Exporte war besonders bei Roggen zu verzeichnen: im Jahre 1919 war die Produktion um 116 % (1910/14 = 100) gestiegen, die Exporte sogar um 5000%. Die Weizenproduktion stieg bis 1919 um 13 %, die Weizenexporte um 166 %. Die Schweinefleischproduktion lag im Jahre 1919 um 25 % über der der Vergleichsperiode 1910/14, die Schweinefleischexporte hatten sich um 158 % erhöht. (Vergl. dazu: USDA, BAE, 495, S. 316)

Die Folge des Zurückbleibens der Produktion hinter der Nachfrage war ein Ansteigen der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Im Höhepunkt des Preisbooms hatten die Getreidepreise die zweieinhalbfache Höhe ihrer Durchschnittspreise von 1910/14 erreicht. Auch Preise für einige Waren, die nicht dem Export zugeführt wurden, zogen stark an, entsprachen aber nicht ganz den Preisbewegungen der Exportgüter.

Indexzahlen der Ab-Hof-Preise 1915 - 1919

August 1909 / Juli 1914 = 100					
	Wirtschaftsjahr, im Juli beginnend:				
	1915	1916	1917	1918	1919
Getreide	109	172	230	227	248
Baumwolle	94	148	229	233	285
Früchte	90	111	146	179	198
Milchprodukte ..	104	120	148	175	196
Hühner, Eier ...	104	137	168	197	219
Fleischtiere ...	111	147	195	214	191
Alle Produkte	103	146	192	206	228

Quelle: USDA, BAE, 495, S. 648

Von 1917 bis 1920, in einer Periode mit steigenden Agrarpreisen, gewährte die amerikanische Bundesregierung Stützpreise für Weizen und Schweine. Ökonomisch gesehen war das paradox, politisch gesehen verständlich: Auf diese Weise hatte man mit Erfolg versucht, bestimmte Produktionsmengen jährlich zu erzielen. Von 1917 bis 1920 gab die Regierung für das Stützpreisprogramm zwei Milliarden Dollar aus.

Dieses Programm ist zum Verstehen der heutigen

Stützpreispolitik der amerikanischen Bundesregierung von Bedeutung, weil es das erste Stützpreisprogramm war und damit [illegible] einer [illegible] Kette von marktregulie[illegible] [illegible] nahmen der Bundesregierung [illegible]

[illegible] i z e n begann im Frü[illegible] dem Jahre 1916 lagen nur [illegible] und die erwartete [illegible] 0 Millionen bushels gesamt [illegible] nach amerikanischem Weiz[illegible] für das Jahr 1917 veranschlagt. Die westeuropäischen Alliierten kauften den gesamten verfügbaren Weizen im Frühjahr 1917 auf und trieben den Preis im Mai auf 2,[illegible] $ je bushel.[1] Am 12.5.1917 ordnete der Chicago Board of Trade ein kurzfristiges Börsenverbot für Weizenhandel an. Zur gleichen Zeit gründeten die westlichen Alliierten die Wheat Export Company, Inc., mit dem Ziele, durch Zusammenfassung ihrer Kaufkraft über ein Nachfragemonopol auf den Weizenpreis Druck ausüben zu können. Die Gesellschaft wollte als Einkaufspreis nicht mehr als 1,50 $ je bushel zahlen und in den Importländern das bushel mit 1,80 $ verkaufen.[2] Daraufhin fiel der Weizenpreis in Chicago im Oktober 1917 auf 2,17 $ je bushel.[3] In Sorge wegen der fallenden Preise erschienen Abordnungen der Getreidegrosshändler und Getreidemüller in Washington und verlangten von der Regierung Preisstabilisierung und Preisgarantien für die Getreidepreise.[4] Herbert C.Hoover - damals Relief Administrator in Belgien - unterstützte diese Forderung. Im August 1917 verabschiedete der Congress mit dem Lever Food Control Act das erste Stützpreisprogramm für Weizen und für einige andere landwirtschaftliche Erzeugnisse. Danach wurde der Präsident

---

1) vergl. SURFACE, 180, S. 315
2) vergl. SURFACE, 180, S. 39
3) vergl. PETERSON, 443, S. 17
4) vergl. SURFACE, 180, S. 39

der U.S.A. ermächtigt, den Weizenpreis festzusetzen, Weizenmehl und andere Erzeugnisse zu angemessenen Preisen zu kaufen, zu lagern und zu verkaufen und ausserdem an Nahrungsmittelhändler Lizenzen auszugeben, um den Bedarf der Armee an Nahrungsmitteln und Futter etc. sicherzustellen. Mit der Durchführung des Stützpreisprogramms wurde die Food Administration Grain Corporation (FAGC) betraut. Sie fixierte den Weizenpreis auf 2.20 $ je bushel und schloss mit den Grosshändlern und Weizenmüllern Verträge über diesen Preis ab.[1] Die FAGC erhöhte im Jahre 1918 den Weizenfestpreis auf 2.26 $, um die Farmer zur Erhöhung ihrer Weizenanbaufläche anzuregen. Im Herbst 1918 - nach dem Waffenstillstand in Europa - ergab sich für Europa die Möglichkeit, wieder billigeren Weizen aus Australien und Argentinien einzuführen. In Erwartung dieser Entwicklung kündigte die Wheat Export Company ihre Verträge mit der FAGC. Um krisenhafte Entwicklungen auf dem amerikanischen Weizenmarkt zu vermeiden, gründete der Congress die United States Grain Corporation, stellte eine Milliarde Dollar für die Weizenpreisstützung zur Verfügung und stattete die Gesellschaft mit grösseren Vollmachten aus, als es bei der FAGC der Fall gewesen war. Die neue Getreidegesellschaft durfte Produktion, Verteilung, Import, Export, die inländischen Marktpreise und die Exportpreise kontrollieren.

Im November 1918 fuhr H.C.Hoover in seiner Eigenschaft als Food Administrator nach Europa, um das U.S.-Lebensmittelprogramm zu erweitern und mit den westlichen Alliierten über neue Weizenkäufe zu verhandeln. Die Verhandlungen waren erfolgreich. Argentinien und Australien konnten nicht kontinuierlich liefern, weil die Schiffsraumknappheit unerwartet lange anhielt.[2] Die Weizenkrise in Amerika blieb aus, und als Ganzes betrachtet war das Weizenprogramm erfolgreich gewesen. Seit Beginn des Programms in

---

1) vergl. SURFACE, 180, S. 68 - 74

2) vergl. RICHARDS, 25. S. 9

[illegible] 1917 bis zu seinem Ende im Mai 1920 war der [illegible] Tiefenpreis für Weizen nie unter den garantier- [illegible]

[illegible] Weltkrieges war auch für Schwe- [illegible] stieg die europä- [illegible] stark an. Dagegen kauf- [illegible] Bengen tier- [illegible] stark an. Als [illegible] die amerikanischen Schweine- [illegible] verhältnismässig jung, was wiederum [illegible] gefährdete. Gegen Ende des Jahres 1917 sank der Schweinepreis im Verhältnis zum Maispreis ungewöhnlich tief ab.[1] Um den Schweinebestand zu erhalten und die Fettproduktion (aus alten Tieren) zu erhöhen, beschloss die Regierung im November 1917, über die [illegible] Schweinepreise für Schweine zu gewähren.[2] Die Geschlossenheit ging mit den Schweinefleischexportieren Kontrakte ein; so war es möglich, den Schweinepreis bis zum Ende des Krieges auf dem gewünschten Stand zu halten. Nach Abschluss des Waffenstillstands kündigten die Westalliierten ihre Verträge mit den Schweinefleischexporteuren. Daraufhin lieferten die amerikanischen Schweinehalter sehr grosse Mengen Schweinefleisch auf den Markt, weil sie glaubten, dass die Schweinepreise nun fallen würden. Auf diese Weise verringerte sich der amerikanische Produktionsüberschuss von selbst; der Rest der Überschüsse nahm seinen Weg in das europäische Hilfsprogramm. Ab Sommer 1919 waren Preisgarantien für Schweine nicht mehr notwendig. Die europäische Blockade hatte ihr Ende gefunden, und auf den europäischen Markt normalisierte sich wieder die Nachfrage nach amerikanischem Schweinefleisch.

---

1) vergl. SURFACE, 197, S.69

2) Die Preisgarantie besagte, dass der Schweinehalter für 100 pounds marktfähiges Fleisch den dreizehnfachen Preis des Preises für Futtermais (100 pounds) erhalten solle.

Die McNary - Haugen - Vorschläge

Die Agrarkrise nach dem Kriege wurde durch ein erhebliches Fallen der Agrarpreise eingeleitet. Im Jahre 1921 fiel der Preisindex (1910/14 = 100) für alle Agrarerzeugnisse um 65 % unter den Indexstand des Jahres 1919.[1] Die Deflationspolitik des Federal Reserve System bewirkte eine Verknappung der amerikanischen Kredite und einen Abbruch der Kaufkraftsteigerung bei den europäischen Importländern und führte damit zu einer Verminderung der Ausfuhrerlöse. Der amerikanische Gesamtagrarexport entsprach jedoch ungefähr mengenmässig dem der Kriegsjahre.[2] Die Agrarproduktion erhöhte sich im Kriege um 9 % und hielt sich während der Nachkriegsjahre nur leicht über der Gesamtnachfrage nach Agrarerzeugnissen.[3] Bei Fleisch und tierischen Erzeugnissen waren jedoch Angebotsstrukturänderungen zu verzeichnen.

Als eine der Ursachen der Krise wird in Amerika die Bodenspekulation angesehen. Die jährlichen Zinszahlungen der Farmer nach dem Kriege lagen um 45 % über den Vorkriegsbeträgen.[4] Die Farmgrundbesitzsteuern stiegen langsam bis zum Jahre 1932 auf eine Höhe von 180 % des Vorkriegsstandes.[5] Die Bahnfrachtraten stiegen ebenfalls, und zwar durchschnittlich für die einzelnen Agrarprodukte um 50 % über den Vorkriegsstand.[6] Ausserdem belastete sich die Landwirtschaft durch erweiterte Mechanisierung mit neuen Kosten. Als Folge dieser Entwicklungen ergab das Ansteigen der landwirtschaftlichen Bruttoeinkommen zwischen 1920 und 1929 um 60 % über den Vorkriegsstand (1910/14 = 100) nur einen Nettoeinkommenszuwachs von 49 %. Die Hypothekenschulden erhöhten sich und er-

---

1) USDA, BAE, 495, S. 648
2) USDA, BAE, 495, S. 540
3) USDA, PMA, 535, S. 15
4) USDA, BAE, 495, S. 697
5) USDA, BAE, 495, S. 692
6) USDA, BAE, 497, S. 24

reichten einen Höchststand im Jahre 1923 mit 10 785 Millionen $ [1] Viele Farmer mussten ihre Höfe verlassen. In den Jahren 1922 bis 1931 waren [illegible] zwischen 870 und 5799 Farmkonkursfälle [illegible].[2]

Während der [illegible] 1921 entschloss sich der U.S. [illegible] einiger Gesetze, die der Landw[illegible] [illegible]chaftliche Hilfe bringen [illegible] wurde ausgebaut und der Regierung [illegible] Nahrungsmittelbetriebe, Marktagenturen und G[illegible] übergeben. Im Januar 1922 berief die Regierung eine National Agricultural Conference ein, um weitere Wege und Mittel zur Hilfe für den amerikanischen Farmer zu besprechen.[3] Auf dieser Konferenz schlugen G.N. Peek und H.S. Johnson das sogenannte "Doppelpreissystem" (two-price system) für Agrarerzeugnisse vor. Die Gedankengänge der Autoren des Doppelpreissystems waren folgende:[4]

Der amerikanische Farmer produzierte Überschüsse zu einem Preis, der ihn automatisch von dem einzigen Markt eliminierte, der die Überschüsse hätte aufnehmen können. Die Produktionsüberschüsse mussten dann zum Weltmarktpreis exportiert werden, zu einem Preis, der damals unter dem Kostenpreis der Erzeugnisse lag. Da die amerikanischen Farmer während des Krieges auf Wunsch der Regierung ihre Kapazität erweitert hatten, argumentierte Peek, die misslichen Verhältnisse, in denen sich die Farmer nun wegen der Produktionsüberschüsse und der Produktionskostenerhöhung befanden, seien von der Regierung verschuldet und müssten darum auch von der Regierung gebessert werden. Das Ziel der Regierung müsse deshalb sein, die Kaufkraft der Farmer auf die Höhe des Vorkriegsstandes zu heben und damit einen Ausgleich für die Landwirtschaft (Equa-

---

1) USDA, Farm Credit Administration, [illegible], S. [illegible]
2) U.S. Department of Commerce, 547, S. 111
3) vergl. SHIDELER, 174, S. [illegible]
4) vergl. U.S.H.R., 463

lity for agriculture")[1] zu schaffen.

Unter dem Doppelpreissystem versteht Peek eine unterschiedliche Preisgestaltung einerseits für Agrarprodukte, die dem Binnenmarkt zugeführt werden sollen und andererseits solchen, die auf den Exportmärkten zu Dumpingpreisen verkauft werden sollen. Der Differenzbetrag zwischen Kostenpreis und Dumpingpreis soll durch eine "Ausgleichsgebühr" (equalization fee) [illegible] einer Produktionssteuer aufgebracht werden. Der Binnenpreis soll nach dem Peek-Plan mit Hilfe von Regierungskäufen stabilisiert werden. Charakteristisch für den Plan ist: 1. das Herrühren des Verlustes der früheren Farmerkaufkraft als Folgeerscheinung des Weltkrieges, 2. die Regierung wird um direkte Hilfe für den Farmer ersucht und 3. die Möglichkeit einer Produktionseinschränkung wird nicht erwähnt, und stattdessen werden Exportsubsidien vorgeschlagen.

Die industriefreundliche Regierung lehnte den Vorschlag Peeks ab und opponierte bis zum Jahre 1927 erfolgreich gegen das Doppelpreissystem in der Form, in der es von Peek und Johnson geplant gewesen war. Die Mißstände in der Landwirtschaft sollten nach Meinung der Regierung durch einen "besseren Produktionsausgleich als bisher und eine intelligentere Markttechnik"[2] behoben werden. Die Meinung der Regierung drückte sich auch in den Worten des Schatzkanzlers A.W.Mellon aus, wenn er damals sagte:[3]

> "Foreign consumers under the proposed plan will secure American commodities at prices below the American level. European labor could purchase American products at a lower price and could live more cheaply than American labor. Foreign industrial costs would be lowered and the foreign competitor assisted in underselling American products abroad and in our home market. In general, a surplus is taken care of by a decrease in production or by an increase in consumption."

---

1) vergl. New Moline Plow Co., Inc., 128

2) USDA, Office of the Secretary, 531, S. 4

3) zitiert bei BLACK, 8, S. 248

Trotz der Opposition der Regierung entwarf ein Assistent des Landwirtschaftsministers ein Landwirtschaftsgesetz, das die Idee des Doppelpreissystems übernahm.[1] Senator Charles L. McNary und das Mitglied des Repräsentantenhauses Gilbert H. Haugen leiteten den Entwurf beiden Häusern zu.[2] Das Gesetz sollte nur eine zeitlich begrenzte Notmaßnahme sein, falls es vom Congress gebilligt werden sollte. Jedoch sollte sich erst später herausstellen, dass auf diesem Gesetzentwurf alle folgenden Gesetze fussten, die das Agrarpreisniveau stabilisieren sollten, bzw. "paritätische Einkommensverhältnisse" für den amerikanischen Farmer ermöglichen sollten.

Der Gesetzentwurf sah die Errichtung einer regierungsabhängigen Gesellschaft (Kapital 200 Millionen Dollar) vor, die bestimmte Mengen landwirtschaftlicher Grunderzeugnisse zu einen Preis ankaufen sollte, der dann als der offizielle Marktpreis gelten sollte. Dieser Preis stellte den Vorkriegspreis (1905 - 1914) des Erzeugnisses dar, erhöht in dem Maße, in dem 404 bestimmte industrielle Artikel seit dieser Zeit angezogen hatten und damit bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse in ihrem Tauschwert erhöht hatten. In anderen Worten: wenn der Preis für Güter und Dienste, die der Farmer kauft, auf 300 % des Vorkriegsstands stände und ein bushel Weizen vor dem Krieg 0,80 $ einbrachte, dann erhält der Farmer gemäss dem Gesetzentwurf 0,80 multipliziert mit 300

---

1) Das "offizielle Washington" war sich zwar über die Ablehnung des Peek-Johnson-Plans einig, bestritt aber nicht die Notlage der Farmer. So äusserte sich z.B. Präsident Coolidge: "... his (the farmer's - A.V.) products not selling on a parity with the products of industry, every sound remedy that can be devised should be applied for the relief of the farmer." (COOLIDGE, 417) vergl. zur Haltung der Regierung auch: U.S Congress, 457, S. 100 und TAYLOR, 181, S. 599 f.

2) Obwohl Peek und Johnson die eigentlichen Väter des Gedankens sind, der dem Gesetzesvorschlag zugrunde liegt, so gelten McNary und Haugen als Initiatoren der Bewegung, die die "Parität für die Landwirtschaft" anstrebt und fordert.

oder 2,40 $ je bushel Weizen.

Die Aufgabe der Regierungsgesellschaft sollte der Ankauf von Produktionsüberschüssen an Weizen sein, um auf diese Weise den heimischen Preis auf einem bestimmten Niveau halten zu können. Die Höhe des Exporterlöses sollte nebensächlich sein; die Verluste beim Dumping hätten die Farmer in Form der Ausgleichsgebühr zahlen müssen. Dagegen hatte der Farmer die Garantie, dass sein Nettoeinkommen nach Bezahlung der Gebühr verhältnismäßig höher sein würde als wenn die Regierung keinerlei Ankäufe bzw. Stützpreismaßnahmen vornehmen würde.[1)]

Im Juni 1924 stimmte die Mehrheit der Mitglieder des Repräsentantenhauses gegen das neuformulierte McNary-Haugen-Gesetz. Im Senat kam es nicht einmal zu einer Abstimmung darüber. Zum Teil hatte die Ablehnung ihren Grund im Fehlen eines einheitlichen Farmblocks mit zentraler Führung in Washington, zum Teil genoss ein anderer Gesetzentwurf, ein Steuerreformplan (Mellon plan), um diese Zeit grosse Popularität; man erhoffte sich auch von der Steuerreform eine ausreichende Hilfe für die landwirtschaftlichen Betriebe. Die Anhänger des McNary-Haugen-Plans reichten ihren Vorschlag im Jahre 1925 noch einmal in beiden Häusern -- erfolglos - zur Beratung und Abstimmung ein.

Im Frühjahr 1927 stimmte der Congress für den McNary-Haugen-Entwurf. Jedoch Präsident Coolidge legte gegen das Gesetz sein Veto ein; Coolidge begründete sein Veto mit dem Hinweis, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen gegen mehrere Gruppen von Farmern (besonders im Baumwoll- und Tabakgürtel) ungerecht seien, weil die Ausgleichsgebühr eine Steuer zugunsten bestimmter Farmergruppen sei und letztendes, weil das Gesetz verfassungswidrig sei.

Ein weiterer Versuch, das Gesetz in Kraft treten zu lassen, scheiterte im Jahre 1928 nach erfolgreicher Abstimmung in beiden Häusern am erneuten Veto von Präsident

---

1) vergl. USHR, 464, S. 1 ff. und U.S.Senate, 477, S.4 ff.

Coolidge. Zwar überstimmte der Senat das Veto mit der verfassungsmässigen Mehrheit, jedoch handelte das Repräsentantenhaus nicht in der gesetzlichen Frist und brachte damit den McNary-Haugen-Gesetzentwurf endgültig zu Fall.

Der parlamentarische Kampf um das Doppelpreissystem für Agrarerzeugnisse hatte für die Entwicklung des Stützpreisgedankens in den U.S.A. aus folgenden Gründen Bedeutung:

1. Die öffentliche Meinung beschäftigte sich wesentlich intensiver als vorher mit den Problemen des amerikanischen Farmers.
2. Die Publizität des Problems und der Druck des Farmblocks brachten die Regierung dazu, im Jahre 1929 eine Organisation zu schaffen, deren Aufgabe später die Stabilisierung der Agrarpreise sein sollte: Der Federal Farm Board wurde auf Grund des Agricultural Marketing Act im Jahre 1929 gegründet.
3. Angeregt durch die Doppelpreis-Debatte wurden eine Anzahl anderer Vorschläge in Hinsicht auf die Besserung der Lage des Farmers gemacht. Einer dieser Vorschläge, der Spillman Domestic Allotment Plan, gab das Vorbild für Maßnahmen unter dem New Deal, die das Angebot landwirtschaftlicher Erzeugnisse verringern sollten.[1)]

Der Agricultural Marketing Act

Im Jahre 1926 unterstützte die Regierung einen Gesetzentwurf, der den ländlichen Genossenschaften Fonds zum Ankauf von Agrarüberschüssen zur Verfügung stellen sollte.[2)] Zur gleichen Zeit wurde im Landwirtschaftsministerium ein Gesetz entworfen, das die Errichtung eines Federal Farm Board vorschlug, zu dessen Aufgaben es gehören sollte, den ländlichen Genossenschaften Vorschüsse

1) vergl. RICHARDS, 25, S. 20
2) vergl. USHR, 465

zum Ankauf von Agrarüberschüssen zu gewähren.[1] Ankäufe dieser Art waren für den Fall vorgesehen, dass der Marktpreis des Überschusserzeugnisses unter den Produktionspreis fiel.

Die Republikanische Partei versprach in der Wahlkampagne 1928 die Errichtung eines Federal Farm Board, "der mit den notwendigen Befugnissen zur Schaffung eines Agrarmarktsystems ausgestattet werden sollte, ... das unter Zuhilfenahme von farmereignen und von Farmern kontrollierten Gesellschaften Überschüsse durch sachgemässe Verteilung verhüten bzw. kontrollieren müsste."[2]

1929 trat der Agricultural Marketing Act in Kraft. Zweck des Gesetzes sollte sein:[3]

"1. to promote education in the principles and practices of cooperative marketing of agricultural commodities,

2. to encourage the organization of cooperatives,

3. to investigate conditions of overproduction of agricultural commodities and advise as to the prevention of such overproduction, and

4. to report on land utilization, reduction of unprofitable marginal acreage, and methods of expanding markets at home and abroad."

Nach dem Wortlaut des Gesetzes war nicht beabsichtigt, den Agricultural Marketing Act als Grundlage für Stützpreismaßnahmen zu nehmen. Jedoch wurde es bald die Hauptaufgabe des Federal Farm Board, die Agrarpreise mit Hilfe eines 500-Millionen-Dollar-Fonds zu stabilisieren.[4] Der Federal Farm Board hielt die Farmer vergeblich zur Einschränkung ihrer Produktion an[5]: Mit der fortschrei-

---

1) vergl. U.S.Senate, 478

2) zitiert bei KILE, 22, S. 145

3) Agricultural Marketing Act, 1929, USC 12, No.1141, Sec.2

4) Federal Farm Board, 422, S. 102; vergl. auch: WALLACE, 36, S. 14 ff.; FRB San Francisco, 286, S. 78

5) im 3.Jahresbericht des Board (422, S. 102) heisst es: "Improvement in farm income cannot be obtained from cooperative marketing alone, but requires in addition that production be brought in line with consumer demand. There are two ways of dealing with agricultural

tenden Krise in den dreissiger Jahren stiegen die Agrarproduktion und gleichzeitig der Preisdruck auf die Agrarerzeugnisse. Der Board unternahm daraufhin die Preisstützung von Weizen, Baumwolle und Butter und erschöpfte damit seine finanziellen Mittel.[1] Die Regierung tat nichts, um den Fonds des Board aufzufüllen. Im zweiten Jahresbericht des Federal Farm Board (1932) wurde daraufhin festgestellt:[2]

> "Stabilization involves selling as well as buying; producers must face this fact. Many people have thought that stabilization means to hold the price permanently higher than it would otherwise be. This cannot be done without control of production. In a few limited and specialised lines cooperative associations have made progress toward such control. For the great staple products, however, the problem still remains for the future. The Board has attempted, througt education and publicity, to bring about desirable changes in production. To date, however, farmers have not made sufficient response to these appeals. .. Until farmers are organized for production planning it is useless to expect them ss if they were. In the long run stabilization tends to perpetuate the very situation it is aimed to relieve."

Der Farm Board war im übrigen der Meinung, dass die Gesundung der Landwirtschaft von der Normalisierung des industriellen Wirtschaftssektors abhängig sei und dass sonst die Stabilisierung der Agrarpreise entweder äusserst kostspielig oder zwecklos sein würde. Da die erforderlichen Mittel nicht zur Verfügung standen, musste der Board im Jahre 1931 sein Stützpreisprogramm beenden.[3]

Der Präsidentschaftskandidat der Demokratischen Partei, F.D.Roosevelt, war sich während der Wahlkampagne des Jahres 1932 mit seinem politischen Gegner, dem Präsidenten Hoover[4], in der Ablehnung der Stützpreisoperationen des Federal Farm Board einig. Roosevelt war der Meinung, dass dem Farmer (insbesondere den Erzeugern von Weizen,

---

surpluses - prevent them and control them. The Agricultural Marketing Act mentions both, but gives first place to the former way, prevention.

1) vergl. NICHOLLS, 133, S. 6

2) Federal Farm Board, 421, S. 36 f.

3) vergl. GUMPERZ, 85, S. 69 f.

4) vergl. New York Times, 345, S. 4

Baumwolle, Mais und Tabak) eine Hilfe, vergleichbar mit den Zolltarifen für industrielle Produkte, gegeben werden müsse. Dieser Differentialgewinn dürfe den Farmer allerdings nicht zur Produktionsausweitung anregen.[1] Daneben befürwortete Roosevelt den Spillman Allotment Plan, der als Gesetzentwurf im Herbst 1932 dem Repräsentantenhaus zur Abstimmung vorgelegt wurde.[2] Der Entwurf sah die Konzipierung eines Anbauplans für landwirtschaftliche Grunderzeugnisse vor und enthielt bestimmte Vorschläge für die Preisstabilisierung dieser Erzeugnisse: Farmer, die im Anbaujahr 1933 freiwillig die Erzeugung von Weizen, Baumwolle, Mais, Tabak oder Schweinen um 20 % einschränkten, sollten Prämien erhalten. Der genannte Prozentsatz wurde als ausreichend angesehen, die preisliche Disparität zwischen den geltenden Preisen und denen der Periode 1910/14 zu korrigieren. Der Gesetzentwurf passierte zwar das Repräsentantenhaus, aber nicht den Senat.[3]

Das Landwirtschaftsgesetz von 1933

Vom August 1929 bis zum Februar 1933 fiel das Durchschnittsniveau der Farmpreise um 64 %. Im Jahre 1932 kostete ein bushel Mais in Chicago 30 cents und ein pound Baumwolle in New Orleans 6 cents. Es trat zwischen 1929 und 1933 dieselbe Situation wie nach dem ersten Weltkrieg ein: die Preise der Güter und Dienste, die die Farmer kauften (einschliesslich Zinsen und Steuern), fielen weniger als die Preise, die die Farmer für ihre Erzeugnisse bekamen. Im März 1933 war die Kaufkraft der Agrarprodukte um die Hälfte des Wertes gesunken, den sie in der Zeitspanne 1910/14 hatte.[4]

---

1) vergl. New York Times, 346, S. 4
2) vergl. USHR, 466
3) vergl. SNYDER, 176, S. 16
4) vergl. ROBINSON, 155, S. 2

Das Lagerungsprogramm des Federal Farm Board hatte das Agrarpreisproblem nicht lösen können. Man war in Kreisen der Landwirtschaft und auch in Washington davon überzeugt, dass der beste Weg zur Erhöhung der Agrarpreise, zur "reflation"[1], Produktionseinschränkungen sein würden[2]. Die Gesetzentwürfe, die beiden Häusern des Congress bald nach der Regierungsumbildung im März 1933 eingereicht wurden, sahen besonders für Baumwolle, Weizen und Mais sogenannte "Produktionsanpassungen" vor.

Der Agricultural Adjustment Act of 1933 wurde vom Congress im Mai desselben Jahres verabschiedet. Das Gesetz stellte fest, dass die amerikanischen Farmer nicht "einen gerechten Anteil am Nationaleinkommen" hätten. Außerdem wurde argumentiert, dass die Depression zum Teil eine Folge "der schweren und zunehmenden Disparität zwischen den Agrarpreisen und den Preisen anderer Güter" sei.[3] Damit war zum ersten Mal in der Geschichte der amerikanischen Agrargesetzgebung das Wort "Parität" erwähnt worden.

Die Einkommensparität mit der Periode 1910/14 sollte durch Zahlungen vom Landwirtschaftsministerium für diejenigen Farmer erreicht werden, die Verträge über Anbaubeschränkungen und Produktionskontrollen unterzeichneten. Die Teilnahme an dem Programm war freiwillig. Nach dem Wortlaut des Gesetzes sollten diese marktregulierenden Massnahmen zunächst nur für die sogenannten Grunderzeugnisse in Anwendung kommen. Dazu gehörten Weizen, Baumwolle, Mais, Schweine, Reis, Tabak, Milch und Milchprodukte. Im Jahre 1934 wurden Rindvieh, Roggen, Flachs, Gerste, Sorghum, Erdnüsse und Zucker zusätzlich in die Liste der Grunderzeugnisse aufgenommen.[4] Der Landwirtschaftsminister zahlte ausser den Prämien für erfolgte Anbaubeschränkungen

---

1) vergl. Farm Foundation, 16, S. 12

2) Vorschläge, die in dieser Richtung gemacht wurden, waren eine Fortsetzung der Politik, die der Spillman Allotment Plan befürwortet hatte.

3) zitiert bei NICHOLLS, 133, S. 7

4) Als das Gesetz im März 1934 in Kraft trat, war Baumwolle schon gesät worden und die [illegible] waren angegangen. Um die Produktion sofort einzuschränken, [illegible]

bei den Überschusserzeugnissen Baumwolle, Weizen, Mais und Tabak auch an diejenigen Farmer Subsidien, die auf Wunsch des Ministeriums Erzeugnisse anbauten, deren Produktion erweitert werden sollte.[1] Zu diesen Erzeugnissen gehörten Alfalfa, Sojabohnen und Grobfutter. Zur Finanzierung der Zahlungen des Ministeriums wurde von Farmern, die die Bestimmungen über Produktionsbeschränkungen verletzten, eine "Verarbeitungssteuer" (processing tax) erhoben. Sie wurde so bemessen, dass sie die Differenz zwischen Marktpreis des Erzeugnisses und Paritätspreis ausglich.[2] Auf diese Weise sollte das Programm sich selbst finanzieren.

Das Landwirtschaftsgesetz des Jahres 1933 hatte nicht die vom Gesetzgeber erhofften Wirkungen auf die Landwirtschaft. Die Produktion von Überschusserzeugnissen sank nur unwesentlich, und die Agrarpreise erhöhten sich nur geringfügig, weil die Farmer sich nicht im notwendigen Ausmaß an den marktregulierenden Programmen beteiligten.[3] Die finanziellen Bestimmungen des Gesetzes wiederum waren nicht ausreichend, um verhindern zu können, dass die Farmer durch Produktionssteigerung die niedrigen Preise kompensierten und sich damit ein besseres Nettoeinkommen schufen.[4]

---

das Landwirtschaftsministerium im Frühjahr des gleichen Jahres Prämien, wenn die Saat wieder untergepflügt wurde. Ähnliche Maßnahmen wurden auf dem Schweinemarkt ergriffen: Da die Sauen um diese Zeit schon geworfen hatten, erhielten Erzeuger, die Ferkel vernichteten, Prämien.

1) vergl. FRB San Francisco, 286, S. 79

2) Die Definition des Begriffs "Paritätspreis" hat sich im Laufe der Zeit verändert. Im Jahre 1933 definierte das Gesetz den Begriff im wesentlichen als einen Preis, der einem bestimmten Erzeugnis die gleiche Verfügungsmacht über Produkte, die der Farmer kauft, gibt, wie sie während der Basisperiode 1910/14 bestanden hatte.

3) vergl. FRB San Francisco, 286, S. 79

4) Die Farmpreise stiegen erst im Jahre 1937 auf die Höhe des Paritätspreises. Die Ursachen dafür waren die allgemeine Belebung des Konsums und die Folgen der Dürre jenes Jahres.

Der Soil Conservation and Domestic Allotment Act

Am 6. Januar 1936 erklärte das Oberste Bundesgericht verschiedene Bestimmungen des Agricultural Adjustment Act of 1933 für verfassungswidrig und damit ungültig.[1] Das Gericht argumentierte, dass die vom Bund erlassenen Verarbeitungssteuern zum Zwecke der Produktionskontrolle einen Übergriff der Bundesgesetzgebung auf Kompetenzen der Bundesstaaten darstellten.

Im selben Jahr wurde der Soil Conservation and Domestic Allotment Act erlassen.[2] Dies Gesetz sah Barzahlungen an Farmer vor, die für die Erhaltung und Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit arbeiteten, die ihr Land wirtschaftlich nutzten und die Bodenqualität förderten, die "Raubbau, verschwenderische und unwissenschaftliche Nutzung des Bodens" einschränkten und u.a. Flüsse und Häfen gegen Erosionsschäden schützten.[3] Ein weiteres Ziel des Gesetzes war die "Wiederherstellung eines Kaufkraftverhältnisses der Nettoeinkommen von Personen, die auf Farmen arbeiten, wie es in der Periode August 1909 - Juli 1914 für Personen, die nicht auf Farmen arbeiteten, bestanden hatte".[4] Im übrigen sollte mit Hilfe des Gesetzes die Überschussproduktion eingeschränkt werden. Der Staatshaushalt stellte Mittel für solche Farmer zur Verfügung, die statt sogenannter "bodenerschöpfender" Feldfrüchte wie Baumwolle, Weizen und Mais sogenannte "bodenerhaltenden" Pflanzen anbauten, wie z.B. Hülsenfrüchte.

Das Landwirtschaftsgesetz von 1938

Der am 16. Februar 1938 erlassene Agricultural Adjustment Act of 1938[5] bestimmte, dass für die Grunder-

---

1) USDA, PMA, 538, S. X

2) Soil Conservation and Domestic Allotment Act, 49, Stat. 1148, Public Law 461, 1936

3) ibid, Section 7 (a)

4) ibid, Section 7 (a)

5) Agricultural Adjustment Act of 1938, [illegible]

zeugnisse Weizen, Mais und Baumwolle ein Stützpreis von nicht weniger als 52 % und nicht mehr als 75 % des Paritätspreises[1] gezahlt werden musste, wenn die Erzeugung eines der Erzeugnisse den normalen Jahresverbrauch und zu erwartenden Export übersteigt, wenn die Erzeuger festgesetzte Vermarktungsquoten[2] eingehalten haben oder wenn die Marktpreise für die betreffenden Erzeugnisse während eines Marktjahres unter ein bestimmtes Niveau sanken.[3]

Vermarktungsquoten dürfen nur dann bekanntgegeben werden, wenn mindestens zwei Drittel aller Erzeuger eines bestimmten Erzeugnisses für das Quotenprogramm gestimmt haben. Wenn dies der Fall ist, gelten die vom Landwirtschaftsminister bekanntzugebenden Quoten als verbindlich für alle Erzeuger eines bestimmten Produkts. Das Gesetz bestimmt, dass Erzeuger, die die Quoten überschreiten, weder Stützpreise noch sonstige Subsidien erhalten dürften; ausserdem ist eine "Strafsteuer" je ausserhalb der Quote vermarkteter Erzeugungseinheit zu entrichten.

Das Gesetz ermächtigte den Landwirtschaftsminister, auch für Erzeugnisse, die nicht als Grunderzeugnisse galten, Stützpreise zwischen 52 % und 75 % des Paritätspreises festzusetzen. Neben den Stützpreisen waren drei andere Subsidienarten vorgesehen:

1. Anpassungs- oder Bebauungsprämien konnten an Farmer gezahlt werden, die statt bodenerschöpfender bodenerhaltende Ackerfrüchte anbauten.
2. Prämien waren für Farmer vorgesehen, die bestimmte

---

1) Der Paritätspreis im Sinne dieses Gesetzes ergibt sich aus der Multiplikation des durchschnittlichen Erzeugerpreises in der Basisperiode 1910/14 mit dem letzten Preisindex (1910/14 = 100) der landwirtschaftlichen Kostenfaktoren.
vergl. AAA, 1938, op.cit., Section 301 (a) (1) B

2) Die Legalität von Marktquoten wurde vom Obersten Bundesgericht nachgewiesen (vergl. u.a.: 307 US 38 und 113 F. 350)

3) vergl. AAA 1938, op.cit., Section 302

bodenbildende bzw. bodenerhaltende Anbaumethoden anwendeten.

3. Soweit vom Congress dafür Mittel zur Verfügung gestellt worden waren, durften an Erzeuger von Weizen, Mais, Baumwolle, Reis und Tabak sogenannte Paritätszahlungen[1] als Einkommenskorrektur[2] geleistet werden.

Die Beleihungsbefugnisse der Commodity Credit Corporation erweiterte das Gesetz erheblich. Bisher hatte die CCC nur Beleihungen ohne gesetzlichen Ersatzanspruch (non-recours loans)[3] für Mais und Baumwolle vorgenommen. Nach dem Landwirtschaftsgesetz von 1938 durften alle lagerfähigen Produkte mit einem Beleihungssatz (Stützpreis) von 52 % bis 75 % des Paritätspreises beliehen werden.

Das Steagall Amendment

Der Ausbruch des zweiten Weltkriegs in Europa und der Abschluss des Leih- und Pachtabkommens verursachten in den Vereinigten Staaten ein gleichzeitiges Ansteigen der Agrarproduktion und der Agrarpreise. Das Nettofarmeinkommen stieg von 5,4 Milliarden $ im Jahresdurchschnitt 1935/39 auf 13,6 Milliarden $ im Jahre 1944.[4]

---

1) vergl. AAA 1938, op.cit., Section 303

2) Das "Paritätseinkommen" im Sinne dieses Gesetzes ist das Pro-Kopf-Bruttoeinkommen für Farmer, das dem Pro-Kopf-Bruttoeinkommen der Erwerbspersonen in anderen Wirtschaftzweigen entspricht. (vergl. AAA 1938, op. cit., Section 301, (a) (2))

3) "Non-recourse loans" sind Beleihungen für in CCC-Lagern gelagerte Erzeugnisse. Die Beleihung ist nur dann vom Farmer zurückzuzahlen, wenn das Erzeugnis verkauft wird. Farmer haben lediglich dann ein Interesse am Verkauf der Lagerware, wenn der Marktpreis den Beleihungssatz übersteigt. Wenn der Marktpreis auf der Höhe des Beleihungssatzes steht oder unter diesen sinkt, übernimmt die Regierung das Erzeugnis und trägt den Verlust.

4) vergl. Committee on Parity Concepts, 14, S. 381

Obgleich Anfang 1941 noch grosse Vorräte an Grunderzeugnissen aufgespeichert waren, wurden die Beleihungssätze für diese Waren auf 85 % des Paritätspreises hochgesetzt.[1] Am 2. Oktober 1942 wurde der Stützsatz für Grunderzeugnisse auf 90 %, für Baumwolle auf 92,5 % des Paritätspreises erhöht. Die Stützsätze für Weizen und Mais blieben auf 85 % des Paritätspreises.

Durch das sogenannte "Steagall Amendment", eine Änderung bestimmter Teile des Agricultural Adjustment Act of 1938, wurde am 1. Juli 1941 der Landwirtschaftsminister ermächtigt, für bestimmte, kriegswichtige Nahrungsmittel den Beleihungssatz auf 85 % des Paritätspreises festzusetzen. Im Jahre 1942 wurde dieser Stützsatz im Interesse der Produktionssteigerung auf 90 % des Paritätspreises erhöht. Im Laufe des Krieges wurden folgende Erzeugnisse zu Steagallwaren erklärt:[2] Schweine, Eier, Puten, Mastküken, Milch, Butter, Erbsen, Bohnen, Sojabohnen, Erdnüsse, Leinsaat, Kartoffeln und amerikanisch-ägyptische Baumwolle. Grunderzeugnisse und Steagallwaren stellten wertmässig zwei Drittel aller vermarkteten landwirtschaftlichen Erzeugnisse dar. Für die übrigen Agrarprodukte konnte der Landwirtschaftsminister nach seinem Ermessen Stützpreise festsetzen.

Die Festsetzung des Stützpreises in Höhe von 90 % des Paritätspreises sollte lediglich eine vorübergehende Kriegsmaßnahme sein. Um den Farmern die Möglichkeit zu geben, ihre Produktion nach Beendigung des Krieges den zu erwartenden neuartigen Verhältnissen anzupassen, stimmte der Congress einem Gesetzentwurf zu, der eine Stützpreishöhe von 90 % des Paritätspreises für volle zwei Jahre nach Ende des Jahres vorsah, in dem der Präsident die Feindseligkeiten als beendet erklärte. Da Präsident Truman erst am 30. Dezember 1946 die Feindseligkeiten für

---

1) Public Law 74, 26. Mai 1941

2) vergl. SHEPHERD, 32, S. 266

beendet erklärte, blieb der Stützpreis bis zum 1. Januar 1949 - auf Grund des erwähnten Gesetzes - auf der Höhe von 90 % des Paritätspreises.

Gemessen an der Paritätsformel waren während der ersten Kriegsjahre die industriellen Preise auf einem verhältnismässig hohen Stand. Zum Teil lag dies daran, dass die industrielle Kapazität nicht voll ausgenutzt wurde, was wiederum relativ hohe Kosten verursachte. Nach dem Kriegseintritt der U.S.A. stiegen industrielle Kapazität und Leistungsfähigkeit schnell an. Das zog eine Stückkostensenkung nach sich. Die industrielle Preiskontrolle war deshalb relativ leichter durchzuführen als die Kontrolle der Agrarpreise.[1] Um landwirtschaftliche Arbeiter nicht in die Industrie mit ihren hohen Löhnen abwandern zu lassen und die starke Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen durch erweiterte Intensivierung befriedigen zu können, erschien es notwendig, das allgemeine Agrarpreisniveau zu erhöhen. Der Stützpreis für Baumwolle wurde im Juni 1944 auf 95 % des Paritätspreises erhöht, im Juli auf 92,5 % herabgesetzt. Dieser Stützsatz sollte bis Januar 1948 Gültigkeit behalten.[2] Der Index (1910/14 = 100) der Agrarerzeugerpreise stieg von 95 % im Januar 1939 auf 204 % im Januar 1945 und auf 306 % im Januar 1948. Die Indexpreise der landwirtschaftlichen Kostenfaktoren stiegen von 123 % im Januar 1939 auf 186 % im Januar 1945 und auf 261 % im Januar 1948.[3]

---

1) vergl. Farm Foundation, 16, S. 24

2) vergl. Farm Foundation, 16, S. 24 f.

3) vergl. Michigan State College, DAE, 322, S. 32

II. Preisregulierende und marktregulierende Organisationen und Programme.

Die Commodity Credit Corporation (CCC)

Der Commodity Credit Corporation Charter Act aus dem Jahre 1948[1] autorisierte die Gesellschaft - nach Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Juli 1948 - zu Folgendem:[2]

1. Zur Preisstützung landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch Anleihen, Käufe, Zahlungen und andere Operationen;
2. zur Beschaffung von Materialien und Hilfsmitteln, die zur Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse notwendig sind;
3. landwirtschaftliche Erzeugnisse zur Weitergabe an Regierungsbehörden, ausländische Regierungen, U.S.-amerikanische, ausländische oder internationale Hilfsorganisationen zur Verfügung zu stellen;
4. über Agrarproduktionsüberschüsse zu disponieren;
5. den inländischen Verbrauch landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch die Entwicklung neuer Märkte, Markteinrichtungen und Verwendungsmöglichkeiten zu steigern;
6. Agrarprodukte zu exportieren, exportieren zu lassen und die Entwicklung ausländischer Märkte zu fördern und
7. jegliche andere Tätigkeit auf dem Gebiet landwirtschaftlicher Märkte zu entfalten, wenn dies der U.S. Congress beschliessen sollte.

Die CCC soll bei der Durchführung ihrer Operationen soweit als möglich die gebräuchlichen Handelskanäle und

---

1) CCC Charter Act, 15. U.S.C. 714, 1948

2) vergl. CCC Charter Act, op.cit., Section 5

sonstige bestehende wirtschaftliche Einrichtungen benutzen. Sie darf selbständig Verträge abschliessen und Eigentum erwerben. Der CCC ist es nicht gestattet, Eigentum zu spekulativen Zwecken zu erwerben, bzw. Transaktionen vorzunehmen, die nicht unmittelbar den finanziellen Verpflichtungen der Gesellschaft entsprechen. Um die Getreidevorratshaltung auf Farmen zu ermöglichen, darf die CCC an Getreideerzeuger Anleihen zum Zwecke der Erbauung oder des Kaufs von Vorratsräumen vergeben. Die CCC besitzt ein Eigenkapital von 100 Millionen $ und darf nach der jetzt gültigen Satzung nicht mehr als 10 Milliarden $ auf einmal als Kredite (einschliesslich der verkauften Obligationen zwecks Ermöglichung von Anleihevergebungen) vergeben.

Nachdem die Bemühungen des Federal Farm Board im Jahre 1933 um die Stabilisierung des Agrarpreisniveaus fehlgeschlagen waren, entschloss sich das amerikanische Landwirtschaftsministerium zur Schaffung eines "übernormalen Speichers" für Agrarerzeugnisse.

Am 17. Oktober 1933 wurde die CCC gegründet.[1] Sie sollte die Aufgabe haben, mit Hilfe eines umfangreichen Einlagerungsprogramms die landwirtschaftlichen Preise gegen Fluktuationen auf der Nachfrage- oder Angebotsseite zu schützen. Anders als der Federal Farm Board wurde die CCC ermächtigt, landwirtschaftliche Erzeugnisse zu kaufen, zu verkaufen und an Farmer oder landwirtschaftliche Organisationen Anleihen zu vergeben, um das Agrarpreisniveau über eine Periode von Jahren zu heben.

---

1) Die CCC wurde als Delaware Corporation nach Gesetzen des Staates Delaware gegründet. (Del.Execut.Order 6340, 16.10.1933). Nach Section 2 (a) des National Industrial Recovery Act of 1933 wurde der Präsident der U.S.A. ermächtigt, zeitlich begrenzte Behörden dieser Art (CCC) zu gründen. In einem Gesetz von 31.1.1935 erkannte der U.S.Congress erstmalig ausdrücklich die CCC an und verfügte, dass sie bis zum 1.4.1937 als "eine Behörde der U.S.A." geführt werden sollte. Die Delaware Corporation arbeitete bis zum 1.7.1948 unter ihrer alten Charter weiter und wurde danach vom Bund als CCC übernommen. (Vergl. zur Geschichte der CCC: USHR, 468 und U.S.Senate, 479)

Im Jahre 1933 wurden CCC-Beleihungen an Baumwoll- und Maiserzeuger gewährt. Das Baumwollbeleihungsprogramm von 1933 - in welchem Beleihungen von maximal 10 cents pro pound genehmigt wurden - und das Maisbeleihungsprogramm - das 45 cents je bushel verzeichnete - wurden am 18.11.1933 genehmigt.[1] Ausser den Anleihen für Baumwolle und Mais im Jahre 1933 wurden bis 1938 lediglich für das Wirtschaftsjahr 1935 Beleihungen für Baumwolle, Mais und naval stores durchgeführt.[2] Verglichen mit den gegenwärtigen Verhältnissen war das Ausmaß jener Beleihungsoperationen jedoch gering.

Im Agricultural Adjustment Act of 1938 wurden zum ersten Male Stützpreisoperationen seitens der CCC obligatorisch gemacht. Vorher lag es im Ermessen des Landwirtschaftsministers, Warenbeleihungen zur Hebung des Preisniveaus für einzelne Erzeugnisse zu bestimmen. Von einem blossen "Polstern" der Agrarpreise gegen Preiseinbrüche wurde der Akzent im Gesetz von 1938 auf Stützpreisoperationen verlagert, die den Farmern eine gewisse "Einkommensparität" geben sollten.[3]

Die CCC wurde im Landwirtschaftsgesetz von 1938 verpflichtet, den Erzeugern von Weizen, Baumwolle und Mais unter bestimmten Bedingungen Warenbeleihungen zwischen 52 % und 75 % des Paritätspreises zu gewähren. Das Gesetz erlaubte auch die Gewährung von Stützpreisen an Erzeuger, die nicht Weizen, Mais oder Baumwolle anbauten.

Verschiedene Gesetze im Jahre 1941[4] übertrugen die

---

1) vergl. USDA, PMA, 532, S. 72 und 75

2) vergl. USDA, PMA, 540, S. 3; vergl. auch: USDA, PMA, 533

3) vergl. AA of 1938, op.cit., Section 2

4) Es handelt sich um die Gesetze vom 3.4.1941 (Erdnüsse), vom 26.5.1941 (Tabak und Reis) und vom 1.7.1941 (Weizen, Mais, Baumwolle und solche Produkte, deren Produktion während des Krieges ausgedehnt werden sollte.) Neufassungen und Erweiterungen erfuhren diese Gesetze durch den Stabilization Act of 1942 und das Gesetz vom 28.7.1945. Ein Stützpreis für Schafwolle wurde am 3.8.1947 genehmigt. Vergl. U.S.Senate, 484

Autorität zur Festsetzung einer genauen Stützpreishöhe von der CCC auf das Landwirtschaftsministerium und bestimmten, dass die Gesellschaft zwischen 1941 und 1946 alle sogenannten "Grunderzeugnisse" - Baumwolle, Mais, Weizen, Reis, Tabak und Erdnüsse - mit Beleihungen in Höhe von 85 % des Paritätspreises versehen müsse. Später wurde der Stützsatz für Grunderzeugnisse auf 90 %, 95 % und in einigen Fällen noch über 95 % des Paritätspreises heraufgesetzt. Während des Krieges entband man die CCC zeitweilig von ihren Hauptaufgaben, nämlich Stützpreisoperationen und öffentliche Lagerhaltung. Nationale Anbaupläne wurden angewandt, um die Produktion auszudehnen. Stützpreise benutzte man lediglich als Anreiz zur Flächenexpansion und zur Anwendung verbesserter Produktionsmethoden.

Nachdem die CCC im Jahre 1937 ihr Programm erweitert hatte, ergaben sich einige Schwierigkeiten: Die Vorausbestimmung von Beleihungssätzen im Verhältnis zum Paritätspreis gestaltete sich immer komplizierter, und ähnliche Schwierigkeiten ergaben sich bei der Bestimmung des allgemeinen Preisniveaus nach der wirtschaftlichen Erholung im Jahre 1937.

Die CCC-Lagerbestände an Baumwolle und Mais vergrößerten sich nach 1938 erheblich, obgleich für Baumwolle z.B. Vermarktungsquoten bestimmt worden waren. Die Beleihungssätze waren also höher bemessen worden als es nach dem eingetretenen Verhältnis von Angebot und Nachfrage gerechtfertigt gewesen wäre. Im Herbst 1941 besass die CCC Einlagerungen in Höhe von einer vollen Baumwollernte - wovon einige Lagerbestände sieben Jahre alt waren - und einer halben Normalweizenernte und einer viertel Maisernte.[1] Die Getreidesilos waren überfüllt, und auf einigen Getreidebörsen wurden Lieferungen auf Lager nicht mehr zugelassen. Im Jahre 1941 hatte die CCC Erzeugnisse oder Warenbeleihscheine im Werte von fast 1.25 Milliarden Dollars.

---

1) vergl. FRB San Francisco, 286, S. 75 und USDA, CCC, 517, S. 8 f. und 35 - 49

Die Wirkungen der hohen Stützsätze der Kriegs- und Nachkriegszeit traten besonders nach der relativ guten Ernte im Jahre 1948 auf. Zu dieser Zeit liess auch die ausländische Nachfrage nach Agrarprodukten etwas nach, und eine leichte industrielle "recession" schwächte die heimische Nachfrage. Um die Stützpreisgarantie in Höhe von 90 % des Paritätspreises einzulösen, war die CCC gezwungen, erhebliche Weizen- und Maisbestände einzulagern. Aber ähnlich der Entwicklung nach 1941, so schuf auch im Jahre 1950 ein Krieg den Ausweg für die Stapelwaren in einen gesteigerten Verbrauch. Beim Ausbruch der Feindseligkeiten in Korea hatten die Lagerbestände der CCC beinahe die Höhe erreicht, die sie kurz vor dem zweiten Weltkrieg hatten. Die Bestände setzten sich im wesentlichen aus den Ernteüberschüssen der Jahre 1948 und 1949 und einigen Eier-und Geflügelüberschüssen aus dem Jahre 1950 zusammen. Während des Koreakriegs trug die Lagerungspolitik der CCC dazu bei, die allgemeine Preissteigerung zu dämpfen. Innerhalb kurzer Zeit wurden die gesamten Baumwollbestände auf den Markt gebracht - es waren etwa 4 Millionen Ballen -, ebenfalls erhebliche Butter- und Käsevorräte. Am Ende des Jahres 1952 besass die CCC nur noch 40 % der Bestände, die in der Jahresmitte 1950 gelagert gewesen waren.

Sowohl im Jahre 1953 als auch 1954 liefen wieder grosse Vorräte auf. Im Februar 1954 wurde auf Wunsch des Präsidenten die Kreditgrenze der CCC um 1,75 Milliarden $ auf 8,5 Milliarden $ heraufgesetzt. Im August des gleichen Jahres erfolgte eine erneute Erhöhung der Kreditgrenze auf 10 Milliarden $.

Am 1. Juli 1955 hatten die Weizenbestände eine Rekordhöhe von ca. einer Milliarde bushel erreicht; mit dieser Menge könnte die Weizennachfrage der U.S.A. von 18 Monaten gedeckt werden. Am 1. August 1955 befanden sich nahezu 10,5 Millionen Ballen Baumwolle - ein U.S.-Jahresbedarf - im Besitz der CCC. Anfang März 1956 lagerte die CCC Agrarüberschüsse im Werte von mehr als 7,4 Milliarden $; Weizen,

Baumwolle und Mais machten drei Viertel der Gesamtsumme aus. Unter diesen Umständen erwog man, die 10-Milliarden-Kreditgrenze der CCC um zwei Milliarden Dollar zu erhöhen, weil man fürchtete, dass die Ernte des Wirtschaftsjahres 1955/1956 die 10-Milliarden-Quote überschreiten könnte.[1)]

---

1) Bemerkenswert ist die Tatsache, dass angesichts dieser grossen Lagerbestände das Agricultural Committee des House of Representatives im März 1955 mit 23 zu 11 Stimmen für einen Gesetzentwurf plädierte, der für Grunderzeugnisse einen starren Stützpreis von 90 % des Paritätspreises vorsehen würde.

Jährliche Durchschnittsstützpreise der CCC, 1948-1953+)

Erzeugnis	Einheit	in Dollar					
		1948	1949	1950	1951	1952	1953
Grunderzeugnisse							
Mais	bu.	1,44	1,40	1,47	1,57	1,60	1,60
Baumwolle	lb.	0,29	0,27	0,28	0,30	0,31	0,31
Erdnüsse	lb.	0,10	0,10	0,10	0,11	0,12	0,12
Reis	cwt.	4,08	3,96	4,56	5,00	5,04	4,84
Weizen	bu.	2,00	1,95	1,99	2,18	2,20	2,21
Tabak							
Burley	lb.	0,42	0,40	0,46	0,50	0,50	0,47
feuergetr.	lb.	0,44	0,43	0,45	0,51	0,51	0,48
Erzeugnisse, die nicht Grunderz.sind							
Butterfett	lb.	--	0,59	0,60	0,68	0,70	0,67
Werkmilch	cwt.	--	3,14	3,07	3,60	3,85	3,74
Honig	lb.	--	--	0,09	0,09	0,11	0,10
Angorawolle	lb.	--	--	0,49	0,53	0,57	0,61
Kartoffeln	bu.	--	1,10	1,01	--	--	--
Tungnüsse	ton	--	60,00	63,00	67,20	67,20	63,38
Wolle	lb.	0,42	0,42	0,45	0,51	0,54	0,53
Andere Erzeugnisse							
Gerste	bu.	1,15	1,09	1.10	1.11	1,22	1,24
Trockenbohnen	cwt.	7,61	6,55	6,30	6,69	7,87	7,79
Hühner	lb.	0,26	0,25	--	--	--	--
Baumwollsaat	ton	--	49,50	49,83	63,90	66,70	54,20
Eier	doz.	0,48	0,47	0,37	--	--	--
Flachssaat	bu.	5,75	3,74	2,57	2,65	3,77	3,79
Sorghum	cwt.	2,31	2,09	1,87	2,17	2,38	2,43
Schweine	cwt.	--	15,80	--	--	--	--
Hafer	bu.	0,70	0,69	0,71	0,72	0,78	0,80
Trockenerbsen	cwt.	4,75	3,07	--	--	--	--
Roggen	bu.	1,29	1.27	1,28	1,30	1,42	1,43
Sojabohnen	bu.	2,18	2,11	2,06	2,45	2,56	2,56
Süßkartoffeln	bu.	1,98	1,72	--	--	--	--
Puten	lb.	0,32	0,32	--	--	--	--

+) aufgerundet

Quelle: USDA, CCC, 517, S. 1

CCC-Stützpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse 1948 - 1953 (in % des Paritätspreises)

Erzeugnis	1948	1949	1950	1951	1952	1953
Grunderzeugnisse						
Mais	90	90	90	90	90	90
Baumwolle	92,5	90	90	90	90	90
Erdnüsse	90	90	90	88	90	90
Reis	90	90	90	90	90	91 +)
Weizen	90	90	90	90	90	91 +)
Tabak						
Burley	90	90	90	90	91 +)	90
feuergetr.	90	90	90	90	91 +)	92 +)
Erzeugnisse, die nicht Grunderz. sind						
Butterfett	90	90	86	90	90	90
Werkmilch	90	90	79	87	90	90
Honig	-	-	60	60	70	70
Angorawolle	-	-	74,1	74,1	75	80
Kartoffeln	90	60	60	-	-	-
Tungnüsse	-	60	60	60	62	65
Wolle	94	94	90	90	90	90
Andere Erzeugnisse						
Gerste	75	72	75	75	80	85
Trockenbohnen	90	80	75	75	85	87
Hühner	90	90	-	-	-	-
Baumwollsaat	-	90	73	90	90	75
Eier	90	90	75	-	-	-
Flachssaat	143	90	60	60	80	80
Soghum	77	70	65	75	80	85
Schweine	90	90	-	-	-	-
Hafer	70	70	75	75	80	80
Trockenerbsen	90	60	-	-	-	-
Roggen	72	72	75	75	80	80
Sojabohnen	90	90	80	90	90	90
Süßkartoffeln	90	80	-	-	-	-
Puten	90	90	-	-	-	-

+) Stützpreis liegt über 90 % des Paritätspreises, weil der Paritätspreis zu Beginn des Marktjahres niedriger war als der Paritätspreis zur Zeit der Bekanntgabe des Stützpreisprogramms.

Quelle: USDA, CCC, 517, S. 3

Anbaubeschränkungen und Marktquoten

Im Agricultural Adjustment Act of 1938 wurden die gesetzlichen Grundlagen zum Erlass von Anbaubeschränkungen und Marktquoten gelegt.[1] Die Marktquoten sind Marktkontrollen im interbundesstaatlichen Handel. Die Bestimmungen über Marktquoten im Landwirtschaftsgesetz von 1938 ersetzten die Bestimmungen über Produktionskontrollen des Landwirtschaftsgesetzes von 1933, in dem versucht worden war, Überschüsse lediglich mit Hilfe von Produktionskontrollen zu verhindern. Nach der Entscheidung des Obersten Bundesgerichts im Jahre 1936 und nach den sehr schwankenden Ernteergebnissen der Jahre zwischen 1934 und 1937 erschien ein breiteres und anpassungsfähigeres Überschussprogramm zweckmässig.

Darum versuchte man im Landwirtschaftsgesetz von 1938 Wege zu finden, die eine kontinuierliche und gleichmässige Verteilung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf die heimischen Märkte zu "fairen" Preisen sowohl für Produzenten als auch Konsumenten landwirtschaftlicher Erzeugnisse ermöglichen sollten. Um auf den Agrarmärkten starke Angebotsfluktuationen auszuschalten und übermässige Preisbewegungen zu verhindern, wurde das Landwirtschaftsministerium ermächtigt, Anbaubeschränkungen und Marktquoten für einzelne Erzeugnisse zu bestimmen, wenn es die Lage erfordern sollte. Ausserdem sollten diese marktregulierenden Maßnahmen - neben der Gewährung von Warenbeleihungen seitens der CCC - dem amerikanischen Farmer eine Einkommensstabilität geben, die ihm einen angemesseren Lebensstandard ermöglichen sollte.[2]

Anbaubeschränkungen sollen die landwirtschaftliche Produktion stabilisieren. Für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse werden zu Beginn jedes Wirtschaftsjahres

---

1) vergl. AAA 1938, op.cit., Section 312 ff.

2) vergl. AAA 1938, op.cit., Section 2

Anbaubeschränkungen erlassen. Sie sollen so bemessen sein, dass ein Produktionsangebot entsteht, das ausreicht, den heimischen Verbrauch zu decken und bestimmte zu erwartende Exportmengen sowie strategische Reserven bereitzustellen. Die anbauregulierenden Maßnahmen sollen so konzipiert werden, dass eine bestimmte Gesamtangebotsmenge für das Erzeugnis nicht überschritten wird, um das Einkommen aus dem betreffenden Erzeugnis nicht zu unterminieren. Das Landwirtschaftsministerium verteilt die Anbauquoten zuerst auf die einzelnen Bundesstaaten, in Ausnahmefällen auch auf die counties oder einzelne Farmer. In erster Linie dienen die Anbaubeschränkungsquoten als Anhaltspunkt für die Produktionsplanung. Das Einhalten der dem einzelnen Farmer auferlegten Quoten ist freiwillig; jedoch wird die Einhaltung der auferlegten Quoten in einigen Fällen zur Bedingung für die Gewährung von Paritätspreisen oder Warenbeleihungen im CCC-Programm gemacht.

Die Bestimmungen des Gesetzes über Marktquoten enthalten hauptsächlich Einzelheiten über Marktquoten für landwirtschaftliche Grunderzeugnisse. Marktquoten sollen ein ordnungsgemässes Vermarkten ermöglichen und den Farmern, die sich bemühen, das Angebot nach der Nachfrage zu richten, einen gerechten Anteil am Markt sichern. Quoten sollen nur dann in Anwendung kommen, wenn Agrarüberschüsse bestehen und sollen damit dazu dienen, Preisstürze zu verhindern. Bevor Quoten bestimmt werden können, müssen sie von den Erzeugern in einem "Referendum" mit zwei Drittel Mehrheit befürwortet sein. Stimmen mindestens zwei Drittel der Farmer für Marktquoten bei einem bestimmten Erzeugnis, dann werden Marktquoten für alle Farmer eines bestimmten Erzeugnisses obligatorisch. Sind die individuelle Marktquote überschritten, so muss der Farmer entsprechend dem Maß seiner Überschreitungen eine Geldbuße zahlen.[1)]

---

1) vergl. FRB San Francisco, 277, S. 2

Anwendungsjahre für Anbaubeschränkungen (A) und Marktquoten (M) bei Grunderzeugnissen, 1948-1955

Erzeugnis	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Weizen	-	-	A	A	-	-	M	
Mais	-	-	A	A	-	-		
Reis	-	-	A	A	-	-		
Erdnüsse	M	M	M	M	M	M	M	M
Baumwolle	-	-	M	-	-	-	M	A
Tabak								
Burley	M	M	M	M	M	M	M	M
Typ 11-14	M	M	M	M	M	M	M	M
Typ 21-24	M	M	M	M	M	M	M	
Typ 35-36	M	M	M	M	M	M	M	
Typ 37	-	-	M	M	M	M	M	M
Typ 42-55	-	-	-	M	M+)	M	M	M
Typ 32	-	-	-	M+)	M+)	M	M+)	

+) Die Farmer stimmten gegen Marktquoten

Quelle: USDA, CCC, 517, S. 8

Marketing agreements und marketing orders

Der Agricultural Adjustment Act of 1933 ermächtigte den Landwirtschaftsminister, mit Betrieben, die landwirtschaftliche Erzeugnisse herstellen oder weiterverarbeiten, Verträge zu schliessen und an diese Betriebe Handelslizenzen auszugeben. Eine Gesetzänderung des Landwirtschaftsgesetzes von 1933, die 1935 vorgenommen wurde und der Agricultural Marketing Act aus dem Jahre 1937 detaillierten die Bestimmungen für die Erzeugnisse, für die marketing agreements oder marketing orders angewandt werden sollten.[1] Der Agricultural Marketing Act ist zur Zeit noch gültig.

Ein marketing agreement ist ein freiwilliger Kontrakt zwischen dem Landwirtschaftsministerium und einem

1) vergl. OSER, 144, S. 30 f.

Händler für ein bestimmtes Erzeugnis. Jeder Händler kann für jegliche Ware ein marketing agreement mit dem Ministerium abschliessen.

Marketing orders werden vom Landwirtschaftsministerium erlassen und binden jeden Händler in einem bestimmten Gebiet an die Einhaltung der Bestimmungen. Es ist in diesem Falle gleichgültig, ob der betreffende Händler ein marketing agreement unterzeichnet hat oder nicht. Nach dem Gesetz des Jahres 1937 können marketing orders nur für folgende Erzeugnisse oder deren Veredlungsprodukte erlassen werden: Milch, Früchte (einschliesslich Pecans, Wallnüsse, Filberts, Mandeln, Äpfel aus Washington, Oregon und Idaho, Büchsen- und Gefrieroliven), Tabak, Gemüse (einschliesslich Büchsen- und Gefrierspargel), Sojabohnen, Hopfen und Honigbienen.[1)]

Die meisten Märkte für flüssige Milch[2)] unterliegen marketing orders, die nicht mit marketing agreements gekoppelt sind, hingegen gelten für die meisten anderen Märkte sowohl marketing agreements als auch marketing orders, wobei die Nahrungsmittelindustrie folgenden Beschränkungen unterliegt:[3)]

1. Regulierung der Qualität durch Normung der Grössen und Arten der zu vermarktenden Nahrungsmittel;
2. mengenmässige Beschränkungen der zu vermarktenden Waren - je nach der Marktlage für ein bestimmtes Erzeugnis;
3. Reservelager dürfen eingerichtet werden, um Waren so lange aus dem Markt zu halten, bis der Preis für die betreffenden Waren wieder eine bestimmte Höhe erreicht hat;
4. unfaire Wettbewerbsmethoden können mit dem Entzug der Erlaubnis, an andere Händler oder Firmen Preiskonzessionen oder Rabatte zu gewähren, bestraft werden, und

---

1) vergl. USDA, Office of Information Services, 530, S.33 f.

2) vergl. NewYork Milkshed Price Committee, 129 und WEWERS, 187, S. 53

3) vergl. USDA, Office of Information Services, 530, S.33 ff und DAMS u.a., 64, S. 57 ff.

5. die beabsichtigten Verkaufspreise müssen öffentlich bekanntgegeben werden.

Section - 32 - Programme

Am 24. August 1935 erliess der amerikanische Kongress ein Gesetz, dessen Section 32 ein Programm zur Ausweitung des Marktes von Agrarüberschüssen enthielt. Das Section - 32 - Programm sollte die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen stimulieren und damit als zusätzliche Methode zur Preisstützung dienen.[1] Lediglich bestimmte Höchstmengen landwirtschaftlicher Überschüsse sollten über das Section - 32 - Programm laufen. Das Gesetz enthielt keine Bestimmung, die die Übernahme des gesamten Produktionsüberschusses durch die Behörden des Section - 32 - Programms oder bestimmte Übernahmepreise garantierte.

Grundsätzlich soll der Fonds des Section - 32 - Programms nur zur Preisstützung verderblicher Erzeugnisse[2], die nicht Grunderzeugnisse im Sinne des Landwirtschaftsgesetzes von 1949 (Titel 2) sind[3], dienen. Jedoch dürfen finanzielle Mittel, die nach Durchführung der Stützpreisoperationen für verderbliche Agrarprodukte noch zur Verfügung stehen, auch zur Preisstützung anderer Erzeugnisse verwendet werden.

---

1) Das Section - 32 - Programm war nicht das erste Programm, das den auflaufenden Agrarüberschüssen von der Nachfrageseite her begegnen sollte. Ab Oktober 1933 kaufte die Federal Emergency Relief Administration über ihre Organisationen Überschussprodukte auf und verteilte sie. Auch Section 12 (b) des AAA of 1933 hatte bestimmt, dass bestimmte Steuergelder als Mittel zur Erschliessung neuer Märkte für Überschusserzeugnisse verwendet werden sollten.

2) vergl. AA 1949, op.cit., Section 411

3) vergl. AA 1949, op.cit., Section 201: Wolle, Tungnüsse, Honig, Kartoffeln, Milch, Butterfett, Milchprodukte und Butterfettprodukte.

Drei Klauseln hatte der Landwirtschaftsminister bei der Verwendung der ihm für das Section - 32 - Programm zur Verfügung stehenden Gelder ausserdem zu beachten:[1),2)]

1. Der Section - 32 - Fonds musste für die Förderung des Exports verwendet werden.
2. Der Fonds musste zur Ausweitung des heimischen Nahrungsmittelverbrauchs verwendet werden. Das sollte auf die Weise geschehen, dass bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse aus dem normalen Markt gezogen werden sollten, um z.B. einzelnen Hilfsprogrammen zur Verfügung stehen zu können.
3. Aus dem Section - 32 - Fonds sollen Zahlungen an die Farmer zur Stärkung ihrer Kaufkraft erfolgen.[3)] Diese Bestimmung ergänzte einen Abschnitt des Soil Conservation and Domestic Allotment Act[4)], der die Wiederbelebung der Farmerkaufkraft befürwortete und sich für ein gerechtes Verhältnis zwischen der Kaufkraft der Farmer einerseits und der Erwerbstätigen in anderen Wirtschaftszweigen andererseits aussprach.

Der grösste Teil der Section - 32 - Gelder wurde dazu verwendet, den inländischen Nahrungsmittelkonsum zu stärken. Die Ausgaben zur Exportförderung nahmen nur 20 % der Gesamtausgaben des Fonds in Anspruch. Der Fonds wurde nur in den ersten Jahren des Programms zur Stärkung der Farmerkaufkraft verwendet.[5)] Im Jahre 1941 z.B. wurde der

---

1) vergl. USHR, 467

2) Das U.S.Schatzamt zahlte jährlich 30 % der Importzölle an den Section - 32 - Fonds.

3) Diese Formulierung wurde erst am 26.2.1936 eingefügt. Bis zu diesem Datum besagte Klausel Drei, dass "Zahlungen zwecks Anpassung der Produktion und des Angebots" gemacht werden sollten. Die so formulierte Bestimmung wurde aber als verfassungswidrig aufgehoben.

4) vergl. Soil Conservation and Domestic Allotment Act, op.cit., Section 7 (a)

5) vergl. USDA, PMA, 541, S. 5

"Supplemental Cotton Stamp Plan"[1] innerhalb des Kaufkraftprogramms durchgeführt. Das letzte Programm dieser Art unternahm man im Jahre 1943, um den Kartoffelerzeugern die Erreichung des Produktionszieles zu erleichtern.[2]

Section - 32 - Programme sind Stützpreisprogramme, bei denen die Regierung nur begrenzte Mengen von Produktionsüberschüssen übernimmt, um sie sofort wieder auf neuentwickelte Märkte zu verteilen. Es sind Stützpreisprogramme zweitrangiger Art, die auch nur dort Anwendung finden, wo die Erzeugungsüberschüsse klein und eng lokalisiert sind. Nur für das Kauf- und Schenkprogramm werden Produktionsüberschüsse beschlagnahmt (und dann kostenlos weiterverteilt); die beiden anderen Programme sehen vor, dass die Farmer Bezahlungen für die an die Section 32 Administration abgegebenen Erzeugnisse erhalten. Grundsätzlich werden von der Section 32 keine Lager unterhalten und daher nur solche Erzeugnisse übernommen, für die eine sofortige Weiterverwendung besteht.

Ein enger Zusammenhang zwischen dem CCC-Programm und dem Section - 32 - Programm besteht insofern, als der Landwirtschaftsminister zur Durchführung von Stützpreisoperationen der CCC die Fonds der Section 32 Administration benutzen darf. Andererseits soll die CCC ihren technischen Apparat der Section 32 Administration für deren Programme zur Verfügung stellen.[3]

Innerhalb des Kauf- und Schenkprogramms kauft das Landwirtschaftsministerium von Farmern, ihren Agenten oder Genossenschaften und in einigen Fällen auch von weiterverarbeitenden Betrieben bestimmte Agrarüberschüsse auf. Es können auch von der CCC Lagerbestände übernommen

---

1) Durch dieses Programm sollte die Baumwollproduktion dem Bedarf angepasst werden. Farmer, die freiwillig ihre Anbaufläche für Baumwolle verringerten, erhielten "Baumwollbestellscheine" als Zahlungsmittel, die mit 5 bis 50 $ je Farmer vergütet wurden.

2) vergl. USDA, Office of Information Services, 530, S. 26

3) vergl. AA 1949, op.cit., Section 404

werden. Die Waren werden dann über bundesstaatliche Verteilungsbehörden an Personengruppen ausgegeben, die gemeinnützige Aufgaben erfüllen (Schulen oder karitative Organisationen), oder bestimmten anderen notleidenden Personengruppen direkt übergeben. Die Bundesregierung zahlt die Frachtkosten zu den Verteilungspunkten. Danach übernehmen die Bundesstaaten die Verantwortung für die Abwicklung des Programms.

Diese Art der Verteilung innerhalb des Kauf- und Schenkprogramms wird Direktverteilung genannt und unterscheidet sich von der indirekten Verteilung, bei der die üblichen Handelskanäle benutzt werden, wie es z.B. beim Food Stamp Plan zwischen 1939 und 1943 der Fall war.[1]

Innerhalb des Kauf- und Schenkprogramms werden verschiedene "Programme zur neuartigen Verwendung von Agrarüberschüssen" durchgeführt. Die Erzeugnisse werden entweder zu experimentellen oder Demonstrationszwecken verwendet. Kartoffeln z.B. werden als Viehfutter verfüttert oder dienen zur Stärkeherstellung. Tabaküberschüsse können der chemischen Industrie zur Nikotinherstellung übergeben werden. Die Durchführung markttechnischer Verbesserungen oder Veränderungen ist ein weiterer Bestandteil dieses Programms.[2]

Das Nationale Schulspeisungsprogramm ist ebenfalls ein "Kauf- und Schenkprogramm". Die Finanzierung des Schulspeisungsprogramms wurde bis 1955 im Verhältnis 1 zu 2 von den Bundesstaaten und der Regierung durchgeführt. Die für Schulspeisungen verwendeten Nahrungsmittel sollen auf jeden Fall aus Produktionsüberschüssen stammen.

Das begrenzte Ausmaß der Wirkungen von Kauf- und Schenkprogrammen ergibt sich aus der Tatsache, dass innerhalb dieses Programms jährlich nur 1 % bis 3 % der Gesamtproduktion der meisten landwirtschaftlichen Erzeug-

---

1) Im Prinzip arbeitete der Food Stamp Plan so, dass an Notleidende Berechtigungsmarken für den verbilligten Lebensmittelerwerb aus Lebensmittelläden ausgegeben wurden. (vergl. USDA, PMA, 541, S. 9)

2) vergl. USDA, PMA, 541, S. 10

nisse verwendet werden können.[1)]

Das Exportprogramm innerhalb der Section 32 sieht verschiedene Methoden der Verteilung der Überschüsse auf den Export vor. Meistens geht ein Export dieser Art so vor sich, dass die Section - 32 - Administration die Exporteure über die Höhe der Exportprämie für eine bestimmte Ware nach einem bestimmten Ort informiert. Der Exporteur kauft dann das Exportgut zum U.S.-Binnenpreis, verkauft es an seinen Handelspartner zu einem niedrigeren Preis und erhält dann den Differenzbetrag aus dem Section - 32 - Fonds ausgezahlt.[2)] Die Bedingungen, unter denen das Exportprogramm durchgeführt werden kann, ändern sich laufend. Die jeweils gültigen Bestimmungen werden im Federal Register veröffentlicht. Zur Zeit werden Differentialzahlungen an Exporteure nur dann vorgenommen, wenn die Exportware im Bestimmungsland für freie Dollars gekauft werden konnte, d.h. für Dollars, die ausserhalb des Mutual Security Act oder anderer Regierungsprogramme erworben wurden.[3)]

---

1) vergl. USDA, PMA, 541, S. 8

2) vergl. USDA, PMA, 545, S. 43; USDA, 530, S. 24

3) vergl. USDA, PMA, 545, S. 44

III. Die agrarpreispolitische Gesetzgebung zwischen 1948 und 1956

Das Landwirtschaftsgesetz von 1948

Der Agricultural Act des Jahres 1948[1] kann neben dem Agricultural Adjustment Act of 1938 als das wichtigste Landwirtschaftsgesetz der U.S.A. seit Einführung des Stützpreissystems gelten. Durch dieses Gesetz - von einem republikanischen Kongress verabschiedet und von einem demokratischen Präsidenten gutgeheissen - sollte ein "Farmprogramm auf lange Sicht" (long range farm program) geschaffen werden, das Stützpreise für Farmprodukte zu einem festen Bestandteil der Agrarpolitik der amerikanischen Bundesregierung macht.[2] Das Landwirtschaftsgesetz von 1938 ermächtigte zwar zu Beleihungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse, beschränkte obligatorische Beleihungen aber nur auf die Produkte Baumwolle, Mais, Weizen und Erdnüsse. Die Bestimmungen des Landwirtschaftsgesetzes von 1948 sollten am 1. Januar 1950 in Kraft treten.[3] Das Gesetz enthielt Einzelheiten für Stützpreisoperationen für das Jahr 1949, die am 1. Januar 1949 in Kraft treten sollten.[4] Das Stützpreisprogramm für 1949 war im allgemeinen eine Verlängerung der Stützpreisbestimmungen, die auf Grund früherer Gesetze für das Jahr 1948 galten. Für 1949 waren folgende Stützpreise vorgesehen:

---

1) Agricultural Act of 1948, Public Law 897, 80th Congr., Chapter 827, 2d Session, H.R. 6248

2) Senator Aiken, der den Vorsitz im Landwirtschaftsausschuss des Senats führte, sagte: "In adopting a long range farm price support program, the Congress has laid the cornerstone for what promises to be most comprehensive and stable farm economy." (vergl. U.S.Congress, 460, S. 2)

3) AA 1948, op.cit., Section 303

4) AA 1948, op.cit., Section 6

1. 90 % des Paritätspreises[1] für Baumwolle, Weizen, Mais, Tabak, Erdnüsse, Reis, Eier, Hühner, Milch und Butterfett.
2. 60 % bis 90 % des Paritätspreises für Puten, Sojabohnen und Erdnüsse, die zur Ölgewinnung bestimmt waren, ferner bestimmte Arten getrockneter Bohnen und getrockneter Erbsen, Süsskartoffeln und amerikanisch-ägyptische Baumwolle und Irische Kartoffeln. Für den Fall, dass letztere vor dem 1. Januar 1949 geerntet wurden, galt für sie ein Stützpreis von 90 % des Paritätspreises;
3. 60 % bis 136 % des Paritätspreises für zur Ölgewinnung bestimmte Flachssaaten;
4. für Wolle der Stützpreis des Jahres 1946, nämlich 42.3 cents pro 453,59 Gramm geschorener Wolle; und
5. für alle übrigen Erzeugnisse wird die Festsetzung des Stützpreises in das Ermessen des Landwirtschaftsministers gestellt.[2]

Stützpreise für landwirtschaftliche Grunderzeugnisse - im Sinne des Gesetzes gehören dazu Baumwolle, Mais, Weizen, Tabak, Erdnüsse und Reis, aber nur dann, falls diese Erzeugnisse nach dem 31. Dezember 1949 geerntet wurden[3] -

---

1) Der Paritätspreis im Sinne dieses Gesetzes ergibt sich aus der Multiplikation von "korrigiertem Basispreis" und Paritätsindex. - Der korrigierte Basispreis für ein Erzeugnis ist der Durchschnittspreis, den die Farmer in dem jeweils gerade vergangenen Kalenderjahrzehnt bzw. Marktjahrjahrzehnt erhalten haben, geteilt durch das Verhältnis von durchschnittlichen Erzeugerpreisen in diesem Jahrzehnt zu dem durchschnittlichen Erzeugerpreisniveau in der Basisperiode 1910/14 = 100. - Der Paritätsindex ist das Verhältnis von gegenwärtigem allgemeinen Preisniveau der landwirtschaftlichen Kostenfaktoren zum Preisniveau der landwirtschaftlichen Kostenfaktoren in der Zeitspanne 1937/41 (=100). Jedoch durften für Grunderzeugnisse Stützpreise gezahlt werden, die nach der Paritätspreisformel des AA 1938 errechnet waren. Es sollte der jeweils höhere der beiden Paritätspreise in Anwendung kommen.

2) AA 1948, op.cit., Section 1 und 2

3) AA 1948, op.cit., Section 302 (a); vergl. dazu: AAA 1938, op.cit., Section 302, (f) (2), (3)

waren lediglich an die Farmer zu zahlen, die n u r die auf Grund des Landwirtschaftsgesetzes von 1938 für jede einzelne Farm festgesetzte Maximalanbaufläche bebauten.[1] Die Regierung war nicht verpflichtet, Stützpreise für landwirtschaftliche Grunderzeugnisse an Farmer zu gewähren, die die Bestimmungen über Anbaubeschränkungen absichtlich übertraten. Jedoch zeigte die Erfahrung, dass in vielen Fällen auch an "non-cooperators" Stützpreise für ihre Grunderzeugnisse gezahlt wurden.[2]

Das Gesetz legte für die einzelnen Grunderzeugnisse keine genaue Stützpreisebene fest; die Fixierung der einzelnen Stützpreise wurde der Commodity Credit Corporation überlassen, die sich nach den Empfehlungen des Landwirtschaftsministers richten sollte. Für Grunderzeugnisse war jedoch eine Stützpreisspanne bestimmt[3]: Die obere Grenze war 90 %, die untere Grenze war 60 % des Paritätspreises.[4] Der genaue Mindeststützsatz für jedes Erzeugnis sollte sich nach dem "Angebotsprozentsatz" richten.

Der Angebotsprozentsatz ist das Verhältnis (ausgedrückt in %) des Gesamtangebots zum Normalangebot (100 %) zu Beginn des jeweiligen Wirtschaftsjahres. Das Gesamtangebot von Baumwolle, Weizen, Mais, Reis und Erdnüssen wurde im Gesetz definiert als die Summe der Lagerbestände aus dem Vorjahre plus der geschätzten Jahresproduktion in dem Kalenderjahr, in dem ein Wirtschaftsjahr für eines der genannten Erzeugnisse beginnt, plus den voraussichtlichen Exporten nach den U.S.A. in dem betreffenden Kalenderjahr.

Das Gesamtangebot von Tabak ergab sich aus den Lagerbeständen des Vorjahrs (ausgenommen Importtabake) zuzüglich der geschätzten Jahresproduktion in dem Kalenderjahr,

---

1) AA 1948, op.cit., Section 202 (a)

2) Senator Aiken bei der Analyse des Gesetzes im Senat: "Under the bill price support is not required to be made available to non-cooperators, but at the Secretary's discretion such support may be provided for cooperators" (U.S.Congress, 495) vergl. auch: U.S.Congress, 404

3) AA 1948, op.cit., Section 302, (b) (2)

4) Berechnungsgrundlage: Paritätspreis zu Anfang des Wirtschaftsjahres.

in dem ein Tabakwirtschaftsjahr begann; das Gesamtangebot für Zigarrentabak errechnete sich aus der voraussichtlichen Jahresproduktion innerhalb des Marktjahres.[1)]

Das Normalangebot von Baumwolle, Weizen, Mais, Reis und Erdnüssen für ein bestimmtes Marktjahr bestand nach Abzug der voraussichtlichen Exporte während des betreffenden Marktjahres aus der geschätzten Jahresproduktion des vergangenen Marktjahres, zuzüglich einer bestimmten Menge Lagerüberträge, die sich aus den folgenden Prozentsätzen des voraussichtlichen Verbrauchs und Exports errechnete: 7 % für Mais, 30 % für Baumwolle, 10 % für Reis, 15 % für Weizen und 15 % für Erdnüsse. Dem Landwirtschaftminister war das Recht eingeräumt, bei Änderungen im heimischen Verbrauch oder unter besonderen wirtschaftlichen Umständen, die Prozentsätze nach seinem Ermessen zu ändern.

Für Tabak bestand das Normalangebot aus dem normalen Jahresverbrauch und den Exporten (der Normalexport wurde über den vergangenen Zehnjahrestrend berechnet) plus 175 % des normalen heimischen Jahreskonsums und 65 % der Normalexporte eines Jahres als der angemessenen Menge für Lagerüberträge auf das kommende Jahr.[2)]

Die folgende Stützpreistabelle legte die Minimalstützsätze fest und war so eingerichtet, dass der Minimalstützpreis dann 75 % des Paritätspreises betragen sollte, wenn für das betreffende Grunderzeugnis ein "Normalangebot" bestand.

---

1) vergl. AA 1948, op.cit., Section 201 (e)

2) vergl. AA 1948, op.cit., Section 201, (d)

Wenn der Angebots-prozentsatz ist:	Soll der Stützpreis nicht niedriger sein als: (in % des Paritätspreises)
unter 70	90
zwischen 70 und 72	89
zwischen 72 und 74	88
zwischen 74 und 76	87
zwischen 76 und 78	86
zwischen 78 und 80	85
zwischen 80 und 82	84
zwischen 82 und 84	83
zwischen 84 und 86	82
zwischen 86 und 88	81
zwischen 88 und 90	80
zwischen 90 und 92	79
zwischen 92 und 94	78
zwischen 94 und 96	77
zwischen 96 und 98	76
zwischen 98 und 102	75
zwischen 102 und 104	74
zwischen 104 und 106	73
zwischen 106 und 108	72
zwischen 108 und 110	71
zwischen 110 und 112	70
zwischen 112 und 114	69
zwischen 114 und 116	68
zwischen 116 und 118	67
zwischen 118 und 120	66
zwischen 120 und 122	65
zwischen 122 und 124	64
zwischen 124 und 126	63
zwischen 126 und 128	62
zwischen 128 und 130	61
über 130	60

Quelle: AA 1948, op.cit., Section 302 (b) (2)

Der Minimalstützsatz für ein Grunderzeugnis sollte jedoch um jeweils 20 % erhöht werden, wenn zu Beginn eines Anbaujahres Bestimmungen über Anbaubeschränkungen in Kraft waren oder zu Beginn des Marktjahres Vermarktungsquoten bekanntgegeben worden waren. In solchen Fällen sollte aber das Stützpreisniveau nicht über 90 % des Paritätspreises gehoben werden.[1)]

1) AA 1948, op.cit., Section 302 (b) (3) (A)

Das Gesetz nannte acht Faktoren, die vom Landwirtschaftsminister bei der Festsetzung der Stützpreise für Grunderzeugnisse zusätzlich in Erwägung gezogen werden sollten:[1)]

1. das Verhältnis von Angebot zur Nachfrage nach dem betreffenden Erzeugnis;
2. das Stützpreisniveau der anderen Agrarprodukte;
3. die Verfügbarkeit von Fonds;
4. die Verderblichkeit des Erzeugnisses;
5. dessen Wichtigkeit für Landwirtschaft und Volkswirtschaft;
6. die Möglichkeit, mit Hilfe von Stützpreisen entstandene Lagerbestände zu veräussern;
7. der Bedarf nach vorübergehendem Ausgleich für verlustig gegangene Exportmärkte; und
8. die Fähigkeit und Bereitschaft der Erzeuger, das Angebot nach der Nachfrage zu richten.

Ein Beispiel für die Anwendung der Stützpreisbestimmungen für Grunderzeugnisse soll durchgerechnet werden: Angenommen, der Landwirtschaftsminister schätzte das Gesamtangebot für Weizen am 1. Juli 1950, dem Datum des Beginns des Marktjahres für die Ernte von 1950, auf 950 Millionen bushels und war der Ansicht, dass das Normalangebot eine Milliarde bushels betrüge. Danach wäre der effektive Angebotsprozentsatz für Weizen am 1. Juli 1950 95 % gewesen, er hätte also zwischen 94 % und 96 % gelegen. Das Stützpreisniveau für "cooperators" durfte also nicht niedriger als 77 % des Paritätspreises vom 1. Juli 1950 gewesen sein. Der Maximalstützsatz wäre 90 % gewesen, die Festsetzung des genauen Stützsatzes zwischen 77 % und 90 % wäre nach Erwägung der acht genannten Faktoren dem Ministerium überlassen worden.

Falls am 1. Juli 1950 Anbaubeschränkungen für Weizen in Kraft waren und die Farmer sich auch tatsächlich

---

1) AA 1948, op.cit., Section 302 (a)

nach diesen Bestimmungen richteten, würde sich der Stützsatz um 20 % erhöhen, d.h., theoretisch läge er bei 97 % des Paritätspreises. Der Maximalstützsatz ist aber in jedem Falle 90 % - somit galt für Weizen am 1. Juli 1950 ein Stützpreis von 90 % des Paritätspreises.

Für Tabak und Mais galten Sonderbestimmungen. Der Stützpreis für Tabak sollte an "cooperators" - falls Marktquoten bestimmt und eingehalten worden sind - in Höhe von 90 % des Paritätspreises vom Anfang des laufenden Kalenderjahres an gezahlt werden.[1] Für feuergetrockneten Tabak war ein Stützpreis von 75 % des Paritätspreises für Burley Tabake vorgesehen. Das Stützpreisniveau für dunklen, luftgetrockneten Tabak und für sonnengetrockneten Virginia wurde auf 66,5 % des Stützsatzes eingestellt, der für Quotenerzeuger von Burley Tabak am Anfang des Marktjahres galt.[2]

An Maiserzeuger ausserhalb des Hauptanbaugebietes[3] sollte - falls sie sich an die Anbaubeschränkungen gehalten hatten - ein Stützpreis in Höhe von 75 % des Stützpreises für Farmer innerhalb des Hauptanbaugebietes bezahlt werden.

Wenn die Erzeuger die ihnen auferlegten Vermarktungsquoten nicht eingehalten haben, würde bei landwirtschaftlichen Grunderzeugnissen nur ein Stützsatz von 50 % des Paritätspreises (wie er zu Anfang des betreffenden Jahres stand) gezahlt.[4] Obwohl es das Gesetz nicht ausdrücklich festlegte, kamangenommen werden, dass dieser niedrige

---

1) AA 1948, op.cit., Section 208. - Falls der Landwirtschaftsminister nach Inkrafttreten des Gesetzes für irgendeine Tabakart am Anfang des Marktjahres Marktquoten bestimmte, war er verpflichtet, für die betreffende Tabakart die Marktquote auch auf das folgende Marktjahr auszudehnen, wobei die herrschende Preis- und Angebotslage gleichgültig sein sollte.

2) AA 1948, op.cit., Section 208

3) Hauptanbaugebiet für Mais ist jede County, in der in zehn, dem Stützjahr vorangegangenen Jahren je Farm 450 bushels oder mehr, bzw. vier bushels oder mehr je acre geerntet wurden. (vergl. AA 1948, op.cit., Section 202(a))

4) AA 1948, op.cit., Section 202

Stützsatz auch für Farmer galt, die die Vermarktungsquoten nicht einhielten, sich jedoch an die Bestimmungen über Anbaubeschränkungen hielten.[1] Maiserzeugern ausserhalb des Hauptanbaugebietes für Mais würde bei Nichteinhalten der Vermarktungsquoten ein Stützpreis von nur 37,5 % des Paritätspreises gewährt; für Maiserzeuger innerhalb des Hauptanbaugebietes galt in diesem Falle ein Stützpreis von 75 % des Paritätspreises.[2]

Erzeugnisse, die nicht landwirtschaftliche Grunderzeugnisse sind, könnten nach dem Gesetz - aber mussten nicht unbedingt - mit einem Stützpreis versehen werden. Ausnahmen galten für Irische Kartoffeln[3], Wolle[4] und Geflügel[5]; für diese Produkte war ein Stützsatz zu gewähren. Das Landwirtschaftsministerium durfte für alle anderen Erzeugnisse Stützpreise bestimmen und zwar nach Erwägung der (auf Seite 46) genannten acht Faktoren, die bei der Festsetzung des Stützpreises für Grunderzeugnisse in Betracht gezogen werden mussten.

Erzeugnisse, die nicht landwirtschaftliche Grunderzeugnisse sind, durften im Höchstfall mit einem Stützpreis von 90 % des Paritätspreises ausgestattet werden.[6] Die genaue Festsetzung der Höhe wurde in jedem Falle dem Landwirtschaftsminister überlassen. Im Gegensatz zu den

---

1) vergl. SHIELDS und SHULMAN, 175, S. 176

2) AA 1948, op.cit., Section 202 (a)

3) Für Irische Kartoffeln durften Stützpreise zwischen 60 % und 90 % des Paritätspreises festgesetzt werden. (AA 1948, op.cit., Section 202 (a))

4) Um eine jährliche Produktion von annähernd 360 Mill. pounds geschorener Wolle garantieren zu können, durfte der Minister für Wolle einen ihm zweckmässig erscheinenden Stützsatz zwischen 60 % und 90 % des Paritätspreises festsetzen. (vergl. A.A. 1948, op.cit., Section 202 (a))

5) Für Geflügel galt als Höchststützpreis 90 % des Paritätspreises.

6) Ausnahmen galten hier für Erzeugnisse, die nicht saisonal oder auf Marktjahrbasis produziert werden, wie z. B. Eier und Milch

Bestimmungen über den Minimalstützsatz für Grunderzeugnisse war eine untere Grenze der Preisstützung für Erzeugnisse, die nicht Grunderzeugnisse sind, nicht im Gesetz vorgesehen.

Falls die Stützpreisoperationen von der Commodity Credit Corporation ausgeführt wurden, bestimmte diese Gesellschaft im Einvernehmen mit dem Minister den genauen Stützsatz. Alle Operationen, die nicht von der CCC vorgenommen wurden, sollten nur vom Landwirtschaftsministerium unternommen werden.

Der Minister war befugt, den Stützsatz für jedes landwirtschaftliche Erzeugnis auf höher als 90 % des Paritätspreises festzusetzen, falls die Bedrohung der nationalen Sicherheit eine erhöhte Produktion bestimmter Erzeugnisse erforderte. Einer solchen Erhöhung der Stützpreisebene musste jedoch eine Diskussion im Repräsentantenhaus vorangegangen sein.[1)]

Das Landwirtschaftsgesetz von 1949

Der Agricultural Act of 1948 sollte 1950 in Kraft treten. Dazu kam es nicht: Der Agricultural Act of 1949[2)] - in den letzten Sitzungsstunden der ersten Sitzungsperiode des 81. Kongresses verabschiedet - änderte das Landwirtschaftsgesetz von 1948 in einigen wichtigen Punkten ab.

Das Gesetz unterschied vier Hauptgruppen von Erzeugnissen, für die unterschiedliche Stützpreisbestimmungen gelten sollten: Landwirtschaftliche Grunderzeugnisse, spezielle landwirtschaftliche Erzeugnisse, lagerfähige Erzeugnisse, die nicht Grunderzeugnisse sind und andere Erzeugnisse, die nicht Grunderzeugnisse sind.

Stützpreise zwischen 75 % und 90 % des Paritätspreises sollten für Erzeuger von Weizen, Mais, Baumwolle,

---

1) AA 1948, op.cit., Section 202 (a)

2) Agricultural Act of 1949, Public Law 439, 81st Congress, Chapter 792, 1st Session, H.R. 5345

Tabak, Reis und Erdnüsse dann obligatorisch sein, wenn diese Erzeuger die gewünschten Anbaubeschränkungen durchgeführt hatten.

Die folgende Stützpreistabelle bezog sich auf Tabak, Mais, Weizen und Reis:

Wenn der Angebotsprozentsatz[1] ist:	soll der Stützpreis nicht niedriger sein als: (in % des Paritätspreises)
Unter 102	90
zwischen 102 und 104	89
zwischen 104 und 106	88
zwischen 106 und 108	87
zwischen 108 und 110	86
zwischen 110 und 112	85
zwischen 112 und 114	84
zwischen 114 und 116	83
zwischen 116 und 118	82
zwischen 118 und 120	81
zwischen 120 und 122	80
zwischen 122 und 124	79
zwischen 124 und 126	78
zwischen 126 und 128	77
zwischen 128 und 130	76
über 130	75

Quelle: AA 1949, op.cit., Title I (a)

Für Baumwolle und Erdnüsse galt die folgende Stützpreistabelle:

Wenn der Angebotsprozentsatz ist:	soll der Stützpreis nicht niedriger sein als: (in % des Paritätspreises)
Unter 108	90
zwischen 108 und 110	89
zwischen 110 und 112	88
zwischen 112 und 114	87
zwischen 114 und 116	86
zwischen 116 und 118	85

1) Zur Definition des "Angebotsprozentsatz" vergl. S. 45 f.

zwischen	118 und 120	84
zwischen	120 und 122	83
zwischen	122 und 124	82
zwischen	124 und 125	81
zwischen	125 und 126	80
zwischen	126 und 127	79
zwischen	127 und 128	78
zwischen	128 und 129	77
zwischen	129 und 130	76
über	130	75

Quelle: AA 1949, op.cit., Title I (b)

Für diese Bestimmungen des Gesetzes bestanden zwei Ausnahmen: Stützpreise für Tabak waren dann in Höhe von 90 % des Paritätspreises zu gewähren, wenn für dieses Erzeugnis Marktquoten bestimmt worden waren.[1] Für alle landwirtschaftlichen Grunderzeugnisse musste dann ein Stützsatz von 90 % des Paritätspreises gezahlt werden, wenn entweder Anbaubeschränkungen oder Marktquoten gültig waren und wenn der Fall eintrat, dass für diese Erzeugnisse im vorangegangenen Erntejahr weder Anbaubeschränkungen noch Marktquoten bestimmt worden waren.

Entsprechend den Vorschriften im Landwirtschaftsgesetz von 1948 sollten auch nach dem Gesetz von 1949 an Erzeuger, die die ihnen auferlegten Marktquoten nicht einhielten, nur Stützpreise in Höhe von 50 % des Paritätspreises gezahlt werden.[2] Im Gegensatz zum Gesetz von 1948 enthielt das Gesetz von 1949 die Bestimmung, dass an Tabakerzeuger, die Marktquoten nicht einhielten, keine Stützpreise zu zahlen waren.

Spezielle landwirtschaftliche Erzeugnisse im Sinne des Gesetzes waren Wolle, Angorawolle, Tungnüsse, Honig, Irische Kartoffeln, Milch, Butterfett, Milchprodukte und Butterfettprodukte.[3] Für die genannten Erzeugnisse - mit Ausnahme von Milch, Milchprodukten, Butterfett und

1) vergl. AA of 1949, op.cit., Section 101 (c)
2) vergl. AA of 1949, op.cit., Section 101 (d) (3)
3) AA 1949, op.cit., Section 201

Butterfettprodukten - sollte ab 1950 ein Stützpreis von 60 % bis 90 % des Paritätspreises gelten. Für Milch, Milchprodukte, Butterfett und Butterfettprodukte waren Stützpreise zwischen 75 % und 90 % des Paritätspreises vorgesehen.[1)]

Für lagerfähige Erzeugnisse, die nicht Grunderzeugnisse sind, sollten Stützpreise zwischen 75 % und 90 % des Paritätspreises in Anwendung kommen, falls für diese Erzeugnisse Marktquoten, marketing agreements oder andere marktregulierende Programme in Kraft waren.[2)] Als lagerfähiges Erzeugnis, das nicht ein Grunderzeugnis ist, definierte das Gesetz ein Agrarprodukt, das über längere Zeiträume gelagert werden kann, ohne durch Verderben besondere Kosten zu verursachen. Der Landwirtschaftsminister war ermächtigt, für diese Erzeugnisse einen niedrigeren Stützsatz als 75 % des Paritätspreises festzusetzen, wenn Produktionsbeschränkungen verfügt worden waren.[3)]

Alle anderen Erzeugnisse, die nicht landwirtschaftliche Grunderzeugnisse sind, konnten bis zu einem Höchststützsatz von 90 % des Paritätspreises ausgestattet werden. Dem Minister oblag es, den jeweiligen Minimumstützsatz festzusetzen.[4)]

Aus dem Landwirtschaftsgesetz von 1948 wurden die Bestimmungen über die genaue Festsetzung der Stützpreishöhe innerhalb der gesetzlichen Stützpreisspannen übernommen. Lediglich bei Punkt Zwei der vom Minister zu beachtenden Gesichtspunkte bei der genauen Festsetzung der Stützpreishöhe (vergl. S. 46) wurde so ergänzt, dass bei Futtergetreide auch der Futterwert des Getreides im Verhältnis zu dem des Mais in Erwägung gezogen werden musste.[5)]

---

1) AA 1949, op.cit., Section 201 (a), (b), (c)
2) AA 1949, op.cit., Section 302
3) AA 1949, op.cit., Section 302 und 401)b)
4) vergl. AA 1948, op.cit., Section 302 und 303
5) AA 1949, op.cit., Section 401 (b)

Das Landwirtschaftsgesetz von 1949 übernahm die Definitionen des Begriffs Paritätspreis aus dem Landwirtschaftsgesetz von 1948. Geändert wurde die betreffende Stelle im alten Gesetz lediglich dadurch, dass die Kosten für nicht familieneigne Landarbeit in die Berechnung des Paritätsindex eingehen sollten.[1] Die Subsidienzahlungen an Farmer auf Grund des Emergency Price Control Act des Jahres 1942 sollten ausserdem in die Berechnungen einbezogen werden.[2]

Das Landwirtschaftsgesetz von 1952

Am 17. Juli 1952 trat ein Abänderungsgesetz des Landwirtschaftsgesetzes von 1949 in Kraft, das die Anwendung des Maximalstützsatzes von 90 % des Paritätspreises für Grunderzeugnisse - Weizen, Mais, Baumwolle, Reis, Tabak und Erdnüsse - für die Ernten der Jahre 1953 und 1954, sowie für 1955 festsetzte.[3,4] Im gleichen Gesetz wurde auch bestimmt, dass das sogenannte Doppel-Paritätspreis-System bis zum 31. Dezember 1955 angewandt werden sollte.[5] Nach der Formel des Landwirtschaftsgesetzes von 1938 wurde der Paritätspreis aus dem Verhältnis berechnet, das die Ab-Hof-Preise des jeweils letzten Monats zu den Preisen der landwirtschaftlichen Kostenfaktoren in der Zeitspanne 1910/1914 hatten. Im Landwirtschaftsgesetz von 1948

---

1) AA 1949, op.cit., Section 409 (b); vergl. auch U.S. Senate, 427, S. 2; familieneigner Lohn wird nicht berücksichtigt.

2) AA 1949, op.cit., Section 409 (a)

3) Agricultural Act of 1952, Public Law 585, 82. Congress, Chapter 792, 1st Session, H.R. 8122; der Gesetzentwurf wurde von H.D.Cooley im Repräsentantenhaus eingebracht. Das Gesetz ist deshalb auch unter dem Namen Cooley bill bekannt geworden; vergl. auch: USHR, 473

4) Während der Präsidentschaftskampagne des Jahres 1952 sprachen sich Stevenson und Eisenhower für Stützpreise auf dem damals geltenden Niveau (gemäss AA 1949) aus und für eine "extension of protection to products not now covered", d.h., für Stützpreise für Erzeugnisse, die noch nicht mit Stützpreisen versehen waren. (vergl. dazu GALBRAITH, 18, S. 40)

5) AA 1952, op.cit., Section 30, (a) (1) (G)

basierte die Berechnung der Paritätsformel im wesentlichen auf dem Verhältnis der Erzeugerpreise und Bedarfsgüterpreise (einschliesslich Steuern, Zinsen etc.) während des jeweils vergangenen Jahrzehnts zueinander. Das Doppel-Preis-System sieht die Anwendung des jeweils höheren der beiden Paritätspreise vor.

Die Empfehlungen Präsident Eisenhowers von 1954

Am 11. Januar 1954 richtete Präsident Eisenhower an den Congress der Vereinigten Staaten eine Botschaft, die Empfehlungen für die amerikanische Agrarpolitik enthielt.[1] Die Empfehlungen waren nach Angabe des Präsidenten das Ergebnis einer umfassenden Untersuchung der landwirtschaftlichen Probleme von über 60 Arbeitsgruppen, den landwirtschaftlichen Fakultäten der Universitäten und Colleges[2] und vor allem der National Agricultural Advisory Commission.[3]

Zu Beginn seiner Empfehlungen gab Eisenhower eine grundsätzliche Erklärung der von der Regierung befürworteten Agrarpolitik ab; die Erklärung gliederte sich in zehn Punkte, die hier gekürzt wiedergegeben werden sollen:

1. Eine stabile, gedeihende und freie Landwirtschaft ist für das Wohlergehen der U.S.A. von wesentlicher Bedeutung.
2. Ein Agrarprogramm muß gerechterweise die Interessen von Konsumenten und Produzenten berücksichtigen.
3. Agrarüberschüsse dürfen nicht vernichtet werden; sie sollen den Handelskanälen zugeführt werden oder "ausländischen Freunden" zugute kommen.

---

1) EISENHOWER, 418

2) vergl. USHR, 476 und U.S.Senate, 488

3) dem Verfasser wurde auf Anfrage im Landwirtschaftsministerium vom Assistenten des Ministers mitgeteilt, dass die Empfehlungen und Berichte der N.A.C. der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht werden könnten.

4. Aus vielen Gründen sind die Preise von Agrarprodukten grösseren Preisfluktuationen unterworfen als die Preise anderer Produkte. Da der amerikanische Farmer im Gegensatz zu den Farmern in anderen Ländern weniger Kontrolle über die Erzeugerpreise hat, müssen Stützpreisprogramme von der Regierung unterhalten werden, um die notwendige Stabilität der Agrareinkommen und der Agrarproduktion zu ermöglichen.
5. Ein Farmprogramm sollte an erster Stelle versuchen, den Farmern einen angemessenen Anteil am Volkseinkommen zu geben. Ebenso muss es auf eine Stabilisierung der Farmereinkommen hinzielen. Grössere jährliche Fluktuationen im Stützpreisniveau sollten deshalb vermieden werden.
6. Da die einzelnen Erzeugnisse unterschiedlichen Produktions,- Lagerungs- und Weiterverarbeitungsbedingungen unterliegen, ist es notwendig, ein spezifiziertes Programm auszuarbeiten.
7. Ein gut funktionierendes Agrarprogramm sollte so elastisch gestaltet sein, dass der Regierung die Möglichkeit gegeben wird, die Gesetzgebung den zu erwartenden Verhältnissen rechtzeitig anzupassen.
8. Die Anpassung an ein neues Agrarprogramm muss im Interesse der ländlichen Bevölkerung und der Gesamtwirtschaft allmählich vonstatten gehen.
9. Forschung und Erziehung sind als Grundfunktionen des Landwirtschaftsministeriums weiterhin für die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität und für die Ausweitung der Agrarmärkte unerlässlich.
10. Boden, Gewässer und Wälder sind die natürlichen Grundlagen unserer Volkswirtschaft. Von deren Schutz und Verbesserung hängt der zukünftige Lebensstandard der ganzen Nation ab.

In einem weiteren Kapitel der Botschaft kam Eisenhower auf die Lage der Landwirtschaft zu sprechen:

Die geltende Agrargesetzgebung verhindere den erweiterten Verbrauch von Weizen, Mais, Baumwolle und Pflanzen-

fetten und fördere deren Produktionssteigerung. Die Regierung besitze grosse Vorräte. Die geltenden Stützpreisbestimmungen würden jedoch nicht denen helfen, für die sie eigentlich gedacht worden waren. Das Agrareinkommen sei in den vergangenen drei Jahren ständig gesunken. Im Jahre 1953 seien die Lagerbestände der CCC um einen Wert von 2,5 Milliarden $ gestiegen. Es sei deshalb empfehlenswert, die Kreditgrenze der CCC von 6,75 auf 8,5 Milliarden $ zu erhöhen.

Das Auflaufen ungeheurer Vorräte[1] hatte die Anwendung von Anbaubeschränkungen und Marktquoten in den vergangenen Jahren notwendig gemacht. Eisenhower empfahl deshalb, die Gesamtanbaufläche von Weizen, Mais und Baumwolle im Jahre 1954 um 25 Millionen acres (das sind ca. 8 % der Gesamtanbaufläche der betreffenden Erzeugnisse) zu verringern und deren Umstellung auf andere Feldfrüchte - Gerste, Hafer, Sorghum und Sojabohnen - zu vollziehen.

Im Einzelnen empfahl Eisenhower:

1. Vor Beginn eines neuen Agrarprogramms sollten Lagerbestände im Werte von 2,5 Milliarden $ getrennt gebucht ("set aside") werden.
2. Die Bestimmungen des Landwirtschaftsgesetzes von 1949 über hohe obligatorische Stützpreise sollten geändert werden. Um die Stützpreishöhe dem Agrarangebot allmählich anzupassen, wurde die Anwendung der Bestimmungen über "Korrigierte Paritätspreise"[2] nach der Ernte des Jahres 1954 empfohlen.
3. Für Grunderzeugnisse sollte eine Stützpreisskala von 75 % bis 90 % des Paritätspreises zur Anwendung kommen. Für Tabak sollte ein starrer Stützpreis von

---

1) Im Dezember 1953 besass die CCC u.a.: Weizen im Werte von 2 Mrd. $, 9,6 Mill. Ballen Baumwolle (entspricht einem U.S.-Jahresbedarf) und 1,5 Mrd. pound Pflanzenfette.

2) Die korrigierte Formel war Anfang 1954 schon für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse ausser Weizen, Mais, Baumwolle und Erdnüssen in Anwendung gekommen; Eisenhower empfahl ab 1.1.1956 auch für diese Grunderzeugnisse die Anwendung der korrigierten Paritätspreisformel.

90 % des Paritätspreises gelten, wenn Marktquoten erlassen worden sind. Der Landwirtschaftsminister sollte jedoch das Recht haben, in Notfällen den Stützpreis für jegliches Erzeugnis über 90 % des Paritätspreises festzusetzen.

4. Mit geringen Ausnahmen seien die geltenden Stützpreisbestimmungen für Erzeugnisse, die nicht Grunderzeugnisse sind, zu befürworten.[1] Tungnüsse und Honig sollten nicht mehr mit einem obligatorischen Stützpreis versehen werden.

Das Landwirtschaftsgesetz von 1954

Das Landwirtschaftsgesetz von 1954[2] wurde von Präsident Eisenhower am 28. August 1954 unterzeichnet. Das Gesetz stellte im wesentlichen einen Kompromiss zwischen Eisenhowers Vorschlägen dar und denen, die ein starres Stützpreisniveau für Grunderzeugnisse in Höhe von 90 % des Paritätspreises befürwortet hatten.

Das Gesetz enthielt folgende Bestimmungen: Den Wünschen der Regierung wurde dahingehend entsprochen, als gewisse Überschussmengen als "stille Reserve" von den Lagerbeständen der CCC abgebucht wurden. Insgesamt sollten die Sonderbestände ("commodity set-asides") den Wert von 2,5 Milliarden $ nicht überschreiten. Für einzelne Erzeugnisse waren Mindest- und Höchstreserven vorgesehen:[3]

---

1) Für Milch, Butterfett, Wolle, Tungnüsse und Honig galten obligatorische Stützpreisbestimmungen. (vergl. RANDALL, 447, S. 3

2) Agricultural Act of 1954, Public Law 690, 83d Congress, Chapter 1041, 2d Session, H.R. 9680

3) AA 1954, op.cit., Section 201

Erzeugnis	Einheit	Höchst-reserve in Mill.	Mindest-reserve in Mill.
Weizen	bushels . . .	500	400
Baumwolle . . .	Ballen . . .	4	3
Baumwollsaatöl	pounds . . .	500	0
Butter	pounds . . .	200	0
Nichtfettige Trockenmilch-bestandteile .	pounds . . .	300	0
Käse	pounds . . .	150	0

Diese Reserven sollten verschiedenen Zwecken dienen:[1)]

1. Zur Bereitstellung für das Auslandshilfsprogramm und andere ausländische Beistandsprogramme;
2. sie sollten dazu beitragen, den ausländischen Markt für amerikanische Agrarerzeugnisse auszuweiten;
3. für Schenkungen an das Schulspeisungsprogramm;
4. bereitzustehen zur Übernahme durch das sogenannte "Nationale Einlagerungsprogramm" in begrenzten Mengen;
5. als Bereitstellung für Forschung, experimentelle oder erzieherische Zwecke;
6. als Reserve für den Fall des nationalen Notstands; und
7. als Rückstellung zum unbegrenzten Verkauf für den Fall, dass die Angebotslage einen Stützpreis von mehr als 105 % des Paritätspreises erforderlich macht.

Eine weitere Bestimmung des Gesetzes sah die Anpassung der Höhe der Sonderreserve an die Höhe der Bestände der Commodity Credit Corporation vor. Werden die CCC-Bestände durch unvorhergesehene Einflüsse vermindert, so

1) AA 1954, op.cit., Section 103 (a)

muss der Lagerbestand der Sonderreserve im gleichen Maße verkleinert werden.[1)]

Eisenhower hatte im Januar 1954 empfohlen, ein flexibleres Stützpreissystem einzuführen: Die Stützpreise sollten zwischen 75 % und 90 % des Paritätspreises festgesetzt werden. Dieser Vorschlag wurde jedoch vom Congress abgelehnt und es kam ein Kompromiss zustande, der für die fünf Grunderzeugnisse Weizen, Mais, Baumwolle, Reis und Erdnüsse Stützpreise zwischen 82,5 % und 90 % des Paritätspreises festlegte und die jeweils gültige Stützpreishöhe nach dem tatsächlichen Angebotsprozentsatz richtete.[2)]

Wenn der Angebotsprozentsatz ist:	soll der Stützpreis nicht niedriger sein als: (in % des Paritätspreises)
Unter 101	90
zwischen 101 und 102	89,5
zwischen 102 und 103	89
zwischen 103 und 104	88,5
zwischen 104 und 105	88
zwischen 105 und 106	87,5
zwischen 106 und 107	87
zwischen 107 und 108	86,5
zwischen 108 und 109	86
zwischen 109 und 110	85,5
zwischen 110 und 111	85
zwischen 111 und 112	84,5
zwischen 112 und 113	84
zwischen 113 und 114	83,5
zwischen 114 und 115	83
über 115	82,5

Quelle: AA 1954, op.cit., Section 201 (a)

Für Tabak wurde ein Stützpreis in Höhe von 90 %

1) AA 1954, op.cit., Section 103 (1) (b)

2) vergl. AA 1949, op.cit., Section 302 (b) (1), (2); Section 105 des AA 1954 schliesst jedoch die Bestände der Sonderreserve vom Jahresübertrag bei der Kalkulation des Normalangebots aus.

des Paritätspreises im Gesetz vorgesehen. Ausserdem enthielt das Gesetz Bestimmungen über Direktzahlungen an Wollerzeuger, um damit zur Steigerung der jährlichen heimischen Wollproduktion auf 300 Millionen pounds beizutragen.[1] Wollerzeuger sollten demnach vom 1.4.1955 bis zum 1.4.1959 Subsidien vom Landwirtschaftsministerium erhalten, die die Preisdifferenz zwischen durchschnittlichem Marktpreis und Stützpreis - falls dieser nicht mehr als 110 % des Paritätspreises betragen sollte - ausgleichen sollte.

Die Stützpreise für Milch, Milchprodukte, Butterfett und Butterfettprodukte wurden zwischen 75 % und 90 % des Paritätspreises festgesetzt.[2]

Die zahlreichen weiteren Änderungen der bestehenden Agrargesetzgebung - insbesondere der Agrarpreisgesetzgebung - durch das Landwirtschaftsgesetz von 1954 sind relativ unbedeutund, so dass es ihrer Darstellung im Rahmen dieser Arbeit nicht bedarf.

Die Regierung der U.S.A. nahm an, dass durch das Landwirtschaftsgesetz von 1954 der Nahrungsmittelkonsum im In- und Ausland stimuliert würde und dass sich die Kosten der Stützpreisoperationen senken würden. Im Bundesbudget des Fiskaljahres 1956 sind daher für diesen Ausgabenposten geringere Beträge als in den vorangegangenen Jahren angesetzt worden.

---

1) Die Jahresdurchschnittsproduktion der USA an geschorener Wolle (Wollfettbasis) betrug bis 1954 ca. 229 Millionen pounds.

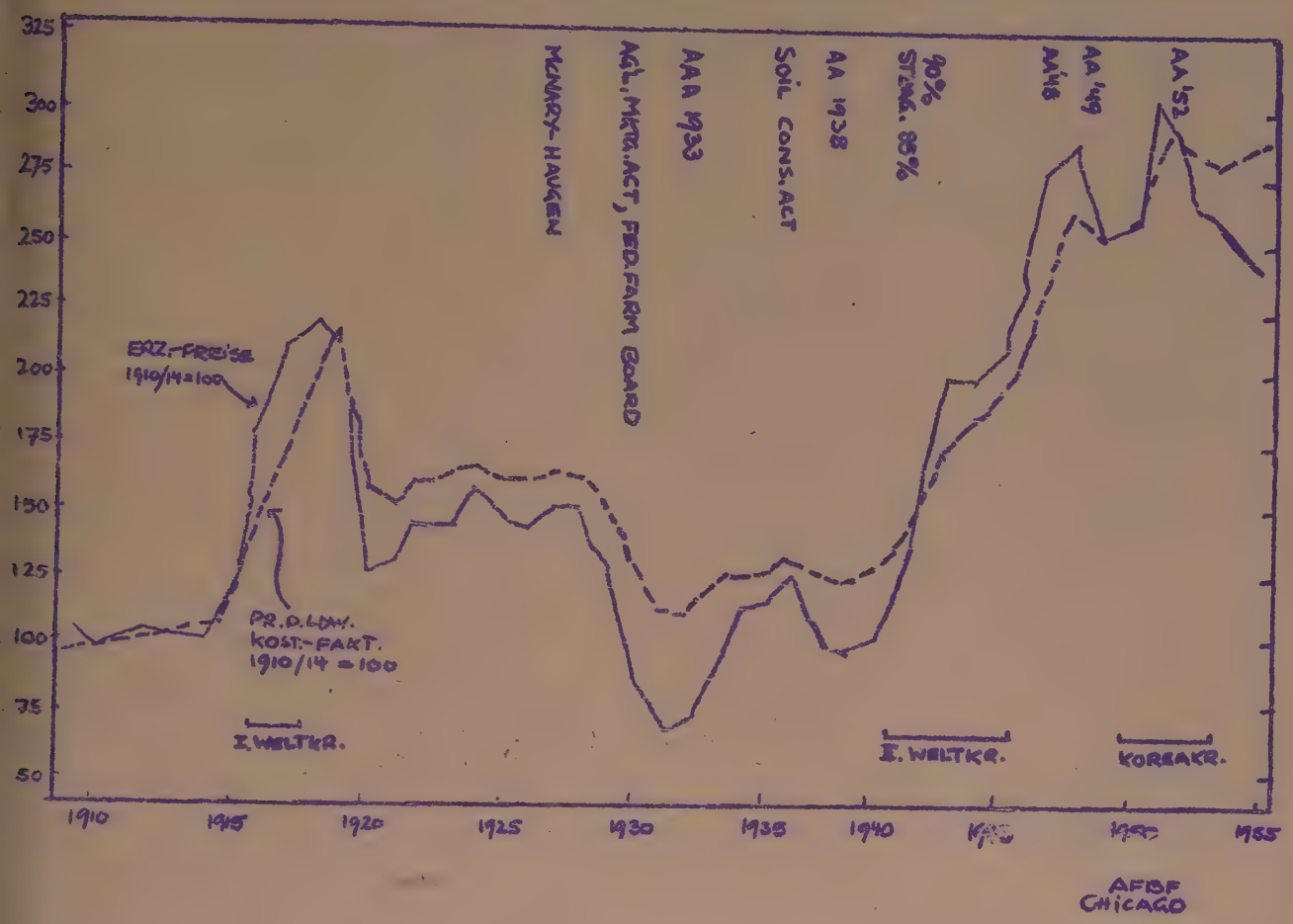
2) AA 1954, op.cit., Section 204 (c)

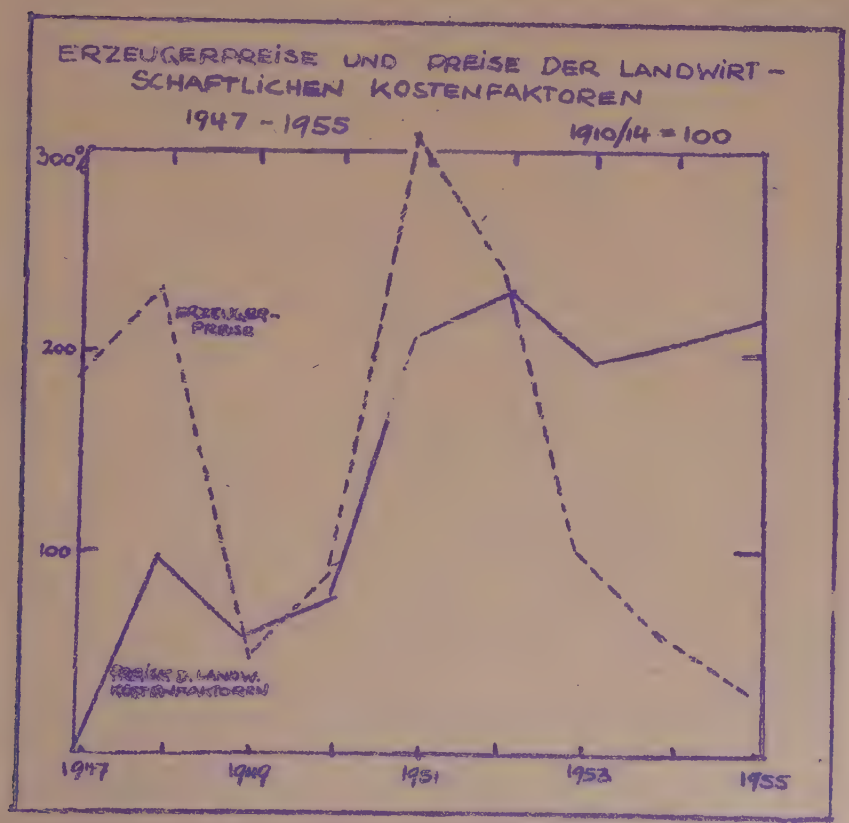
Kosten des Agrarprogramms				
Fiskaljahr	Ausgaben		Staatsanleihen zur Deckung der Kosten des Programms	
	in Mill. $	in % des Budgets	in Mill. $	in % des Budgets
1956+)	2,259	3,6	1,288	2,2
1955+)	3,130	4,9	2,630	4,6
1954	2,557	3,8	4,010	6,4
1953	2,936	4,0	1,333	1,7
1952	1,045	1,6	1,688	1,8
1951	650	1,5	1,228	1,5
1950	2,783	7,0	3,324	6,7

+) geschätzt

entnommen: Executive Office of the President, 422, S. 27

Erzeugerpreise, Preise der landwirtschaftlichen Kostenfaktoren und die Hauptagrarpreisgesetzgebung 1910 - 1953





USN, 379, S.98

Die Botschaft des Präsidenten Eisenhower am 9. Januar 1956

In seiner Botschaft an den Kongress der Vereinigten Staaten vom 9. Januar 1956 ging Eisenhower einleitend auf das Agrarüberschussproblem ein. Obgleich von 1953 bis 1955 Lagerbestände der CCC im Werte von über 4 Milliarden Dollar veräussert werden konnten, wird die Überschusssituation immer ernster: inländische und ausländische Märkte sind verlorengegangen. Die ausländische Agrarproduktion ist - als Ganzes gesehen - im Ansteigen begriffen. Die amerikanischen Agrarexporte sind zurückgegangen. Die ausländischen Agrarerzeugnisexporteure gewinnen in den U.S.A. zunehmend an Boden.

Das Landwirtschaftsgesetz von 1954 trat erst nach der Ernte des Jahres 1955 in Kraft, und somit konnte das flexible Stützpreissystem (82,5 % bis 90 % des Paritätspreises) noch nicht angewendet werden. Auch ist die Wirksamkeit dieses Gesetzes in der näheren Zukunft nur in begrenztem Maße wegen der unter dem alten, starren Stützpreissystem aufgelaufenen Agrarüberschüsse zu erwarten.

Eisenhower entwarf in seiner Botschaft ein Agrarprogramm und bat den Kongress dringend um baldige Verabschiedung des Programms in Gesetzesform.

1. The Soil Bank

A. Acreage Reserve Program

Die freiwilligen Anbaubeschränkungen für einige Überschusserzeugnisse - insbesondere Weizen, Baumwolle, Mais und Reis - sollen in den nächsten Jahren erweitert zur Anwendung kommen. Bei Weizen und Baumwolle sollen ungefähr ein Fünftel der betreffenden Anbauflächen aus der Produktion genommen werden; die Farmer, die ihre Produktion einschränken, würden ersatzweise Barsubsidien erhalten, die den Durchschnittserträgen je Einheit der übrigen Erzeugnisse entsprechen. Schon gesäter Weizen könnte als "grüner Dünger der Erde

einverleibt" werden,[1] um die hohen Lagerbestände an Weizen nicht noch durch hohe Weizenerträge der Ernte des Jahres 1956 zu erweitern.

B. Conservation Reserve Program

Im Laufe des Krieges und in den Nachkriegsjahren wurden verschiedene Gebiete unter den Pflug genommen, die normalerweise als Weide- oder Waldland benutzt worden wären. Diese Böden sind als Ackerland nur unzureichend geeignet und sollten deshalb in Weide- oder Waldland umgewandelt werden. Ungefähr 25 Mill. acres könnten innerhalb dieses Programms umgestellt werden.

2. Überschussdisposition

Die CCC hatte 1953 Überschüsse im Werte von 1 Mrd. $, 1954 im Werte von 1,4 Mrd. $ und 1955 im Werte von 2,1 Mrd. $ veräussern können.[2] Grosse Mengen wurden im Ausland abgesetzt. Jedoch ist die Übergabe der meisten Erzeugnisse an den Binnenmarkt aus gesetzlichen Gründen nicht unter einem Preis von mindestens 105 % des Stützpreises zuzüglich Frachtkosten möglich. Deshalb sollte die bestehende Preiskontrollgesetzgebung dahingehend geändert werden, dass die Überschusserzeugnisse zum Stützpreis zuzüglich Frachtkosten an die inländischen Händler und Verteilungsorganisationen verkauft werden können. Die geltende Gesetzgebung (Public Law, Section 304) gestatte Exporte von Überschusserzeugnissen nur an "befreundete Nationen"; empfehlenswert sei jedoch eine Gesetzesänderung, die die Abgabe von Überschüssen auch an andere Nationen als "befreundete"[3] erlaube.

---

1) vergl. S. 17, F.N. 4); Die American Farm Bureau Federation hatte sich für eine "Soil-fertility -Bank" ("Stockpiling fertility into the soil") auf der AFBF-Convention 1953 ausgesprochen. Vergl. dazu: FLEMING, 73, S. 753

2) Ende Januar 1956 besass die CCC Waren im Werte von über 8 Mrd. Dollar.

3) Gedacht ist an osteuropäische und gewisse südasiatische Staaten.

3. Programm für einzelne Erzeugnisse

Grundsätzlich sollte eine Entwicklung angestrebt werden, die landwirtschaftliche Produktionskontrollen einschränkt oder ganz beseitigt. Erzeugnisse, deren Preisstützung gesetzlich möglich, aber nicht unbedingt erforderlich ist, sollten möglichst hohe Stützpreise erhalten; jedoch dürften Maßnahmen dieser Art nicht zur Schaffung preisdrückender Überschüsse beitragen.

Bei M a i s sollte das "Acreage Reserve Program" Anwendung finden. Dies könnte zu relativ niedrigeren jährlichen Maisüberschüssen führen, höhere Stützpreise für 1956 ermöglichen, als sie vom geltenden Gesetz vorgesehen sind und letztenendes verhindern, dass preisdrückende Mengen Schweine und Fleischrinder auf den Markt kommen.[1)]

Bei W e i z e n sollten das "Acreage Reserve Program" und das "Conservation Reserve Program" grundsätzlich zur Anwendung kommen. Farmer, die die gesamte von ihnen erzeugte Weizenernte auf ihrer eignen Farm verbrauchen, sollten nicht mehr den Marktquotenbestimmungen unterliegen. Weizen müsste auch mehr als bisher als Viehfutter verwendet werden. Empfehlenswert wäre ausserdem die Ausdehnung der sogenannten "non-commercial wheat area" über die bisher betroffenen Staaten hinaus, um Anbaubeschränkungen und Marktquoten für solche Farmer zu vermeiden, die den grössten Teil des von ihnen erzeugten Weizens auf ihrer Farm wieder verfütterten. Um die Erzeugung von Durum-Weizen zu stimulieren, sollten marktregulierende Maßnahmen für dieses Erzeugnis nicht mehr in Anwendung kommen.

Auch bei B a u m w o l l e sollte das "Soil Bank Program" Anwendung finden. - Eine Neufestsetzung des Durchschnittsstandards für Baumwolle (bisher 7/8 inch)

---

1) In den meisten Farmen wird der Mais gleich wieder an das Vieh verfüttert; so auf den sogenannten "corn-hog farms" und "corn-cattle farms".

erscheint zweckmässig. Da die auf Anbaufläche bezogenen Anbauquoten sich als unzweckmässig erwiesen haben[1], ist eine mengenmässige Kontrolle der vermarkteten Baumwolle zu empfehlen.

Die Anbaufläche von R e i s wurde für 1956 gegenüber 1954 wegen der hohen Lagerbestände um 40 % eingeschränkt werden. Im Zuge der langfristigen Produktionsanpassung sollte für Reis entweder das "Acreage Reserve Program" angewendet werden oder es müsste ein Gesetz verabschiedet werden, das die marktregulierenden Bestimmungen für Reis aufhebt, dafür aber keinen fixierten Stützpreis bestimmt.

Die Wirkung von Anbaubeschränkungen auf die Produktion von E r d n ü s s e n ist durch agrartechnische Fortschritte wesentlich geschmälert worden. Die Quotenbestimmungen sollten deshalb aufgehoben werden. Das Schul - M i l c h - Sonderprogramm, wie es im Landwirtschaftsgesetz von 1954 vorgesehen war, sollte ab 1. Juli 1956 verlängert werden.

Die preisdrückenden Tendenzen auf dem V i e h - markt könnten z.T. durch das "Soil Bank Program" ausgeschaltet werden. Im übrigen sollten auf diesen Märkten immer dann Regierungskäufe getätigt werden, wenn die Viehpreise stark fallen oder die Viehmärkte überfüllt sind.

4. Dollargrenze für Stützpreise

Die CCC hat an grosse Farmer Warenbeleihungen von zuweilen erheblichen Ausmaßen vergeben und damit letztenendes für die kleineren Familienbetriebe relativ ungünstigere Wettbewerbsbedingungen geschaffen. Es ist darum empfehlenswert, je Betrieb von einer bestimmten Produktionsmenge ab keine Stützpreise bezw. Subsidien irgendwelcher Art mehr zu zahlen.[2]

---

1) Agrartechnische Fortschritte und hohe Stützpreise trugen 1955 zu einer Ernte von 15 Mill. Ballen statt der erwarteten 10 Mill. Ballen bei.

2) vergl. Brannanplan, S. 99 f.

5. Hilfsprogramm für Kleinfarmer

Das Hilfsprogramm für kleinere Farmer mit niedrigem Einkommen - das von Eisenhower am 26.4.1955 vorgeschlagen worden war und dessen Ausführung im Jahre 1955 angelaufen ist - sollte noch weiter ausgebaut werden.

6. - 9. Verschiedene Teilprogramme

Für die Landwirtschaft der "Great Plains"-Staaten müsste ein gesondertes, noch bekanntzugebendes Programm zur Anwendung kommen. Die landwirtschaftliche Forschung müsste erweitert werden, um neue Verwendungsmöglichkeiten für Agrarerzeugnisse zu finden, neue Märkte zu erschliessen und die Entwicklung neuartiger Erzeugnisse zu ermöglichen. Das Agrarkreditsystem bedarf weiterhin der staatlichen Unterstützung und könnte noch ausgebaut werden. Als ergänzende Hilfsmaßnahmen für die Farmer könnte die Benzinsteuer für Benzin erlassen werden, das in der landwirtschaftlichen Produktion verbraucht wird.

Die gegenwärtig geltenden Stützsätze für verschiedene Erzeugnisse

Nach Erlass des Landwirtschaftsgesetzes von 1954 und einiger Sonderbestimmungen des amerikanischen Landwirtschaftministeriums gelten für die Wirtschaftsjahre 1954/55, 1955/56 und 1956/57 folgende Stützpreise für einzelne Erzeugnisse:

Erzeugnis	Wirtschafts-jahr 1954/55 Stützpreis in % d. Par.-Preises	1955/56	1956/57 (voraus-sichtlich)
Weizen	82,5 - 90	82,5 - 90	76
Mais	82,5 - 90	82,5 - 90	76
Baumwolle	82,5 - 90	82,5 - 90	76
Tabak	82,5 - 90	82,5 - 90	76
Milchprodukte+)	90		
Wolle++)	110	106	
Sojabohnen++)	80	70	
Leinsamen++)	70	65	
Baumwollsamen++)	75	65	

+) laut Erlass USDA vom 1.4.1955
++) laut Erlässen des USDA vom April 1955

Quellen: Rosenstiel, 562,
Neue Züricher Zeitung, 560

IV. Die amerikanische Kritik an der Agrarpreispolitik nach dem Kriege

Die amerikanische Kritik an den Empfehlungen des Präsidenten Eisenhower von 1954

Nach der Vorlage des Wirtschaftsberichtes des Präsidenten Eisenhower im Januar 1954 nahmen im Februar 1954 vor dem "Joint Committee on the Economic Report" einige Wirtschaftswissenschaftler zu Eisenhowers Empfehlungen für eine zukünftige Agrarpolitik Stellung.

Galbraith[1] nahm eine zusammenfassende Analyse der bestehenden agrarpolitischen - insbesondere der agrarpreispolitischen - Gesetzgebung[2] vor, indem er feststellte: 1. Die Diskriminierung der nicht-preisgestützten Erzeugnisse gegenüber den preisgestützten ist nicht zu verteidigen.[3] 2. Die gegenwärtige Stützpreismethode eliminiert die U.S.A. von den Exportmärkten; es müssen Zolltarife und Importquoten angewandt werden. 3. Die Stützpreismethode verhindert im Binnenmarkt Wettbewerbsbeziehungen der einzelnen Produkte untereinander. 4. Von 1945 bis 1955 beging die Milchindustrie "slow suicide", indem sie sich nicht gegen die Regierungspolitik aussprach, den Butterpreis weit über dem Preise von substitutiven Pflanzenfetten zu stützen. 5. Stützpreise, nach der gegenwärtigen Methode kalkuliert, ergeben zu grosse Überschüsse. - Galbraith kritisierte sodann die Vorschläge Eisenhowers und kam zum Schluss, dass die geltende Gesetzgebung[2] sogar noch geeigneter sei, stabile Agrareinkommen zu schaffen als das vorgeschlagene Programm. Im übrigen sei in

---

1) vergl. GALBRAITH, 80, S. 537

2) Landwirtschaftsgesetze von 1949 und 1952

3) Anfang 1954 waren (wertmässig) über die Hälfte der landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht mit Stützpreisen versehen.

Eisenhowers Vorschlägen nichts enthalten, was zu einer Verbesserung der Nachteile der gegenwärtigen Agrarpreispolitik beitragen könne: Stützpreise sollen nach dem Vorschlag das Einkommen der Landwirtschaft stabil halten, aber gleichzeitig niedrig genug sein, "to discourage the building up of surpluses".[1]

Wilhelm [illegible] den Vorschlägen Eisenhowers folgendermassen Stellung:[2] 1. Flexible Agrarpreise und ein niedrigeres, modernisiertes Paritätsniveau - ohne zusätzliche Maßnahmen - garantieren weder eine kleinere Gesamtanbaufläche bzw. Produktion, noch tragen sie zur Ausweitung des Konsums im Inland und der Exporte bei. 2. Der Vorschlag, 333 Millionen $ pro Jahr zum Abbau der Überschüsse zur Verfügung zu stellen, und diese dann notleidenden Menschen im Ausland zuzuführen, vermindert weder die Überschussbestände wesentlich, noch wird hungernden Menschen im Ausland ausreichend geholfen. 3. Wenn die Paritätspreise für Grunderzeugnisse und deren Stützpreise gesenkt würden, ohne dass zugleich Maßnahmen zur Ausweitung des Konsums getroffen würden, könne das vom Gesetzgeber verschiedentlich ausdrücklich erwähnte Ziel der Einkommensparität für die Landwirtschaft nicht erreicht werden. 4. Angesichts grosser Lagerbestände an Weizen, Mais und Baumwolle, ist die vorgeschlagene niedrigere Preisstützung (75 - 90 % des modernisierten Paritätspreises) nicht dazu geeignet, das bereits zurückgegangene Farmereinkommen auf der bestehenden Höhe aufrechtzuerhalten.

Norton[3] sprach sich in seiner Kritik an den Empfehlungen Eisenhowers für die Anwendung von flexiblen Stützpreisen aus, schloss sich aber im übrigen den 1953 gemachten Empfehlungen der Illinois Agricultural Association an, wenn er dafür eintrat, das Paritätseinkommen auf einem freien Markt ("in a free market") entstehen

---

1) vergl. GALBRAITH, 80, S. 536

2) vergl. BEAN, 46, S. 539

3) vergl. NORTON, 142, S. 550 f.

zu lassen.

Grundsätzlicher äusserte sich Mitchel[1] zu Eisenhowers Agrarprogramm: Die Empfehlungen seien auf eine veraltete [illegible] auf die Ansicht nämlich, dass die amerikanische Wirtschaft eine freie Wettbewerbswirtschaft sei. [illegible] die meisten wirtschaftlichen [illegible] Dies sei jedoch nicht der Fall. [illegible] "The administration's proposals are, to a dangerous degree, geared to the principle of a contracting and underemployed American economy, rather than to the principle of an expanding and prosperous economy."[2] Mitchel war der Meinung, dass die zwei Grundprobleme der amerikanischen Landwirtschaft: 1. Nachfragesteigerung nach amerikanischen Agrarerzeugnissen und 2. das Einkommensproblem der "low-income farmer" nicht mit Hilfe des von Eisenhower vorgeschlagenen Agrarprogramms gelöst werden könnten.

Die zusammenfassende Kritik an der Agrargesetzgebung von 1948/49, 1952 und 1954

Das Paritätspreissystem wurde im Jahre 1933 eingeführt, um den amerikanischen Farmern Sicherheit gegen krisenhafte Preis- und Einkommensentwicklungen zu geben und um der amerikanischen Landwirtschaft die "Gleichheit" ("equality") - oder auch "Parität" - gegenüber den anderen Wirtschaftssektoren zu ermöglichen.

Dieses Postulat der "Gleichheit" wird grundsätzlich kaum bestritten. Die in der Landwirtschaft Beschäftigten sind durch Missernten, Schlechtwetterperioden, Depressionen einerseits und steigenden relativen Produktionsstückkosten (im Vergleich zum Trend der allgemeinen Produktionsstückkostensenkung im industriellen Bereich, und das besonders in einem hochindustrialisierten Land wie den

---

1) vergl. MITCHEL, 125, S. 555
2) vergl. MITCHEL, 125, S. 555

[illegible] Druck auf die Agrarpreise aus [illegible] vergleichsweise grösseren Gefahren [illegible] als die Beschäftigten in [illegible] ist auch zu vermerken, [illegible] in der Landwirtschaft tief[illegible] Folgen haben können als industrielle Depressionen.

[illegible] Frage, ob der Landwirtschaft [illegible] zugestanden werden sollen, [illegible] besten Mittels zu dieser [illegible] 1)

Die Berechnungsformel für Paritätspreise nach der geltenden Gesetzgebung ist darum ungeschickt gewählt, weil die Basisperiode (das jeweils vergangene Jahrzehnt) eine bedeutende zeitliche Verzögerung für den Anpassungsprozess der Landwirtschaft bewirkt und ihre Umstellung auf neue Bedingungen verhindert oder zumindest einschränkt. Denn relative oder absolute Preise einer bestimmten Basisperiode sind darum nur ungenügend als Vergleichskriterium geeignet, weil sie lediglich die Bedingungen der betreffenden Zeit wiedergeben.[2] Damit friert jegliche zeitlich zurückliegende Vergleichsbasis, die als Maßstab für Paritätspreise einer gegenwärtigen Epoche gelten soll, die funktionale und ausgleichende Tendenz des Preismechanismus ein.[3] Andererseits ist die geltende Berechnungsweise für Paritätspreise unzuverlässig, weil die Agrarpreise der Basisperiode teils auf dem Markt und teils über Produktionszahlungen gestützt worden sind und ferner, weil viele Produkte, deren Preise in die Kalkulation des Paritätspreises eingehen, in der Basisperiode überhaupt keine

---

1) vergl. Farm Foundation, 16, S. 32

2) vergl. JOHNSON, 20, S. 88 ff.

3) SCHICKELE (26, S. 262) schreibt: "... we try, through output restrictions, to support specific commodity prices computed by a formula based on past history rather than prices that would yield to producers currently a reasonable reward for their costs and effort."

Stützpreise erhalten haben.[1]

Es scheint, dass Paritätspreise Produktionsanpassungen an die tatsächliche Nachfragesituation verhindern.[2] Ganz offensichtlich besteht für verschiedene landwirtschaftliche [illegible] ein Lagerbestand, der über [illegible]hen- und Marktreserven hina[illegible]ogramm gekoppelte Programm [illegible] gleichfalls keinen wesentlichen Einfluss auf das Ausmaß der Agrarproduktion gehabt; die Vorteile des Programms für den Farmer scheinen zum grossen Teil auf die Subsidien zurückführbar zu sein, die in Verbindung mit dem Kontrollprogramm gezahlt wurden. Hätten die Produktionskontrollen die Produktion tatsächlich eingeschränkt, dann wären die Vorteile von höheren Erzeugerpreisen durch die geringere Produktionsmenge eliminiert worden, weil Produktionseinschränkungen in den meisten Fällen nicht von Kostensenkungen begleitet werden.[4]

Die Produktionssteigerung bestimmter Erzeugnisse, nach denen die Nachfrage ständig steigt, kann auch nicht

---

1) GALBRAITH (18, S. 52) kritisiert insbesondere die Bevorzugung der Grunderzeugnisse gegenüber den anderen Erzeugnissen durch die Preisgesetzgebung; der Gesamtwert der jährlich produzierten "anderen Erzeugnisse" ist grösser als der Produktionswert der Erzeugnisse mit 82,5-90 %-igem Stützpreis.

2) vergl. JOHNSON, 20, S. 88 ff.

3) Hier ist SCHICKELE allerdings anderer Meinung: Seit 1933 seien die Ernten zwar manchmal gross, aber nie "unmanagable" gewesen. "Die Missernten von 1934 und 1936, der Nachkriegsaufschwung, Export- und Auslandsprogramme ermöglichten es der Regierung, die Überschüsse zu verwenden, ohne den Binnenmarkt zu zerstören" (SCHICKELE, 26, S. 278). An der gleichen Stelle äussert SCHICKELE, dass die tatsächlichen Erzeugerpreise für die Produkte mit hohen Stützpreisen zwar höher als "freie Marktpreise" waren, aber vielleicht nicht so hoch, dass dadurch die Hauptmärkte verlorengingen; dies gelte jedoch nicht für Baumwolle zu Anfang der dreissiger und vierziger Jahre. - Dies Problem wird noch diskutiert werden; vergl. S. 95 ff.

4) vergl. JOHNSON, 20, S. 84 f.

über ein Preisprogramm vorgenommen werden, das Paritätspreise - und dem Paritätsprogramm parallel laufende Programme - als Kriterium benutzt. Die steigende Nachfrage nach Milch, Fleisch und Früchten wird von den Erzeugern dieser Güter nicht berücksichtigt, da der Paritätspreis für diese [illegible] zu niedrig angesetzt ist.[1] Der Stützpreis für Getreide, Eier, Kartoffeln und Baumwolle war im allgemeinen zu hoch angesetzt worden, der Stützpreis für Fleischtiere, Milch und Früchte im allgemeinen zu tief. Diese Tatsache hatte zweierlei Gründe: Agrartechnische Verbesserungen haben die Produktionskosten (die in die Paritätsformel einkalkuliert werden) der Erzeuger, die Produkte herstellen, deren Stützpreis weit unterhalb des Paritätspreises angesetzt wurde, mehr vermindert als die Produktionskosten der anderen Erzeugnisse. Und zum zweiten ist die Nachfrageelastizität der Erzeugnisse, für die ein relativ zu hoher Stützpreis angesetzt worden war, etwas niedriger als für die Produkte, deren Stützpreis vergleichsweise zu niedrig bemessen wurde.[2] Die Verzerrung der Preisverhältnisse innerhalb des Stützpreissystems ist darum weit mehr zu kritisieren als die blosse Existenz von Stützpreisen. Ein weiterer Nachteil von Paritätspreisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse besteht darin, dass der Paritätspreismechanismus die eigentliche Aufgabe der Preise - das gegebene Güterangebot zu erzielbaren Preisen auf den Konsumenten zu verteilen - ausschaltet und damit Überschüsse schafft, deren Verwendung zum Teil auf eine Art Lebensmittelverschwendung hinausläuft. Hier ist vor allem die Verwendung von verschiedenen Erzeugnissen zu Zwecken zu erwähnen, die nicht dem Wert des betreffenden Erzeugnisses entsprechen.[3]

Und letztenendes bewirken künstliche Preise - wie Paritätspreise es ja sind -, die über dem Marktpreisniveau liegen, eine erhöhte Produktion substitutiver Güter

---

1) vergl. JOHNSON, 20, S. 88 ff.

2) vergl. SCHICKELE, 26, S. 258

3) vergl. JOHNSON, 20, S. 88 ff.

und heben damit den kurzfristig positiven Einkommenseffekt, der mit Hilfe von Stützpreisen über dem Marktpreisniveau erreicht wurde, wieder auf.

Schickele[1] hat jedoch argumentiert, dass das Niveau der Paritätspreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse nicht wesentlich von den Preisen differierte, die auf einem "freien Markt" mit Vollbeschäftigung entstehen würden. Schickeles Argument scheint zuzutreffen, obgleich die Zeit zwischen 1910 und 1914 als Basisperiode für die Berechnung der Paritätsformel gewählt wurde: die Basisperiode erscheine darum noch "reasonable", weil die Wertschaffung je landwirtschaftlich Beschäftigtem im Verhältnis zur Wertschaffung je industriell Beschäftigtem in den letzten vierzig Jahren ungefähr gleichmässig angestiegen ist. "There is no guaranty, of course, that this harmony in technological advance will continue indefinately."[1] Colin Clark bemerkt dazu:[2] "... primary products including farm products, might increase in price relative to manufactured goods and services in the future if diminishing returns in primary industries should begin to outweigh economies of scale and improvements in technical production efficiency." Schickele ist deshalb der Meinung, dass, wenn dies eintreten sollte, sich die Agrarpreise höchstwahrscheinlich über dem Basiszeitniveau 1910/14 - bei freier Preisgestaltung - bewegen würden und schliesst, dass - als ganzes gesehen - Paritätspreise als Kriterium für das Ausmass von Stützpreisen nicht die Agrarerzeugnisse gegenüber den industriellen Erzeugnissen überbewerten.[3] Obgleich Schultz anlässlich einer Diskussion des Brannanplans[4] geäussert hatte, dass - generell gesehen - Agrarprodukte nicht 90 % des Paritätspreises wert seien, gibt er zu, dass unter Vollbeschäftigungsbedingungen die "over-

---

1) vergl. SCHICKELE, 26, S. 257
2) vergl. CLARK, 12, S. 52
3) vergl. SCHICKELE, 26, S. 257
4) vergl. SCHULTZ, 163, S. 4 f.

all price parity" nicht vom Preisniveau der nicht-landwirtschaftlichen Erzeugnisse abweicht ("not out of line")[1]

Die stimulierende Wirkung von Stützpreisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse in Zeiten der Unterbeschäftigung ("if the farmer prospers, so does the nation") wird im allgemeinen von den amerikanischen Agrarwissenschaftlern bestritten.[2] "It's not the tail that wags the dog", d.h. 16 % der Bevölkerung (Farmbevölkerung) können nicht die Kaufkraft von 84 % der (Nichtfarm-) Bevölkerung auf ein Vollbeschäftigungsniveau bringen.[3] "To the extend to which over-all effective demand for nonfarm products has been raised by farm price supports, employment and the national economy have been stimulated. Much depends on what price support measures are used on the incidents of the shift in purchasing power among various income groups which these measures bring about. If price supports were achieved simply by curtailing output and raising prices to city consumers, the resulting increase in farm demand for industrial goods would be more than offset by a decrease in city demand. If price deficiency payments were used, the increase in farm demand for industrial goods would not be offset by a decrease in city demand and, hence, would result in a stimulation of total employment."[4]

Es gibt beinahe keinen Kritiker der amerikanischen Agrarpreispolitik der Nachkriegszeit, der nicht starre Garantien für die Landwirtschaft in Form von Paritätspreisen abgelehnt hat.[5] Schon gegen Ende des zweiten Weltkriegs hatte sich das "Committee on Parity Concepts" gegen eine Weiterführung der Stützpreispolitik der Kriegszeit in den Nachkriegsjahren ausgesprochen.[6] Immer wieder

---

1) vergl. SCHULTZ, 30, S. 218

2) vergl. SCHICKELE, 26, S. 259

3) GALBRAITH (80, S. 535) nahm u.a. auch zu dem Argument Stellung, dass "ein gegebenes Farmeinkommen ein siebenfaches Ansteigen des Nationaleinkommens" bewirke. Er sagte, dies sei "politisches Wahlgeschwätz".

4) vergl. SCHICKELE, 26, S. 259 FN.

5) vergl. GALBRAITH, 18, S. 41

6) vergl. COMMITTEE ON PARITY CONCEPTS.

haben inzwischen bedeutende Agrarwissenschaftler das bestehende Paritätspreissystem kritisiert und sich für eine Neuordnung der amerikanischen Agrarpreispolitik ausgesprochen.[1] Auch der gegenwärtige Landwirtschaftminister E.T. Benson hatte sich kurz nach seinem Amtsantritt im Jahre 1952 gegen Stützpreise als ständigen Bestandteil der amerikanischen Agrarpreispolitik ausgesprochen.[2]

Das Mißtrauen der Politiker in den gesetzgebenden Körperschaften gegen eine Agrarpreispolitik, die die nun schon über zwanzig Jahre alte Paritätspreisgesetzgebung gegen ein grundsätzlich neues Programm zur Schaffung stabiler Agrarpreise und "angemessener" Farmereinkommen eintauscht und - diese Bemerkung erscheint uns hier angemessen - die Furcht mancher Politiker, ihre Sitze in den gesetzgebenden Körperschaften nach der Befürwortung eines Agrarprogramms, das keine Paritätspreise der traditionellen Art enthält, zu verlieren, haben bisher nicht dazu geführt, eine wesentliche Neuordnung der amerikanischen Agrarpreispolitik durchzuführen.[3]

---

1) Um nur einige zu nennen: Schultz, Johnson, Benedict, Jesness, Norton, Nourse, Cowden, Galbraith, Brandt, Shepherd, Welch.

2) Bensons Rede in St.Paul im Jahre 1952, vergl. die Angabe von GALBRAITH, 18, S. 40

3) Am 17.4.1952 wurden im Senatsgebäude, Washington, D.C., vor einem Unterausschuss des U.S.Senate Agricultural Committee die Stellungnahmen verschiedener Organisationen und Personen zu drei geplanten agrarpreispolitischen Gesetzen vorgebracht. Dr. Sanders, der Rechtsberater der National Grange, schlug im Verlauf seiner Darlegungen die Vorladung und das Anhören einiger Agrarwissenschaftler, die "Turning the Searchlight on Farm Policy" (16) verfasst hatten, vor. Senator Ellender (La.), der Chairman des U.S.Senate Agricultural Committee, erwiderte darauf u.a. "Why waste time?" (vergl. U.S.Senate, 485, S. 142); in diesem Zusammenhang gewinnt auch eine Feststellung der 13 Autoren von "Turning the Searchlight on Farm Policy" (146) an Bedeutung: "While many senators and representatives, many state legislators, and many in executive and administrative posts studiously and conscientiously try to weigh agricultural policies on the scales of sound national interest, we discern also a tendency in the last thirty years for agricultural policy to be regarded by some farm state politicians as opportunities to serve special interests." (S. 61)

V. Auswirkungen der amerikanischen Agrarpreispolitik

Einkommenspolitische Probleme

Das Nettoeinkommen aller landwirtschaftlichen Erwerbspersonen lag im Jahre 1954 ungefähr 16 % unter dem durchschnittlichen Nettoeinkommen der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen in der Periode 1947/1949.[1] Das Nettoeinkommen der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen im Zeitraum 1947/1949 war jedoch relativ hoch. Das Gesamtbruttofarmereinkommen im Jahre 1954 erreichte eine Höhe von 34,2 Milliarden $, die Produktionskosten lagen in jenem Jahr bei ungefähr 21,9 Milliarden $. Der Anteil des Farmereinkommens am Gesamtvolkseinkommen ging seit Kriegsende ständig zurück. 1946 machte er noch 12 % aus, betrug 1948 11,6 %, 1951 9,4 % und 1954 nur noch 7,2 %.[2] Im Mai des Jahres 1955 sank er weiter auf einen Anteil von 5 % bis 6 % des Volkseinkommens.[3]

Zwischen 1939 und 1954 stieg das Bruttoeinkommen der Farmer stärker an als das Einkommen der Beschäftigten in anderen Wirtschaftszweigen, nämlich um 276 % gegenüber 189 % (1939 = 100). Die Kaufkraft der Farmer stieg seit 1939 um 70 %, verglichen mit einer Kaufkraftsteigerung der Einkommen der Vergleichsgruppe um 50 %.[4]

Der Begriff "Paritätseinkommen" wurde im Landwirtschaftsgesetz von 1948 neu definiert: "'Parität', auf das Einkommen angewandt, ist das Bruttoeinkommen aus der Landwirtschaft, das dem landwirtschaftlichen Betriebsführer und seiner Familie [5] einen Lebensstandard sichert,

---

1) vergl. USDA, PMA, 544, S. 2

2) vergl. USDA, BAE - zit. in: USN, 379, S. 98

3) vergl. BW, 229, S. 28 f.

4) vergl. TIME, 361, S. 50

5) Familieneigner Lohn wird vom Gesetz nicht bei der Formulierung des "Paritätseinkommens" einbegriffen.

der dem gleicht, der Personen, die ihren Lebensunterhalt in einer anderen Beschäftigung verdienen, ermöglicht wird. 'Parität', bezogen auf das Einkommen aus einem beliebigen landwirtschaftlichen Erzeugnis in einem beliebigen Jahr, ist das Bruttoeinkommen, das im gleichen Verhältnis zum Paritätseinkommen aus der Landwirtschaft für dieses Jahr steht, wie das durchschnittliche Bruttoeinkommen aus diesem Erzeugnis für die zehn vorhergehenden Kalenderjahre zu dem durchschnittlichen Bruttoeinkommen aus der Landwirtschaft für die gleichen zehn Kalenderjahre."[1)]

Es wird also ein Paritätseinkommen auf der Grundlage von Bruttowerten für einzelne Agrarerzeugnisse definiert.

"Das setzt voraus, dass es möglich ist:

1. eine verhältnismässig einfache und annehmbare Begriffsbestimmung für die Gesamtsumme in Dollar aufzustellen, die die Farmerfamilie benötigt, um den in der Landwirtschaft Beschäftigten in Bezug auf Lebenshaltung und Sparen den gleichen Lebensstandard zu geben"[2)] wie den Beschäftigten in anderen Wirtschaftszweigen,
2. "die erforderlichen Ausgaben zur Erzeugung des Bruttovolumens der landwirtschaftlichen Produktion je Jahr mit einiger Genauigkeit abzuschätzen, und schliesslich
3. die jeweiligen Mengen der verschiedenen Erzeugnisse anzugeben, die erzeugt und verkauft werden sollen.

Gutachten während der Verhandlungen über dieses Gesetz zeigten, dass das Ministerium nicht im Besitz der notwendigen Forschungsunterlagen und Statistiken war, um tatsächlich festzustellen, welche Dollarsummen für die vergleichbaren Lebensstandards notwendig wären. Es wurde weiter festgestellt, dass sehr umfangreiche Mittel und wenigstens einige Jahre Arbeit notwendig wären, um diese Aufgabe überhaupt zufriedenstellend zu lösen."[2)]

---

1) vergl. AA 1948, op.cit., Section 201, (a) (2)
2) GUBIN, 430, S. 23

Im Jahre 1952 legte eine Farmerorganisation, die National Grange, statistisches Material vor, das die Einkommensdisparität der Landwirtschaft gegenüber den Einkommen der in der Industrie Beschäftigten aufzuzeigen versucht. Daraus geht hervor, dass die Bruttoeinkommensdisparität[1] der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen gegenüber den industriellen Erwerbspersonen im Jahre 1948 36,5 Millionen $, 1949 37,7 Millionen $ und die voraussichtliche Disparität für 1950 38,0 Millionen $ und für 1951 41,0 Millionen $ betrug. Die prozentuale Disparität (industrielle Bruttoeinkommen = 100) betrug in den genannten vier Jahren 94 %, 84 %, 85 % und 91 %.[2]

Abgesehen von den Schwierigkeiten der Berechnung der exakten Einkommensdisparität ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass eine Einkommensparität für landwirtschaftliche Erwerbspersonen erreicht werden könnte, ohne den Lebensstandard der Farmer zu verbessern; nämlich dann, wenn der Lebensstandard der nicht-landwirtschaftlichen Erwerbspersonen fällt oder wenn das durchschnittliche Farmereinkommen lediglich auf Grund eines starken Einkommenszuwachses bei den grossen Farmen steigt.[3] Die vom Gesetzgeber angestrebte Parität ist auf die Steigerung des durchschnittlichen Farmereinkommens abgestellt. Sie stellt deshalb nicht die Norm für eine optimale Einkommensverteilung dar.

Der Gesetzgeber hatte angenommen, dass Paritätspreise eine Einkommensparität dambewirken, wenn die Agrarpreise auf einem, einer günstigen Basisperiode entsprechenden, Niveau gehalten werden. Zu bedenken ist aber, dass Paritätspreise ohne Einbeziehung der Produktionsänderungen und der schwankenden Produktionskosten in der

---

1) Diese Disparität wurde berechnet zwischen "Gross income from farm excluding government payments" und "gross income necessary to yield industrial wage parity to operators", wobei "value of unpaid family labor" und "interest on equity of operator" in Ansatz gebracht wurden. (vergl. U.S.SENATE, 485, S. 144 f. - Statement of J.T. Sanders)

2) vergl. SCHICKELE, 26, S. 283 f.

3) vergl. SCHICKELE, 26, S. 255

Basisperiode berechnet werden. Falls im Jahre 1950 z.B. für jedes Erzeugnis Stützpreise in Höhe von 100 % des Paritätspreises gegolten hätten, wäre zwar ein höheres durchschnittliches Farmereinkommen als das von 1910/1914 zustandegekommen, jedoch hätten die Farmer nicht ein Einkommen erzielt, das dem Einkommen der Erwerbspersonen in anderen Wirtschaftszweigen im Jahre 1950 vergleichbar gewesen wäre. Es kann daher geschlossen werden, dass Paritätspreise im Sinne der Gesetzgebung nicht unbedingt zu einer Einkommensparität im Sinne der Gesetzgebung führen.

Innerhalb kurzer Zeiträume werden Stützpreise zwar ein höheres Farmereinkommen bewirken, als wenn lediglich freie Marktpreise gälten, jedoch auf lange Sicht gesehen können Stützpreise - besonders, wenn sie zu hoch angesetzt worden sind - ungünstige Wirkungen für die haben, denen sie zugute kommen sollen. Das Einkommen der amerikanischen Baumwollerzeuger hätte während der dreissiger Jahre und zu Anfang der vierziger Jahre beispielsweise höher sein können, wenn der Baumwollstützpreis niedriger gewesen wäre.[1)]

Ausserdem hängt das Einkommen des einzelnen Farmers oder einer Erzeugergruppe nicht nur vom Verhältnis des (Stütz-) Preises für ein bestimmtes Erzeugnis zum allgemeinen Erzeugerpreisniveau ab, sondern auch von dem Kostenverhältnis der Produktion eines bestimmten Erzeugnisses gegenüber einem anderen Erzeugnis. Schickele hat u.a. hierauf hingewiesen.[2)]

Wenn die Preise für jedes einzelne Agrarerzeugnis in Höhe des vollen Paritätspreises gestützt würden, würden die relativen Einkommensverhältnisse der einzelnen Erzeugergruppen zueinander beinahe völlig nivelliert werden: Erzeuger, deren Produktionskosten im Sinken begriffen sind, würden u.U. höhere als "Paritätseinkommen" erhalten, und der umgekehrte Fall gälte für Erzeuger mit

---

1) vergl. SCHICKELE, 26, S. 256

2) vergl. SCHICKELE, 26, S. 175

steigenden Produktionskosten.[1)]

Generell gesehen sind Stützpreise kein Hilfsmittel für die Verbesserung der Einkommensverteilung unter den Farmern. Die amerikanische Stützpreispolitik hat dazu beigetragen, die reichen Farmer reicher und die armen ärmer zu machen.[2)] Wenn das gesamte Bareinkommen der Farmer z.B. um eine Milliarde Dollars vermehrt würde, dann erhielten weniger als 25 % aller Farmer ungefähr 75 % des Betrages, während ungefähr 45 % aller Farmer weniger als 7 % des Einkommenszuwachses erhielten.[3)] Auch die Subsidien, die in Verbindung mit dem Produktionskontrollprogramm gezahlt wurden, kamen eher den Farmern mit hohem Einkommen zugute, als denen mit niedrigem Einkommen.[4)] Im einzelnen hängt die Wirkung von Stützpreisen auf das Farmereinkommen davon ab, welche Erzeugnisse mit Stützpreisen versehen werden und welche Höhe die Stützpreise haben.

Jedoch kann festgestellt werden, dass die Stützpreispolitik dazu beigetragen hat, ein höheres Farmereinkommen in der Nachkriegszeit zu ermöglichen, als es entstanden wäre, wenn keine Stützpreise gezahlt worden wären:
"... supporting prices above free market levels does increase the income from the respective products, al least in the short run. Since avarage farm incomes have been below par with avarage nonfarm incomes, supporting farm prices near price parity has brought avarage farm and nonfarm incomes somewhat close together."[5)]

---

1) SCHICKELE, 26, S. 175: Dieser Fall trifft auf die relative Einkommenslage der Tomaten- oder Eiererzeuger gegenüber der der Milch- und Schlachtvieherzeuger zu; die Produktionskosten der ersten Gruppe fielen, die der zweiten Gruppe sind beinahe konstant geblieben.

2) vergl. SCHICKELE, 26, S. 165 f.

3) vergl. JOHNSON, 104, S. 909 ff.; 20, S. 89 f. und SCHIKKELE, 26, S. 256. - 2 % der Farmer produzieren 25 % der vermarkteten Agrarerzeugnisse und 9 % der Farmer produzieren mehr als 50 % der vermarkteten Erzeugnisse.

4) vergl. SCHULTZ, 26, S. 149 f.

5) vergl. SCHICKELE, 26, S. 256

Diese Annahme bestätigt Schickele durch folgendes Beispiel: Wenn 10 Waren unter 100 % des Paritätspreises auf dem freien Markt verkauft werden, und nur 3 oder 4 dieser Waren mit einem Stützpreis von fast 100 % des Paritätspreises gestützt werden, ist es denkbar, dass die Preise der verbleibenden 6 oder 7 Produkte davon ungünstig beeinflusst werden, und zwar dann, wenn für die Produkte mit fast 100 %-igem Stützpreis eine unelastischere Nachfrage als für die restlichen Produkte besteht. Denn es ist ein Charakteristikum der Erzeugnisse mit unelastischer Nachfrage - z.B. Weizen, Mais, Kartoffeln, Baumwolle -, dass der Konsument bei höherem Preis mehr kauft als bei niedrigem Preis. Deshalb bewirke ein hoher Stützpreis für ein Erzeugnis mit unelastischer Nachfrage erhöhte Ausgaben für dieses Erzeugnis und damit ein Nachlassen der Nachfrage nach anderen Erzeugnissen, für die dann Preissenkungen zu erwarten sind.[1)]

Johnson nimmt an[2)], dass der Effekt der Stützpreispolitik für landwirtschaftliche Erzeugnisse auf die Einkommen der nicht-landwirtschaftlichen Erwerbspersonen verhältnismässig günstig war; die Konsumenten hätten Nahrungsmittel zu Preisen bezogen, die niedriger gewesen waren, als wenn keine Stützpreise angewendet worden wären.

Galbraith[3)] sieht den Grund für das Fallen des Agrareinkommens seit der Koreakrise vor allem in dem Sinken der Agrarexportnachfrage, insbesondere der Nachfrage nach Weizen, Baumwolle und anderen "export staples".[4)] Die Stützpreispolitik selbst hatte ja seit der Koreakrise keine wesentlichen Wandlungen erfahren; die allgemeine Stützpreishöhe hatte daher auch keinen wesentlichen Einfluss direkter Art auf die Höhe der Farmereinkommen.

Das ernste Problem der niedrigen Einkommen in den amerikanischen Südstaaten jedoch ist hauptsächlich auf

---

1) vergl. SCHICKELE, 26, S. 256

2) vergl. JOHNSON, 109, S. 107 ff.; vergl. auch HOOVER, 94, S. 760 f.

3) vergl. GALBRAITH, 80, S. 534 f.

4) vergl. GALBRAITH, 80, S. 534 f.

das Vorhandensein einer landwirtschaftlichen Überbevölkerung in disen Gebieten zurückzuführen. Auch als Grund für die niedrigen Erträge je landwirtschaftlicher Erwerbsperson in den Südstaaten ist der hohe Arbeitsbesatz in diesem Gebiet anzuführen. Die relativ niedrigen landwirtschaftlichen Löhne laufen wiederum auf eine Verschwendung der menschlichen Arbeitskraft in den Südstaaten hinaus.[1)]

Das jährliche durchschnittliche Arbeitseinkommen aller amerikanischen Landarbeiter im Zeitraum 1948/1949 wurde auf 2000 $ veranschlagt; demgegenüber haben industrielle Arbeiter in dieser Periode ein jährliches Durchschnittseinkommen von 2700 $ gehabt.[2)] In den Südstaaten kann man jedoch für die Jahre 1948 und 1949 als Jahresdurchschnittseinkommen höchstens 750 bis 900 $ je in der Landwirtschaft Beschäftigtem in Anschlag bingen.[3)] Dagegen ist kein Anhaltspunkt dafür gegeben, dass in den Südstaaten das durchschnittliche Arbeitseinkommen für vergleichbare industrielle Arbeit in gleichgrossen Orten sich von dem durchschnittlichen Arbeitseinkommen der gesamten Nation unterscheidet.[4)]

Zwischen 1943 und 1953 nahm die Zahl der Industriearbeiter in den Südstaaten um 750000 Arbeiter zu. Zum Teil kamen diese neuen Arbeiter aus der Landwirtschaft. Jedoch ist die Übersiedlung von Landarbeitern in industrielle Beschäftigungen in den Südstaaten bedeutend langsamer vonstatten gegangen als in den übrigen Teilen der

---

1) vergl. LANGSFORD, 119, S. 773 ff.

2) vergl. JOHNSON, 107, S. 835; JOHNSON weist hier auch darauf hin, dass Einkommenszahlen für landwirtschaftliche Arbeiter auf einer Schätzung der Gesamtzahl der in der Landwirtschaft voll beschäftigten Personen von 10,09 Millionen beruht. JOHNSON ist der Meinung, dass diese Beschäftigtenzahl um 10 - 15 % zu hoch angesetzt ist. Im übrigen sei bei einem Vergleich der Nettoeinkommen von Landwirtschaft und Industrie die Einbeziehung einer 25 %-igen Korrektur wegen der unterschiedlichen Lebenshaltungskosten vorzunehmen.

3) vergl. JOHNSON, 107, S. 835

4) vergl. KLARMANN, 117

U.S.A.. Wegen der relativ langsamer fortschreitenden Industrialisierung der Südstaaten müssten die aus der Landwirtschaft abwandernden Personen z.T. in weit entfernte Gebiete umgesiedelt werden. Daher erreichte die Abwanderung aus der Landwirtschaft in den Südstaaten nur einen geringen Umfang.[1)]

Der optimale Einsatz der Produktionsfaktoren in der Landwirtschaft

Die Frage, ob durch das amerikanische Paritätspreissystem in der amerikanischen Landwirtschaft ein unrationeller Einsatz der Produktionsfaktoren bewirkt worden ist, ist in der amerikanischen Literatur mehrfach aufgeworfen worden. Es ist festzustellen, dass die Ansichten der Kritiker in diesem Punkte z.T. erheblich voneinander abweichen.

Schultz[2)] schrieb im Jahre 1945, dass bei der Verteilung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital zwischen der Landwirtschaft und den anderen Wirtschaftssektoren die Preiseinflüsse nicht überwiegend sein mögen, jedoch auch: " the movement of workers in and out of agriculture has been inconsistent with our economic rationale as to what people do (in the short run) in adjusting to changes in ralative prices of products."[3)]

Schultz hat stattdessen auf die Rolle der relativen Preisverhältnisse im Anpassungsprozess der Produktionsfaktoren in Hinblick auf ihren optimalen Einsatz in der Landwirtschaft hingewiesen und festgestellt, dass "einkommenstabilisierende Programme eine zu schwere Last für das Preissystem sind, wenn es wirksam als Richtschnur für die Agrarproduktion dienen soll."[4)]

---

1) vergl. McELVEEN und BACHMAN, 442, S. 28
2) vergl. SCHULTZ, 29
3) vergl. SCHULTZ, 29, S. 89
4) vergl. SCHULTZ, 30, S. 80

Die Agrarwissenschaftler, die an der Publikation "Turning the Searchlight on Farm Policy"[1] mitgearbeitet haben, bemerkten zu diesem Problem folgendes: " ... if the effort to equalize incomes of the two groups (farmers und nonfarmers, d.V.) takesthe form of continuous cash supplements or subsidies rather than returns from the market, this means that recources, especially labor recources, are being used in agriculture when they would be used more profitably in other lines. Thus, continuous cash subsidies to agriculture do not promote equality in the market prices paid for labor and capital in their several uses in accordance with the economist's equilibrium goal."[2]

Überdies wird festgestellt: " ... a support program above real market prices tends to 'tie down' recources that should be moving out to nonagricultural uses ..."[3]

Die Kritiker der amerikanischen Stützpreispolitik für landwirtschaftliche Erzeugnisse, die einen durch diese Politik bewirkten nicht-optimalen Einsatz der Produktionsfaktoren in der Landwirtschaft als gegeben ansahen, waren der Ansicht, dass Stützpreise, wenn sie als Mittel der Einkommenspolitik dienen sollen, nicht die optimale Kombination der Produktionsfaktoren bewirken könnten. Denn Festpreise oder Mindestpreise veranlassen nicht die Bewegung der Produktionsfaktoren innerhalb der Landwirtschaft oder zwischen der Landwirtschaft und den anderen Wirtschaftssektoren "in Bezug auf die Konsumentenwünsche".[4]

Galbraith[5] meint, im allgemeinen bestehe die Tendenz, dass Stützpreise in Zeiten niedriger Gesamtnachfrage oder in Zeiten allgemeinen wirtschaftlichen Niedergangs "wirksam sein werden", d.h., in solchen Zeiten

---

1) vergl. Farm Foundation, 16

2) vergl. Farm Foundation, 16, S. 34

3) vergl. Farm Foundation, 16, S. 64; vergl. auch JOHNSON, 104, S. 509 ff.

4) vergl. BENEDICT, 5. zit.b. GALBRAITH, 18, S. 46

5) vergl. GALBRAITH, 18

werden die Agrarpreise sich auf der Höhe der Stützpreise befinde.[1] "Jedoch in Zeiten hoher Gesamtnachfrage - wenn diese stark genug ist, um den Zustand der 'Vollbeschäftigung' herzustellen - werden die Preise für einige oder die meisten der landwirtschaftlichen Erzeugnisse höchstwahrscheinlich über den Stützpreisen liegen."[1] Wenn nun die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse über den Stützpreisen liegen, folgert Galbraith, besteht keine Gefahr, dass die Existenz dieser Stützpreise die optimale Kombination der Produktionsfaktoren verhindert. Wenn die Agrarpreise auf der genauen Höhe der Stützsätze liegen - als Resultat einer allgemeinen Nachfrageschwächung z.B. -, ist ihre Wirkung auf die optimale Kombination der Produktionsfaktoren zumindest zweifelhaft ("ambiguous")[1] In dieser wirtschaftlichen Situation - Galbraith bezeichnet sie als "graduelle Depression" - sind einige Produktionsfaktoren überhaupt nicht ausgenutzt, oder sie werden am "falschen Platze" nicht voll ausgenutzt [1]

Galbraith[2] hat darauf hingewiesen, dass diese Erwägungen von Schultz übersehen worden sein müssen, als dieser schrieb: " ... during a depression when consumers purchasing power shrinks and prices drop ... measures that keep farm prices from falling below the support prices will disrupt both internal and external trade, unless it should happen that measures employed by the government create enough additional demand to equilibrate the supply at a price at least as high as the support price. ... there are two primary objectives that appear to be appropriate in pricing farm products: 1. to improve the allocation of resources in agricultural production, and 2. to maintain farm income ..."[3]

---

1) vergl. GALBRAITH, 18, S. 40

2) vergl. GALBRAITH, 19, S. 47 und 77, S. 460 ff.

3) vergl. SCHULTZ, 30, S. 96;
Galbraith vermerkt jedoch (18, S. 47 FN), dass Schultz diese Ansichten im Jahre 1950 vertrat, nun aber (1954) auf Grund von Gesprächen und Korrespondenz der Eindruck entstanden sei, dass Schultz - obgleich er immer noch auf der grossen Wichtigkeit von freien Preisbewegungen für die "allocative efficiency" (vergl. Farm

Galbraith folgert[1], dass Stützpreise auf den optimalen Einsatz der Produktionsfaktoren überhaupt keine negativen Einflüsse haben, da sie - wie aus dem Vorangegangenen hervorgeht - weder in Zeiten von Vollbeschäftigung noch in Zeiten von Arbeitslosigkeit diese Einflüsse ausüben. Auch haben Schultz[2] und Wilcox[3] nachgewiesen, dass Preisverhältnisse und die relativen Erträge der Produktionsfaktoren von zweitrangiger Bedeutung bei der Bewegung der Produktionsfaktoren zwischen der Landwirtschaft und den anderen Wirtschaftszweigen sind und dass sich der Produktionsfaktor Arbeit eher bei hohem relativem Einkommen als bei niedrigem von der Landwirtschaft in die Industrie verlagert.

Galbraith gibt jedoch zu, - und schränkt damit das vorangegangene Urteil ein - dass Stützpreise zu einer "Verzerrung" der optimalen Kombination der Produktionsfaktoren führen, da die Stützpreise nicht "notwendig auf einem Gleichgewichtsniveau bei Vollbeschäftigung" angesetzt sind und weiterhin darum, weil Änderungen der Angebots- und Nachfrageverhältnisse (z.B. der stetig sinkende Agrarexport und die steigende Margarineerzeugung) erhebliche Konsumrückgänge bewirken können, selbst wenn die Gesamtnachfrage ausreicht, um Vollbeschäftigungsbedingungen aufrecht zu erhalten.[4]

Im Hinblick auf die tatsächliche Lage der Landwirtschaft sagt Galbraith zusammenfassend: "The obvious manifestation of short-run inefficiency in recource allocation would be shortages and high prices for some products, while the supported products were impounding labor and other recources. This has not been obviously the case

---

Foundation, 16, S. 50 FN) bestehe - nun einen "milderen Standpunkt" in dieser Hinsicht in Bezug auf Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs vertritt.

1) vergl. GALBRAITH, 18, S. 47

2) vergl. SCHULTZ, 30

3) vergl. WILCOX, 189, S. 555/57

4) vergl. GALBRAITH, 18, S. 48

to date."[1] Johnson[2] urteilt ähnlich, wenn er sagt, dass bei der Betrachtung der Periode der Regierungsfarmprogramme als Ganzes gesagt werden kann, dass eine wesentlich nicht-optimale Kombination der Produktionsfaktoren nicht stattgefunden hat, weil die Stützpreise nicht erheblich über den ["richtigen" ("proper")] Preisen gelegen haben, die die "richtige" Kombination der Produktionsfaktoren bewirken.

Die Schwierigkeit, ex ante eine stichhaltige Analyse der Wirkung von Stützpreisen für Agrarprodukte auf die optimale Kombination der Produktionsfaktoren innerhalb der Landwirtschaft und zwischen der Landwirtschaft und dem Rest der Wirtschaft aufzustellen, darf nicht unterschätzt werden. Es ist durchaus möglich, dass für Kapital, Boden und Arbeit nicht die wirtschaftlich optimale Einstellung aufeinander erreicht worden ist, jedoch ist der zu analysierende Zeitraum in wirtschaftlicher Hinsicht "nicht homogen"[3], d.h., die Landwirtschaft hatte des öfteren auf der Produktionsseite vom Staate geforderte Umstellungen vorzunehmen, die eine auf lange Sicht geplante Anpassung der Landwirtschaft an rein ökonomische Postulate (wie z.B. die optimale Kombination der Produktionsfaktoren) erschwerten. Zudem ist es fast unmöglich festzustellen, ob eine eventuelle nicht-optimale Kombination der Produktionsfaktoren innerhalb der amerikanischen Landwirtschaft auf Grund der Paritätspreise, der Paritätszahlungen oder der verschiedenen marktregulierenden Maßnahmen stattgefunden hat.

Schliesslich ist zu vermerken, dass eine eventuelle nicht-optimale Kombination des Produktionsfaktors Arbeit - insbesondere in den Südstaaten - nicht allein ein ökonomisches Problem ist, sondern eine ordnungspolitische Aufgabe, die sich nicht "über den Markt" löst.

---

1) vergl. GALBRAITH, 18, S. 48

2) vergl. JOHNSON, 110 und 109, S. 107 ff.

3) vergl. HOOVER, 94, S. 762; auch Hoover weist darauf hin, dass einerseits die Stützpreise mit dem Ziel angewandt wurden, höhere Produktion und Preise zu erzielen, andererseits aber Produktionseinschränkungen bewirken sollten

Inflationäre Wirkungen der Paritätspreisformel und die Preiskontrollgesetzgebung

Der Defense Production Act aus dem Jahre 1950[1] enthält u.a. auch Bestimmungen über Lohn- und Preiskontrollen. Jedoch wird die Anwendung dieser Kontrollen auf dem Agrarsektor vom Gesetz wesentlich eingeschränkt.[2] Es wird die Schutzbedürftigkeit der Landwirtschaft und ihre besondere Stellung gegenüber den anderen Wirtschaftszweigen ausdrücklich betont.

Das Gesetz bestimmte, dass für kein landwirtschaftliches Erzeugnis Preise unterhalb eines bestimmten Niveaus angesetzt werden dürfen.[3] Der geltende Mindestpreis für jedes Agrarerzeugnis durfte nicht niedriger sein als der jeweils höchste der folgenden Preise:

1. 100 % des Paritätspreises,
2. des Marktpreises am 1.10.1941,
3. des Marktpreises am 15.12.1941 oder
4. des Durchschnittspreises der Periode 1.7.1919 / 30.6.1929.

Später wurde diese Alternativpreisbestimmung geändert. Der Mindestpreis für ein landwirtschaftliches Erzeugnis sollte nicht niedriger sein als entweder der vom Landwirtschaftsministerium angesetzte Stützpreis oder der höchste Erzeugerpreis zwischen dem 24.5.1950 und dem 24.6.1950. Inzwischen sind diese Bestimmungen durch das Landwirtschaftsgesetz von 1954 aufgehoben worden.

Insbesondere die Instabilität der Agrarpreise während der Koreakrise deutet auf die eine Inflation begünstigende Zusammensetzung der Paritätsformel hin.[4] Die inflationistischen Gefahren der Paritätsformel beruhen im

---

1) Defense Production Act of 1950, 8, U.S.C. 317, 8.9.1950
2) Defense Production Act of 1950, op.cit., Section 402, e
3) Def.Prod.Act of 1950, op.cit., Sect. 402 (d)(3) i u. ii
4) vergl. BRANDT, 50, S. 192; JACKENDOFF, 98, S. 3 ff.

wesentlichen auf der Berechnungsmethode der Formel:[1] Die Erzeugerpreise der Basisperiode werden mit dem Index der Preise multipliziert, die die Farmer für Gegenstände des täglichen Bedarfs, für Futtermittel, technische Anlagen und Ersatzteile etc. bezahlen müssen.

Der gegenwärtig geltende "revidierte" Index für die Preise der Kostenfaktoren setzt zur Errechnung von Daten vor 1935 als Basisperiode das Jahrfünft 1924 / 1929 ein, zur Errechnung von Daten nach 1935 die Periode 1937 / 1941.[2]

Zusammensetzung und Prozentgewichte im Index der Preise für landwirtschaftliche Kostenfaktoren.

Posten	1924/29 %	1937/41 %
Lebenshaltungskosten	48,6	44,0
Nahrungsmittel incl. Tabak	17,5	16,7
Kleidung	14,8	8,6
Autos	3,0	-
Haushaltswaren	6,8	-
allg. Haushaltskosten	-	5,9
Haushaltsmöbel	2,9	4,0
Autos und Autoersatzt.	-	6,9
Hausbaumaterial	3,6	1,9
Produktionskosten	37,4	41,2
Futtermittel	10,1	10,2
Vieh	-	5,3
Farmmaschinen	4,2	4,5
Motorersatzteile	-	5,2
Ausrüstung, Ersatzteile	6,9	3,3
Motorfahrzeuge	-	5,2
Autos, Lastwagen	4,5	-
Traktoren	1,2	-
Bau- u. Zaunmaterial	5,9	2,1
Dünger und Kalk	3,2	3,1
Saaten	1,4	1,7
Steuern	6,8	3,8
Zinsen	7,2	3,0
Löhne	-	8,0
	100,00 %	100,00 %

Quelle: Gubin, 430, amerik. Fassung, S. 24

1) vergl. Farm Foundation, 16, S. 38
2) vergl. USDA, PMA, 537, S. 14 ff.

Bemerkenswert bei der Verteilung der Gewichte auf die einzelnen Posten ist die hohe prozentuale Bewertung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Diese Posten, d.h. Güter, die zum grossen Teil der landwirtschaftlichen Produktion entstammen - wie Kleidung, Nahrungsmittel, Futtermittel, Tiere und Saaten etc. - nehmen insgesamt 42,5 % des gesamten Index in Anspruch.

Zieht man weiterhin die Tatsache in Erwägung, dass bestimmte Waren innerhalb des Postens "Nahrungsmittel" - wie Bananen, Kaffee und Tee - importiert sind und dass auch ein gewisser Anteil der Kleidung und anderer Lebenshaltungskostenposten - wie Seife, Stärke, Matratzen, Wolldecken, Baumwollaken etc. - importiert sind oder aus importierten Rohstoffen hergestellt werden, dann ergibt eine "bereinigte" Addition der Prozentgewichte der U.S.-landwirtschaftliche Bestandteile des Postens Lebenshaltungskosten eine Zahl von ca. 20 %. Unter den Produktionsmitteln sind ungefähr 50 % als aus rein landwirtschaftlicher Herkunft anzusehen. Damit ergibt sich bei Posten landwirtschaftlicher Herkunft innerhalb des Gesamtindex eine Summe von 15 % bis 20 %.

Wenn man für Agrarprodukte innerhalb des Index ein Gewicht von 15 % annimmt, dann bedeutet beispielsweise eine 10 %-ige Preissteigerung bei Agrarprodukten, die im Index enthalten sind, bei stabilen Preisen der anderen Indexwaren eine Erhöhung des Gesamtindex um 1,5 % und als Wechselwirkung eine Erhöhung des Paritätsindex für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse um die gleichen 1,5 %.

Grundsätzlich besteht die Gefahr einer vom Agrarsektor induzierten inflationären Entwicklung dann, wenn erhöhte Kosten der Agrarproduktion eine allgemeine Verteuerung der Lebenshaltungskosten verursachen. In dem Maße, in dem die steigenden Kosten der Agrarproduktion nicht vom weiterverarbeitenden- oder Verteilungssektor der Wirtschaft aufgefangen werden können, werden höchstwahrscheinlich wegen erhöhter Lebenshaltungskosten auf der

Konsumentenseite Lohnforderungen vorgetragen werden.

Abgesehen von den allgemeinen Schwierigkeiten, die sich für die Behörden aus gesetzlichen und administrativen Gründen bei der Preiskontrolle für landwirtschaftliche Erzeugnisse ergeben, entstehen bei einigen Erzeugnissen noch andere, die Preiskontrollpolitik einschränkende, Probleme:

Da frische Früchte und Gemüse wegen ungewöhnlicher Marktbedingungen - saisonale und solche, die mit der leichten Verderblichkeit dieser Erzeugnisse zusammenhängen - meist starken und unvorhergesehenen Preisschwankungen unterliegen, erscheint ein allgemeiner Preisstop für diese Erzeugnisse als unpraktisch.[1] Auch wäre es unzweckmässig, für Erzeugnisse mit kurzem Angebotsanfall Stoppreise zu bestimmen, selbst wenn die dann erzielten Marktpreise dieser Waren die gesetzlichen Höchstpreise überschreiten.[2]

Falls inflationäre Entwicklungen in den Vereinigten Staaten seit Beendigung des zweiten Weltkriegs bestanden haben - und es wird angenommen, dass dies wegen des Koreakriegs und der allgemeinen Aufrüstung wenigstens zeitweise der Fall gewesen ist -, kann als Ursache hierfür nicht allein die agrarpreispolitische Entwicklung angesehen werden. Ein Grundproblem jedes Staates, dessen Wirtschaft nahezu den Charakter einer "Verteidigungswirtschaft" annimmt, ist die Kontrolle der wachsenden Konsumentenkaufkraft und schliesslich die Überführung der "Überschuss"-Kaufkraft in die Hände des Staates, um damit das Verteidigungsprogramm erfüllen zu können. Die Verzögerung von fiskal- und geldpolitischen Maßnahmen zur Verhinderung inflationistischer Tendenzen weist auf die Bedeutung der Preiskontrollpolitik hin.

---

1) vergl. USDA, AMS, 493, S. 43 f.

2) vergl. JACKENDOFF, 98, S. 11; dieser Fall trat nach 1950 in Bezug auf amerikanisch-ägyptische Baumwolle ein.

Die Schwäche jedes Preiskontrollprogramms liegt in der Tatsache, dass die Weltmarktpreise nicht kontrolliert werden können und dass damit die Importpreise auf die Binnenpreisstruktur gewisse Wirkungen haben können. Dazu kommt ein weiterer Druck auf die Binnenpreisstruktur durch die wachsenden Einkommen bei Produktionssteigerungen und Vollbeschäftigungsbedingungen.

Die am 26. Januar 1951 von der Economic Stabilization Agency erlassenen Höchstpreisbestimmungen konnten auf dem landwirtschaftlichen Sektor lediglich bei den Erzeugnissen Rinder, Wolle, Baumwolle, Baumwollsaaten, Tabak, Reis und Pflaumen angewendet werden.[1] Für die übrigen Erzeugnisse erlaubten die Stützpreisbestimmungen und die geltende Paritätsformel keine Anwendung der Höchstpreisbestimmungen.

Die Paritätsformel ist so konstruiert, dass sich die Höchststützsätze für landwirtschaftliche Erzeugnisse nach oben verschieben, wenn inflationäre Entwicklungen einmal eingetreten sind. Einerseits können steigende Agrarpreise das allgemeine Preisniveau nach oben verschieben und damit den Index der Preise für landwirtschaftliche Kostenfaktoren erhöhen, und andererseits erhöht sich dieser Preisindex - und damit auch der Paritätspreis und Höchststützsatz - allein schon durch "normale" Preissteigerungen bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen.

Die Frage, ob die Existenz von Stützpreisen den Inflationsdruck verstärkt hat, wird von den Verfassern von "Turning the Searchlight on Farm Policy"[2] zwar generell bejaht - auf die diesbezügliche Kritik an der Zusammensetzung der Paritätsformel wurde schon (S. 91) hingewiesen -, jedoch Schultz, Norton und Cowden stimmen nicht mit dieser generalisierenden Feststellung der übrigen zehn Verfasser der Schrift überein; so bemerken Schultz

---

1) vergl. JACKENDOFF, 98, S. 11

2) vergl. Farm Foundation, 16

und Cowden[1]: "The argument ... that agricultural price supports have contributed in some important way to inflation, in my judgment, is not valid either on theoretical or empirical grounds. The inflation which set in after the early forties was a necessary result of the greatly enlarged money supply and not of 'parity' or of farm price supports or of wage increases. Farm price supports, as they have been set, are undesirable for quite other reasons: they can and have distorted relative prices and thus have had adverse effects on both production and consumption. To ascribe inflationary importance to farm price supports is a serious error because it deverts attention from the basic cause of inflation, i.e., the unwarrented increase in the money supply, and second, it fails to put into proper focus the recource mallocations in agriculture induced by price supports which distort relative prices."

Abschliessend muss noch darauf hingewiesen werden, dass Galbraith angeführt hat, der Paritätsmechanismus besitze eine "eingebaute Bremse" gegen entstehende oder vorhandene inflationistische Tendenzen, die als Folge dieses Mechanismus betrachtet werden können: die Lagerbestände - es wird angenommen, dass sie zumindest zum Teil mit Hilfe der Stützpreispolitik entstanden sind - haben dann gegenzyklische Wirkungen, wenn sie bei Inflationsgefahr auf den Markt gebracht werden können.[2]

Handelspolitik und Stützpreise

Die Exportmärkte sind für die Landwirtschaft der Vereinigten Staaten von wesentlicher Bedeutung. In den

---

1) vergl. Farm Foundation, 16, S. 50 FN.

2) vergl. GALBRAITH, 18, S. 50; Galbraith sagt, dass die Baumwolltextilpreise der Kriegs- und Nachkriegszeit in den U.S.A. und anderswo weit höher gewesen wären, hätte man nicht auf die amerikanische Baumwollreserve zurückgreifen können.

letzten Jahren sind ungefähr 33 % der jährlichen Weizenproduktion, 40 % der Baumwoll- und Reisproduktion und 25 % der Tabak- und Sojabohnenerzeugung ausgeführt worden. Daneben werden grosse Mengen Früchte, Bohnen, Erbsen und Milchprodukte ausgeführt. Im Jahre 1952 betrug der Exportanteil der in den U.S.A. vermarkteten Agrarproduktion wertmässig ungefähr 30 %.[1)]

Im Zuge der Industrialisierung der Vereinigten Staaten ging der wertmässige Anteil der Agrarexporte am Gesamtexport wesentlich zurück. Im Jahre 1890 betrug dieser Anteil noch 80 %, im Jahre 1910 sank er auf 50 % und 1940 machte er nur noch 9 % aus. Im Jahre 1945 ging zwar der Gesamtexport der U.S.A. stark zurück, der wertmässige Anteil der landwirtschaftlichen Erzeugnisse am Gesamtexport stieg jedoch infolge der verschiedenen Auslandsprogramme - Lend-Lease, UNRRA, MSA, ERP etc. - auf 35 %. Von 1947 bis 1954 sank der Agrarexportanteil jedoch wieder ab.[1)]

Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auf die günstige Entwicklung der Handelspositionen ausländischer Handelspartner gegenüber den U.S.A., was zum grossen Teil die quantitative Reduzierung der amerikanischen Auslandshilfe von 5,8 Milliarden $ auf 2,2 Milliarden $ zwischen 1948/49 und 1953/54 neutralisierte. Obgleich die Entwicklung der ausländischen Handelspositionen eine allgemeine Erleichterung der Handelskontrollen für amerikanische Agrarexporte mit sich brachte, sank der Gesamtwert der amerikanischen Agrarexporte in der Vergleichszeit wesentlich.[2)] Bemerkenswert ist die Tatsache, dass die ERP-Mittel, die z.T. der europäischen Landwirtschaft zugeführt wurden, die Produktionskraft dieser Länder erhöhten und damit indirekt zur verminderten europäischen Nachfrage nach amerikanischen Agrarerzeugnissen beitrugen.[3)]

---

1) vergl. USDA, FAS, 526, S. 1 ff.

2) vergl. USDA, FAS, 527, S. 1 f.

3) vergl. MYERS, 197, S. 169 ff.; JOHNSON, 108, S. 662 ff.

Die Ausweitung des internationalen Handels der U.S.A. mit Agrarerzeugnissen stösst auf einige Schwierigkeiten, die zu einem gewissen Teil auf der amerikanischen Agrarpreisgesetzgebung beruhen.

Das Internationale Weizenabkommen hatte nur wenig zur Lösung des Weizenüberschussproblems in den U.S.A. beigetragen.[1] Das Einverständnis der Mitgliedstaaten der Abkommen von 1949 und 1953 zu amerikanischen Exportsubsidien[2] für Quotenweizen - wenn die Exportpreise für Weizen ausserhalb der Quote dem festgesetzten Höchstpreis entsprachen oder darüber lagen - hatte zu einem Weiterbestehen der hohen Weizenstützpreise geführt und damit die inländische Überproduktion an Weizen angeregt.

Zwar wurde der Reciprocal Trade Agreement Act im Jahre 1953 um ein weiteres Jahr verlängert, der Präsident der U.S.A. machte jedoch von einigen Bestimmungen über den Erlass von Importrestriktionen Gebrauch.[3] Diese Bestimmungen besagen, dass Importrestriktionen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse dann vorgenommen werden dürfen, wenn die betreffenden Importe mit den geltenden Stützpreisbestimmungen kollidieren. Auf Empfehlung der U.S. Tarif Commission ordnete Eisenhower am 8.6.1953 Importbeschränkungen für Milchprodukte und einige andere Erzeugnisse an.[4]

Die direkten und indirekten Wirkungen von hohen Paritäts- bzw. Stützpreisen auf die Handelspolitik der U.S.A. sind verschiedener Natur:[5]

1. Durch hohe, insbesondere starre Stützpreise wird die landwirtschaftliche Erzeugung stimuliert; die

---

1) vergl. RANDALL, 444, S. 28 f.

2) Innerhalb der vier Jahre des IWA von 1949 bis 1953 wurde Weizen mit 62 cents pro bushel subsidiert, was Kosten von 140 Millionen $ jährlich verursachte. vergl. BENSON, 398, S. 9

3) gemäss AA 1949, op.cit., Section 22

4) Erzeugnisse, für die im sog. "Cheese amendment" der Section 104 des Defense Production Act von 1950 Importrestriktionen bestimmt worden waren.(vergl. dazu: Nat. City Bk. of N.Y., 336, S. 80)

5) vergl. RANDALL, 444, S. 30 f.

Überschüsse müssen in staatlichen Lagern aufbewahrt werden.

2. Da die Stützpreise meist über den Weltmarktpreisen liegen - bzw. gelegen haben -, ergeben sich beim Export der Agrarüberschüsse Schwierigkeiten. Im Januar 1954 befanden sich im Besitz der CCC Überschüsse, von denen normalerweise über 60 % exportiert werden würden.
3. Der Export kann dann nur mit Hilfe von Exportsubsidien durchgeführt werden.
4. Um die inländischen Lagerbestände an bestimmten Waren nicht noch durch Importe zu erweitern, müssen für diese Produkte Importrestriktionen angewendet werden.

Es sind damit Wirkungen angedeutet, die eine Ausweitung des internationalen Handels mit amerikanischen Agrarerzeugnissen erschweren oder sogar unmöglich machen und damit den Prinzipien der internationalen Zusammenarbeit widersprechen.[1] Die Empfehlungen der Randall Commission - einer vom Präsidenten eingesetzten Kommission, die verschiedene Fragen der amerikanischen Aussenwirtschaftspolitik untersuchen sollte - schliessen deshalb im Abschnitt "Agrar- und Rohstoffprobleme":[2] "The Commission believes that a dynamic foreign economic policy as it relates to agriculture cannot be built out of a maze of restrictive devices such as inflexible price support programs which result in fixed prices, open or concealed export subsidies, import quotas at home and abroad, exchange restrictions, and state trading. If we are to have a foreign economic policy which will make its best contribution to the strengthening of our long-term development of foreign markets for farmers, we must move as rapidly as feasible toward the elimination of such devices as a part of, or supplement to, our own agricultural policy."

---

1) vergl. Farm Foundation, 16, S. 41; WITT, 192, S. 159 und 193, S. 567/68; HICKMAN, 92, S. 1 ff.; GALBRAITH, 18, S. 49

2) vergl. RANDALL, 444, S. 32

VI. Amerikanische Vorschläge f[illegible]angen der Agrarpolitik

Der B[illegible]

Im April des Jahres 1949 - vor Verabschiedung des Agricul[illegible] - legte [illegible] schaftsminister Charles F. Br[illegible] Plan vor, der eine Neukonzipierung der amerikanischen Agrarpreispolitik enthielt.[1] Dieser Plan wurde unter dem Namen Brannanplan bekannt; er wurde die vom Congress als Gesetz verabschiedet.

Der wichtigste Vorschlag im Brannanplan war, dass anstelle von Direktkäufen seitens der Regierung Subsidien an die Farmer gezahlt werden sollten. Es wurde die Einkommensparität der Farmer mit Erwerbspersonen in vergleichbaren Wirtschaftszweigen angestrebt. Subsidienzahlungen hätten nach Brannans Ansicht für den Konsumenten niedrigere (freie) Marktpreise zur Folge.[2] Brannan schlug eine Umstellung der einzelnen Stützpreishöhen vor, um damit ein gleiches Einkommen für die Farmer wie in den Jahren 1939 bis 1948 zu erreichen.[3] Nach dem Plan sollten die Preise für verderbliche Erzeugnisse freigegeben werden. Erzeugnisse, wie Kartoffeln, Eier, Fleisch, Milch und andere verderbliche Produkte sollten über die normalen Handelskanäle zum Konsumenten gelangen. Brannan erhoffte sich von dem Plan folgende Wirkungen:[4]

1. Er war der Ansicht, dass die meisten Depressionen auf dem Lande ihren Anfang nahmen. Sein Vorschlag

---

1) vergl. USHR, 469, S. 7 ff.; vergl. auch: ROSE, 449
2) vergl. NICHOLLS, 134, S. 2
3) vergl. BRANNAN, 403, S. 9 ff.
4) vergl. FRB Chicago, 264, S. 1 f.

solle deshalb dazu beitragen, das Farmeinkommensniveau stabil zu halten oder zumindest eine Kontrolle der Farmpreisentwicklung ermöglichen.

2. Der Plan ermögliche die Hebung der Kaufkraft der Farmer und gestatte damit der Industrie eine Erweiterung ihrer Märkte.

3. Ein stabiles Farmeinkommensniveau sei die beste Garantie für eine gleichbleibende Agrarproduktion und angemessene Konsumentenpreise.

4. Das stabile, angemessene Farmereinkommen hätte die Schonung des Bodens durch die Farmer zur Folge und sei damit letzten Endes im Interesse der Nation.

5. Aus Sicherheitsgründen sei die Haltung einer strategischen Reserve an Agrarprodukten unerlässlich. Auch im Falle einer Missernte könne man darauf zurückgreifen.

6. Ein angemessenes Agrareinkommensniveau begünstige schliesslich auch die individuelle Entwicklung des amerikanischen Farmers und sei deshalb wünschenswert.[1)]

Brannan hielt die Periode 1910/1914 als Basisperiode zur Berechnung des Paritätspreises für unrealistisch. Zur Erlangung der Einkommensparität für Farmer sei es besser, die durchschnittliche Kaufkraft der Farmer während des Jahrzehnts 1939/1948 als Basis zur Berechnung des Paritätspreises zu wählen. Die Bruttoeinkommen der amerikanischen Farmer lagen in dieser Zeit zwischen 8 Milliarden $ (1939) und 31 Milliarden $ (1948) jährlich.[2)] Das durchschnittliche Bruttoeinkommen der Farmer in dieser Zeitspanne läge damit bei 18 Milliarden $ jährlich. Dieser Betrag würde dann variiert werden durch die im Kalkulationsjahr zu zahlenden Indexpreise der landwirtschaftlichen Kostenfaktoren. Je nach deren Preisentwicklung läge das korrigierte Durchschnittseinkommen der Farmer somit über oder unter

---

1) besonders zu 6. vergl. VENSTROM, 380, S. 14

2) vergl. FRB Chicago, 264, S. 1

18 Milliarden $ jährlich.[1] Die zehnjährige Basisperiode sollte sich nach dem Vorschlag Brannans für jedes neue Jahr um ein Jahr verschieben, so dass z.B. für das Stützpreisprogramm des Jahres 1950 das Jahrzehnt 1939/1948, für das Jahr 1951 das Jahrzehnt 1940/1949 als Basiszeit gegolten hätte.

Um Stützpreishöhen für die einzelnen Erzeugnisse zu ermitteln, war geplant, die Nettoeinkommen der Farmer mit den entsprechenden Bruttoeinkommen (d.h. die Indices der Erzeugerpreise und der Preise der landwirtschaftlichen Kostenfaktoren) zu vergleichen und den Differenzbetrag als Korrekturfaktor für die Berechnung des tatsächlichen Stützpreises für ein bestimmtes Erzeugnis zu benutzen. Das durchschnittliche Nettoeinkommen der Farmer in der Periode 1940/1949 betrug 21 Milliarden $. Das "korrigierte" Einkommen der Farmer während dieser Zeit lag bei 26 Milliarden $, also 25 % über dem Nettoeinkommen.[2] Damit ergäbe sich zwischen "korrigiertem" Einkommen und Nettoeinkommen ein Verhältnis von 1,25 zu 1. Der für 1950 gültige Stützpreissatz für ein bestimmtes Erzeugnis müsste demnach sein: Durchschnittspreis 1940/1949 multipliziert mit 1,25.

Auf Grund der Paritätsindexziffer vom 15.3.1949 würde sich beispielsweise folgendes Stützungseinkommen ergeben:

Kaufkraft der Ø-Verkaufserläse 1939/1948	18218 Mill. $
Paritätsindex am 15.3.1949 (1939/48=100)	144
Stützungseinkommen (18218 x 1,44)	26234 Mill. $

Fällt der Paritätsindex bis zum Beginn des Wirtschaftsjahres 1950/1951, so ermässigt sich dieser Betrag entsprechend, steigt er, so ergibt sich ein entsprechend

---

1) Für den 15.März 1949 sähe die Kalkulation so aus: die Preise der Kostenfaktoren lagen um 44 % höher als deren Durchschnittspreise in der Basisperiode. Das "paritätische, korrigierte" Farmereinkommen wäre somit für 1949 26 Mrd. $.

2) vergl. BRANNAN, 403, S. 18

höheres Stützungseinkommen. Die Berechnung des Stützpreises für die einzelnen Agrarerzeugnisse würde wie folgt vorgenommen werden:

$$\text{Stützpreis} = \text{Ø-Ab-Hof-Preis d. letzt. 10 Jahre} \times \frac{\text{Stützungseinkommen}}{\text{Ø-Einkommen d. letzt. 10 J.}}$$

Verderbliche und lagerfähige Erzeugnisse sollten mit unterschiedlichen Stützpreisen versehen werden. Lagerfähige Erzeugnisse sind Baumwolle, Mais, Weizen und die übrigen Getreidearten, sowie Tabak, Ölsaaten, Trockenbohnen, Trockenerbsen, Wolle und Erdnüsse. Diese Erzeugnisse ergaben 1949 25 % der Bareinnahmen des amerikanischen Farmers. Ihre Preise sollten nach dem Brannanplan wie durch die damals gültige Gesetzgebung durch Warenbeleihungen, Kaufverträge und Regierungskäufe gestützt werden.

Verderbliche Produkte - wie Früchte, Gemüse, Fleisch, Milch, Butterfett, Geflügel und Eier - sollten zu normalen Marktpreisen verkauft werden. Den Differenzbetrag zwischen Marktpreis und "Stützpreisstandard" sollte die Regierung in Form direkter Zahlungen an die Farmer übernehmen.

Die folgende Tabelle zeigt den Unterschied der Stützpreise - einerseits als 90 %-Paritätspreise und andererseits als Stützpreise, aufgebaut auf dem Stützeinkommensstandard:

Geschätzter alternativer Stützpreis für 1950 auf Basis des Paritätsindex vom 15.3.1949

Erzeugnisse	Einheit	Stützpreis auf Grund Eink.Stand.+) ($)	90%-Stützpreis ($)
Grunderzeugnisse			
Weizen	bu.	1,88	1,95
Mais	bu.	1,46	1,42
Baumwolle	lb.	0,2799	0,2745
Reis	bu.	2,26	1,80
Erdnüsse	lb.	0,0945	0,106
Tabak			
feuergetr.	lb.	0,492	0,406
Burley	lb.	0,496	0,393
Steagallwaren++)			
Butterfett	lb.	0,669	0,582
Milch	cwt.	4,22	3,55
Schweine	cwt.	19,00	16,10
Eier	Dutzend	0,458	0,476
Hühner	lb.	0,290	0,252
Flachssaat	bu.	4,30	4,74
Sojabohnen	bu.	2,54	2,12
Trockenbohnen	cwt.	8,45	7,46
Kartoffeln	bu.	1,59	1,62
Andere Erzeugn.			
Fleischrinder	cwt.	16,90	12,00
Lämmer	cwt.	18,40	13,00
Hafer	bu.	0,825	0,884
Gerste	bu.	1,22	1,37
Äpfel	bu.	2,61	2,12
Wolle	lb.	0,498	0,405
Orangen	Kiste (box)	1,96	3,32

+) 1940/49 - Ø-Preise mal 1,25; Schätzpreise für 1949 auf Basis der geltenden Preise und des angekündigten bzw. geltenden Stützpreisniveaus für 1949.

++) Süsse Kartoffeln, trockene Felderbsen, amerikanisch-ägyptische Baumwolle und Puten sind ebenfalls Steagallwaren.

entnommen: BRANNAN, Statement, USHR, 469

Gesamtzahl alterstarker Schlachtpferde für 1000 [illegible]

Jahre	Lebendgewicht	Fleischindex	[illegible]
Grand			
Weiser	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Mais	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Baum	[illegible]	0,[illegible]	[illegible]
Hela	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Bindhase	[illegible]	0,[illegible]	
Tobak			
Tamerger.	[illegible]	0,492	
Durley		0,495	
Hengstwallwaren+			
[illegible]		[illegible]	
[illegible]		[illegible]	
[illegible]		[illegible]

Brannan ging nach der Vorlage seines Vorschlags auf die Entwicklung der Agrarproduktion in den U.S.A. ein:[1] Die Maisproduktion des Jahres 1928 war die grösste, die Kartoffelernte die zweitgrösste in der amerikanischen Geschichte. Die Anbauflächen für Baumwolle, Tabak, Weizen und Hafer waren ausgedehnt worden. Selbst bei günstigen allgemeinen industriellen und finanziellen Verhältnissen und bei konstanter oder steigender Nachfrage nach amerikanischen Agrarprodukten im In- und Ausland sei anzunehmen, dass das Produktionsangebot die Gesamtnachfrage überschreiten werde. Die Erfahrungen lehrten, dass Vollbeschäftigung und günstige allgemeine wirtschaftliche Entwicklungen nicht unbedingt gute Absatzbedingungen für sämtliche Agrarerzeugnisse schaffen würden.[2]

Um grosse Produktionsüberschüsse zu verhindern, schlug Brannan deshalb die weitere Anwendung von Marktquoten und Anbaubeschränkungen für die Grunderzeugnisse - Baumwolle, Mais, Weizen, Reis, Tabak und Erdnüsse - vor. Im einzelnen betrachtete er es als empfehlenswert, auch für Futtergetreide und Roggen Marktquoten und Anbaubestimmungen zu erlassen, falls diese marktregulierenden Bestimmungen für Mais in Anwendung kommen sollten. Auch Sojabohnen, Flachssaaten und Essbohnen sollten marktregulierenden Bestimmungen unterliegen. Derartige marktregulierende Eingriffe müssten auch auf den Märkten für Fleischtiere, Milchprodukte, Geflügel und Eier vorgenommen werden, wenn dies im Sinne der Erhaltung der Volksgesundheit oder zur Erhaltung der Bodenkräfte notwendig sei. Auf den Märkten für flüssige Milch sollten weiterhin marketing agreements und marketing orders angewandt werden. Brannan empfahl weiterhin, lediglich an die Far-

---

1) vergl. BRANNAN, 403, S. 19 f.

2) In einer Zeit der Vollbeschäftigung im Jahre 1923 waren die Weizenpreise wegen wachsender ausländischer Produktionsleistung ungewöhnlich niedrig. Im Jahre 1926 - ebenfalls bei Vollbeschäftigung - traten Baumwollüberschüsse in den U.S.A. auf. Bei ähnlichen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt traten im Jahre 1929 beim Absatz der grossen Weizenernte des Jahres 1928 grosse Schwierigkeiten auf. (vergl. BRANNAN, 403, S. 19)

mer Stützpreise oder Einkommenszahlungen zu gewähren, die die Bestimmungen über Marktquoten oder Anbaubeschränkungen einhalten.

Brannan wollte mit seinem Vorschlag zur Stärkung des selbständigen landwirtschaftlichen Familienbetriebs beitragen. Zur Verhinderung der Konzentration des landwirtschaftlich genutzten Bodens in wenigen Händen wurde vorgeschlagen, je Betrieb von einer bestimmten Produktionsmenge ab keine Stützpreise oder Einkommenszahlungen mehr zu zahlen. Brannan empfahl, die Grenze bei 1800 "Vergleichseinheiten" zu ziehen. Die folgende Tabelle stellt die Aufschlüsselung der einzelnen Produkte auf "Vergleichseinheiten" dar:

Warenvergleichseinheiten +)

Erzeugnis	Mengenäquivalent zu einer Vergl.-Einheit	
Mais	7,77	bushels
Weizen	10,00	bushels
Baumwolle	52,16	pounds
Reis	6,46	bushels
Erdnüsse	154,97	pounds
Tabak		
feuergetr.	29,68	pounds
Burley	29,44	pounds
Butterfett	21,82	pounds
Milch	3,46	hundredweight
Schweine	0,76	hundredweight
Eier	31,88	Dutzend
Hühner	50,34	pounds
Flachssaat	3,40	bushels
Sojabohnen	5,75	bushels
Trockenbohnen	1,73	hundredweight
Kartoffeln	9,18	bushels
Fleischrinder	0,86	hundredweight
Lämmer	0,79	hundredweight
Hafer	17,70	bushels
Gerste	11,97	bushels
Äpfel	5,59	bushels
Wolle	29,32	pounds
Orangen	7,45	boxes

+) eine Warenvergleichseinheit entspricht zehn bushels Weizen. 1800 Warenvergleichseinheiten entsprechen ungefähr 25000 $ Bruttoeinkommen zu Preisen des Jahres 1949

entnommen: BRANNAN, [illegible], S. 20

Brannan führte am Ende der Darstellung seines Plans in drei Punkten die Grenzen seines Vorschlags auf:[1)]

1. Sein Programm sei nicht in der Lage, die Schere zwischen Farmereinkommen und "Nicht-Farmereinkommen" völlig zu schliessen; es sei lediglich ein realistischer Anfang zu diesem Ziele.
2. Durch das Programm sei nicht die Möglichkeit gegeben, zu einer Verbesserung der Betriebe, die unter Grenzkosten arbeiten, beizutragen.
3. Sein Programm wäre nichtimstande, zur Verbesserung der Bodenerhaltung zu dienen. Ein erweiteres Bodenerhaltungsprogramm stehe immer noch aus.

Kurze Zeit nach der Vorlage des Brannanplans im Congress entwickelte sich innerhalb und ausserhalb der parlamentarischen Kreise eine erhebliche Opposition gegen den Plan. Senator Aiken, der Initiator des Landwirtschaftsgesetzes von 1948, erklärte, dass eine Einkommensgarantie für eine bestimmte Bevölkerungsgruppe mit Hilfe von Steuergeldern im Hinblick auf andere Bevölkerungsgruppen nicht zu verantworten sei, da man der einen Gruppe eine Garantie nicht geben könne, wenn man sie der anderen abschlüge.[2)]

Die Reaktion auf Seiten der Farmerorganisationen war verschiedenartig. Die National Farmers Union befürwortete den Brannanplan.[3)] Dagegen äusserte A.B.Kline, der Präsident der American Farm Bureau Federation:[4)] "Das Einkommen der amerikanischen Farmer sollte nicht von den jährlichen Bewilligungen des Bundesschatzamtes abhängig gemacht werden. Keine Wirtschaftsgruppe der U.S.A. würde gewillt sein, ihre Zukunft für solche prekären Möglichkeiten aufs Spiel zu setzen."

---

1) vergl. BRANNAN, 403, S. 20 f.; NAIDICH, 294, S. 330

2) vergl. AIKEN, 196, S. 1296

3) vergl. SMITH, 356, S. 62 ff.

4) Chamber of Commerce, N.Y.State, Monthly Bulletin, 236, S. 19; zur ablehnenden Stellungnahme der AFBF auch: KLINE, 314, S. 1 ff.

A.S.Goss, Master der National Grange, lehnte den Brannanplan mit folgenden Worten ab:[1] "Wir glauben, dass Subsidien in der Form von Bargeld üblicherweise weit grössere Kontrollen mit sich bringen als gut ist. .... Wenn Subsidien einmal (gesetzlich) angenommen worden sind, sind sie schwer wieder abzuschaffen. Sie vernichten die bemerkenswerte geistige Unabhängigkeit, die weitgehend für den Fortschritt verantwortlich ist, was - gemäss unseren besten Traditionen - die Abhängigkeit von der Regierung ersetzt."

Die Politiker erkannten, dass der Brannanplan mit seiner Devise "Billiges Brot für die Massen - hohes Einkommen für die Farmer" durchaus Popularität gewinnen könnte. Sie vermieden es daher, sich in offizielle Diskussionen mit den Sprechern der Farmerorganisationen zu begeben, die sich gegen den Plan ausgesprochen hatten.[2]

Brannan selbst hatte für seinen Plan keine Kostenvoranschläge gemacht. Das Department of Agricultural Economics der University of Illinois war der Meinung, dass die Kosten der Ausführung des Plans leicht die Höhe eines Bundesbudgets vor dem Kriege erreichen könnten. Das Department rechnete aus, dass die Schweinepreisstützung allein ungefähr 700 Millionen $ jährlich kosten würde, wobei zu beachten sei, dass die Schweineproduktion wertmässig nur ein Siebentel bis ein Achtel der gesamten Agrarproduktion der U.S.A. ausmache.[3] Die American Farm Bureau Federation schätzte nach der Anfertigung einer Vorstudie über die Kosten der Ausführung des Plans die Subsidienausgaben auf dem Milchsektor auf jährlich 2,48 Milliarden $.[4] Weitere Schätzungen belaufen sich auf 2 - 10 Milliarden $ jährlich.[5] Es war jedoch nicht möglich, die genauen

---

1) vergl. NATIONAL GRANGE, 341, S. 17

2) vergl. U.S.Chamber of Commerce, 456, S. 1; vergl. auch: LANDSBERG, 315, S. 8

3) erwähnt bei HOPE, 432, S. 2

4) vergl. HOPE, 432, S. 2

5) Man stellte Vergleiche mit dem British Food Subsidy Programm an, das im Jahre 1948 2,272 Mrd. $ gekostet

Kosten des Programms vorauszusagen. Jedoch kann angenommen werden, dass sie nicht geringer gewesen wären als die Gesamtkosten für Stützpreise und Lagerhaltung etc. unter dem Programm des Landwirtschaftsgesetzes von 1949, dem später angenommenen alternativen Gesetzentwurf des Senators Aiken. Denn Brannan hatte relativ höhere Farmereinkommen bei gleichzeitigem Einschluss von mehr Erzeugnissen in das Stützpreisprogramm angestrebt.[1)]

Verschiedene Experten des Landwirtschaftsministeriums kamen nach der Analyse des Plans zum Schluss, dass nach der Brannan-Methode zur Stützpreisberechnung das Farmereinkommen im allgemeinen höher sein werde als die von Brannan angegebene Minimaleinkommenshöhe. In der Praxis würde sich die Berechnungsmethode Brannans für Stützpreise nicht wesentlich verschieden von der Aikenschen Methode im Agricultural Act of 1948 auswirken; Brannans Stützpreise für Grunderzeugnisse würden sich um 106 % des Paritätspreises bewegen.[2)]

Ohne die an anderer Stelle erfolgte allgemeine Kritik an Paritätspreisen, Stützpreisen und Subsidien für Farmer wiederholen zu wollen, soll hier der Brannanplan in Bezug auf die vorgeschlagene Stützpreishöhe und die angestrebte Einkommensparität kurz kritisiert werden.

Es ist fraglich, ob eine Stützpreishöhe von 90 % des Paritätspreises den wirklichen Wert der Grunderzeugnisse trifft. Schultz[3)] ist der Ansicht, dass Agrarprodukte

---

hatte. Allein nach der Höhe der Bevölkerungszahl schätzten verschiedene Abgeordnete die Kostenhöhe für den Brannanplan auf mindestens dreimal so hoch wie die des britischen Programms.

1) vergl. FRB Chicago, 264, S. 3; MEHREN, 122, S. 717, - auch die Kritik von BLACK, ibid, S. 745; BLACK und WILCOX waren der Meinung, dass der Brannanplan einen sehr hohen Farmeinkommensstandard setze und die Durchführung des Plans deshalb zu viel koste. (vergl. SMITH, 356,S.64)

2) vergl. Reporter, 350, S. 9

3) vergl. SCHULTZ, 163, S. 4 f.; ESTABROOK, 262, S. 83. SCHULTZ war zwar für das Einkommenszahlungssystem,aber gegen die Einkommensgarantie, die Brannan vorschlug und gegen die "mechanics of determination". (vergl. dazu: GALBRAITH, 77, S. 462 f.)

nicht 90 % des Paritätspreises wert sind. Brannan hatte in seinem Plan keine Klausel eingefügt, die im Falle hoher Lagerbestände die Herabsetzung der Stützpreise für die einzelnen Erzeugnisse vorschlägt. Insofern ist der Plan noch unbefriedigender als der Agricultural Act of 1948 (und der später verabschiedete Agricultural Act of 1949), in denen flexible Stützpreise - zwischen 75 % und 90 % des Paritätspreises - für den Fall vorgesehen waren, dass das Agrarangebot eine bestimmte Höhe überschreitet. Das starre Stützpreisniveau könnte bewirken, dass insbesondere bei Baumwolle, Mais und Weizen Produktionsüberschüsse auftreten würden.

Andererseits müssten zur Verhinderung von Überschüssen bei den Grunderzeugnissen marktregulierende Bestimmungen in einem Maße angewandt werden, das die Umwandlung von unwirtschaftlich kleinen Farmen und die Produktionsumstellung auf rentablere Erzeugnisse verhindern könnte. Die Produktion würde also "eingefroren", wobei die Farmer, die relativ wirtschaftlicher arbeiten, benachteiligt würden. Ausserdem bestände bei forcierter Anwendung von Marktquoten oder Anbaubeschränkungen die Gefahr, dass Farmer mit geringem Einkommen oder Landarbeiter ihren Boden weiterhin bearbeiteten, anstatt eine verhältnismässig produktivere Arbeit in anderen Wirtschaftszweigen anzunehmen. Mit Johnson[1] kann verallgemeinernd gesagt werden, dass Stützpreise bei Vollbeschäftigung - oder annähernd solchen Arbeitsmarktbedingungen - nicht so hoch angesetzt sein sollten, dass die Anwendung von Anbaubeschränkungen oder Marktquoten notwendig wird, dass hochwertige Agrarerzeugnisse zu Zwecken verwandt werden, die ihrem Wert nicht entsprechen und dass direkte Subsidien an die Farmer gezahlt werden müssen.

Brannans Ziel war die Schaffung eines bestimmten landwirtschaftlichen Einkommenstandards, und die Methode der Stützpreiskalkulation war nach diesem Ziel ausgerichtet

---

1) vergl. JOHNSON, 21, S. 352 ff.

worden. Es produzieren 50 % der amerikanischen Farmer nur weniger als 10 % des jährlichen Werts der Agrarproduktion.[1] Diesen Farmern würden - besonders, wenn Anbaubeschränkungen in Anwendung kommen - hohe Stützpreise nur in begrenztem Maße helfen können.[2] Einkommenskorrekturen für kleine Betriebe könnten deshalb besser über direkte Subsidien als mit Hilfe eines allgemein hohen Stützpreisniveaus vorgenommen werden.

Das Problem der niedrigen landwirtschaftlichen Einkommen hängt weitgehend von der Produktivität der Betriebe ab, die weiterhin produzieren, obgleich produktivere Erwerbsmöglichkeiten in anderen Teilen der Wirtschaft existieren. Die Produktivitätssteigerung der Betriebe mit niedrigem Einkommen wäre möglich, wenn jede Farm auf eine Grösse gebracht werden könnte, die als familiengerechte Farm bezeichnet werden kann.[3] So lange dies nicht der Fall ist, würde das Einkommen der Kleinfarmen indessen gegenüber dem der grösseren Farmen wirksamer gehoben werden, wenn weniger als 1800 "Vergleichseinheiten" als Maßstab für die Gewährung von Stützpreisen gelten würden. Schickele[4] empfahl höchstens 600 bis 700 "Vergleichseinheiten", was unter Zugrundelegen der Preise von 1949 ungefähr 900 bis 10000 $ jährlich entspräche. Es wäre hingegen möglich, dass die Begrenzung des Stützpreisanspruchs auf bestimmte Produktionsmengen eine unrentable Kombination der Produktionsfaktoren bewirken könnte.[5]

---

1) vergl. McELVEEN und BACHMAN, 442, S. 2

2) BENSON äusserte am 9.6.1954: "3,5 Millionen der 5,5 Millionen Farmen in den U.S.A. produzieren so wenig, dass diese Farmer nur geringen Nutzen von Stützpreisen haben." (zitiert bei HOOVER, 94, S. 786); vergl. dazu auch SCHICKELE, 26, S. 186

3) vergl. SCHULTZ, 166, S. 1

4) vergl. SCHICKELE, 26, S. 186

5) Es ist z.B. wirtschaftlicher, Kartoffeln in Maine statt in North Carolina anzubauen. Jedoch sind die meisten Farmen in Me. zu gross, um noch innerhalb der (1800-Vergleichseinheiten-)Stützpreisgrenze zu sein, während N.C.s Farmen kleiner und damit noch innerhalb der Bezugsgrenze für Stützpreise sind. Das Resultat der An-

Grundsätzliche Ansichten über die zu verwirklichende Agrarpreis- und Einkommenspolitik

Das Maß der nachteiligen wirtschaftlichen Auswirkungen der Paritätspreispolitik wird von den verschiedenen Kritikern dieser Politik - wie wir sahen - verschieden beurteilt. Obgleich sich die Stellungnahme zu hohen und relativ starren Stützpreisen seit der letzten Präsidentschaftswahl im Jahre 1952 auf der Seite einiger politischer und wirtschaftlicher Interessenverbände nur geringfügig verändert hat,[1] besteht immer noch eine recht starke Gruppe von Personen und Personenkreisen, die sich für "mässige" Stützpreise ("price supports at a disaster level") ausspricht.[2] Die Argumentation und die Vorschläge einiger Agrarwissenschaftler, die sich für eine an das bestehende Paritätspreisprogramm anknüpfende Änderung der Agrarpreispolitik ausgesprochen haben - als ein nicht unwesentlicher Grund für Vorschläge im Sinne einer "step-by-step-correction" anstelle eines "revolutionären" Programms wird vorgebracht, dass ein Programm, das die Abkehr von Paritätspreisen proklamiert, ja demnächst doch nicht als Gesetz verabschiedet werden würde -, soll im Folgenden dargestellt werden.

Galbraith sagte, man solle bei der Konzipierung eines neuen Agrarprogramms den Weg einer undramatischen langsamen Korrektur gehen, um grössere wirtschaftliche Friktionen beim Umstellungsprozess der Landwirtschaft auf ein neues Agrarprogramm zu vermeiden. Nach einer Kritik

---

wendung der Vorschläge Brannans könnte deshalb sein dass in N.C. Kartoffeln angebaut würden, in Maine aber nicht mehr.

1) Ausser Brannan und einer starken Congressgruppe spricht sich die linksgerichtete "Farmers Union" aber auch CIO und AFL für hohe landwirtschaftliche Stützpreise aus. Daneben natürlich eine Anzahl von Farmergruppen (Erzeugergruppen). (vergl. BUTZ, 55, S. 61 f.)

2) Hier sind zu nennen: American Farm Bureau Federation, National Grange, National Council of Farmers Cooperatives (Washington, D.C.).- Geographisch gesehen, findet sich im Norden der U.S. mehr Fürsprache für gemässigte Stützpreise , im Süden dagegen für hohe Stützpreise.

am Agrarprogramm Eisenhowers vom Januar 1954 schlug Galbraith vor, die wichtigen verderblichen Erzeugnisse vor ungünstigen Preisbewegungen zu schützen. Die Diskrimination der nicht-lagerfähigen Erzeugnisse gegenüber den lagerfähigen Erzeugnissen bei der Preisstützung sei nicht zu verteidigen; man sollte den Erzeugern der wichtigen verderblichen Erzeugnisse Mindestpreise zugestehen oder aber Produktionszahlungen, wie sie im Brannanplan vorgeschlagen worden waren.[1] In diesem Zusammenhang hielt Galbraith ein neues Preisprogramm für Milcherzeugnisse (und speziell für Butter) für dringend erforderlich. Ausserdem schlug Galbraith ein Konversionsprogramm für Weizen vor;[2] relativ unproduktive Weizenanbaufläche in den Great Plains sollte man in Grasland verwandeln, denn der Grund der ständigen Weizenüberproduktion sei ein zu hoher Stützpreis für Weizen. Jedoch würde selbst eine Herabsetzung dieses Stützpreises kaum wesentliche Produktionseinschränkungen zur Folge haben.[3]

Mitchel[4] gab ebenfalls grundsätzlich seine Zustimmung zur Paritätspreispolitik der Nachkriegszeit.[5]

---

1) vergl. GALBRAITH, 80, S. 537

2) vergl. Eisenhowers Botschaft 1956, S. 58 ff.

3) vergl. GALBRAITH, 80, S. 538

4) vergl. MITCHEL, 125

5) Mitchel sagte, eine nennenswerte "inefficiency" der Landwirtschaft, bewirkt durch starre Stützpreise, sei nicht der Fall; denn die starren Stützpreise hätten zur Agrarpreisstabilität beigetragen (125, S. 560 f.). Das Argument, dass der amerikanische Farmer regimentiert worden sei, träfe auch nicht zu. Die einzige Regimentation sei gewesen, dass der Farmer nicht die volle Anbaufläche hätte bebauen können. (S. 561) Selbst das mehrfach vorgeschlagene flexible Stützpreisprogramm sei nicht so konstruiert, dass es wirkungsvoll arbeiten könne: denn die Farmer - höchstens mit Ausnahme der mittelgrossen Familienfarmen - würden bei flexiblen Stützpreisen doch nicht weniger als bei starren Stützpreisen produzieren. Zudem seien bei 75 %-igem Stützpreis höchstwahrscheinlich genau so viel Produktionskontrollen notwendig wie bei 90 %-igem Stützpreis. (S. 562)

Ein wichtiger Einwand gegen das bestehende Agrarprogramm (einschliesslich das Landwirtschaftsgesetz von 1954) müsse aber gemacht werden: Die Programme liefen z.T. auf Produktionseinschränkungen hinaus; sie trügen nur in ungenügender Weise zur Ausweitung der Nachfrage nach amerikanischen Agrarerzeugnissen im In- und Ausland bei.[1] Mitchel ist der Meinung, dass ein Senken der Lebensmittelpreise keine Lösung dieses Problemes sein könne.[2] Es müssten Einzelprogramme entwickelt werden, wie z.B. eine Ausweitung des Schulspeisungsprogramms; es müssten auch Maßnahmen getroffen werden, die eine Vergrösserung des Kantinenkonsums in den Industriebetrieben ermöglichten. Und schließlich könne man eventuell auftretende Agrarüberschüsse (insbesondere Nahrungsmittel) an Personen mit niedrigem Einkommen verbilligt oder kostenlos abgeben.

Auch Schickele ist der Ansicht, dass das gegenwärtig in den U.S.A. bestehende Stützpreissystem nicht unbedingt verworfen werden sollte.[3] Das ernste Problem der Verzerrung der relativen Preisverhältnisse der landwirtschaftlichen Erzeugnisse durch die bestehende Methode der Stützpreiskalkulation könne gelöst werden, wenn man 1. die Agrarpreise mit Hilfe zusätzlicher Differentialzahlungen an die Erzeuger stützte[4] und 2. die Paritätspreise auf Grund der Marktpreise der jeweils letzten drei Jahre errechnete - falls in dieser Zeit nicht mehr als 5 % Arbeitslosigkeit bestand. Auf diese Weise, meint Schickele, wür-

---

1) Mitchel sagt, dass im übrigen keine ausreichenden gesetzlichen Maßnahmen zur Lösung des Einkommensproblems bei den "low-income farmers" (vergl. S. 128 ff in dieser Arbeit) vorgesehen worden sind.

2) MITCHEL, 125, S. 559: Brannan hatte zwar niedrige Preise für nicht lagerfähige Erzeugnisse als Mittel zur Konsumausweitung empfohlen; aber es sei anzunehmen, dass das an den niedrigeren Nahrungsmittelpreisen gesparte Geld für andere Waren als Nahrungsmittel ausgegeben werden würde. Ausserdem verliere der Farmer dabei zu viel an Einkommen.

3) vergl. SCHICKELE, 26, S. 258 ff.

4) auf die Diskussion um die sog. income payments wird im Folgenden noch eingegangen.

den die relativen Preisverhältnisse der Erzeugnisse untereinander "angemessen und ohne wesentliche Verzögerung"[1] wiedergegeben werden. So errechnete Stützpreise würden die von Jahr zu Jahr erwünschte Stabilität der Agrarpreise ermöglichen, ohne die Preisverhältnisse in starre Formen einzufrieren. Den Änderungen bei den Produktions- und denen der Konsumentenwünsche könnte ebenfalls Rechnung getragen werden.[2] Schickele sagt,[3] dass vom Landwirtschaftsgesetz 1933 bis zum Landwirtschaftsgesetz 1949 bei weitem das stärkste Gewicht auf Produktionseinschränkungen als Hauptmittel zur Erreichung der Preisparität für landwirtschaftliche Erzeugnisse gelegt worden sei: "We aim at curtailing production down to match a depressed demand rather than at raising demand up to match a normal supply that would be absorbed at satisfactory prices under conditions of full employment and lively foreign trade."[4]

Schickele ist grundsätzlich der Meinung, dass jegliches vorgeschlagene Programm für eine Änderung der bestehenden Agrarpolitik "politisch annehmbar und administrativ durchführbar" sein müsse.[5] Eine Neuformulierung der bestehenden Agrarpolitik würde nach Schickeles Meinung am besten schrittweise vorzunehmen sein. Programme, die eine völlige Abkehr von Stützpreisen bzw. Mindestpreisen vorsehen,[6] hätten zumindest den Nachteil, dass sie in der näheren Zukunft kaum verwirklicht werden könnten. Auf jeden Fall müsste die Regierung angemessene Maßnahmen bei einem allgemeinen Preisfall der landwirtschaftlichen Erzeugnisse treffen.[7] Dann müsste zunächst die Nachfrage

---

1) vergl. SCHICKELE, 26, S. 258
2) vergl. SCHICKELE, 26, S. 258
3) vergl. SCHICKELE, 26, S. 262
4) das gilt für alle Erzeugnisse ausser Kartoffeln; vergl. SCHICKELE, 26, S. 262
5) vergl. SCHICKELE, 26, S. 264
6) vergl. S. 128 ff. dieser Arbeit
7) vergl. SCHICKELE, 26, S. 263

nach Agrarprodukten stimuliert werden; dies bedeute, dass der Staat Vollbeschäftigungspolitik treiben müsse, in Verbindung mit einer Steuer-, Handels-, Fiskal- und Sozialpolitik, die geeignet ist, die Nachfrage nach Agrarerzeugnissen zu erhöhen. Food stamp programs[1] und internationale Abkommen und Anleihen könnten diese Politik unterstützen.[2]

Beim Fallen der Preise einzelner landwirtschaftlicher Erzeugnisse - als Ergebnis kurzfristiger Angebots- und Nachfrageverschiebungen, Überschussproduktion oder Handelsschwierigkeiten - sollten für lagerfähige Erzeugnisse Stützpreise mit Hilfe von Beleihungen oder Regierungskäufen so lange gewährt werden, bis die in- oder ausländische Nachfrage evtl. produzierte Agrarüberschüsse aufnehmen kann. Darüber hinaus würden verbleibende ungünstige Preisverhältnisse am besten mit Hilfe von "deficiency payments" an bestimmte Erzeugergruppen ausgeglichen werden. Preiseinbrüche bei nicht lagerfähigen Erzeugnissen (besonders Milch- und tierische Erzeugnisse) würden am zweckmässigsten durch einen food stamp plan oder auch durch "deficiency payments" für Erzeuger der betreffenden Produkte bekämpft werden.[3]

Derartige preispolitische und einkommenspolitische Einzelmaßnahmen müssten jeweils nach einem "individual farm price floor at critical levels" ausgerichtet sein.[4] Daneben schlägt Schickele einen "aggregate farm income standard" vor, der als generelle Richtschnur bei der Festsetzung der einzelnen "price floors" dienen müsste.[5] Die einzelnen price floors sollten so angesetzt werden, dass der grösste Teil der Erzeuger eines bestimmten Produkts (90 % der Erzeuger wird von Schickele erwogen) zahlungsfähig und dass die Kosten-Preis-Schere möglichst

---

1) vergl. S. 39 dieser Arbeit
2) vergl. SCHICKELE, 26, S. 264
3) vergl. SCHICKELE, 26, S. 264
4) vergl. SCHICKELE, 26, S. 299 f.
5) darauf wird im Folgenden noch eingegangen

geschlossen bleibt. Dies könnte unter Zuhilfenahme eines Index durchgeführt werden, der auf der zeitlich am wenigsten zurückliegenden Vollbeschäftigungsperiode basiert.[1)]

Die Verfasser von "Turning the Searchlight on Farm Policy"[2)] hingegen sprachen sich grundsätzlich gegen jegliche Form von Stützpreisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus. Vereinfachend und zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Thesen der dreizehn Autoren auf folgenden Grundgedanken basieren: 1. Die amerikanischen Farmer würden befriedigende Einkünfte erhalten, wenn ein freier, nicht gestützter und unkontrollierter Markt bestünde. 2. Durch eine Neuordnung der gesamten amerikanischen Wirtschaftspolitik könnten über längere Zeiträume hinweg wirtschaftliche Zustände geschaffen werden, in welchen relativ freie landwirtschaftliche Märkte befriedigend funktionieren könnten.[3)] Also: " ... this means a policy of ample production at moderate prices flexibly determined in the market, not restrictionist policies at rigidly high price levels."[4)]

Die Verfasser der genannten Schrift haben einige Grundsätze aufgestellt, nach denen sich eine zukünftige Agrarpolitik einrichten sollte. So wurde festgestellt:[5)] "1. Agricultural policy should be designed to permit labor, capital, and management used in agriculture to earn rewards equivalent to those secured by comparable recources employed in other industries ... 2. Sound agricultural policy will cease to press for ever high prices, either through direct price enhancement or through monopolistic control of market supply ... 3. To escape the cramping effect of a high price policy and supply control,

---

1) vergl. SCHICKELE, 26, S. 300

2) vergl. Farm Foundation, 16; die Verfasser sind: Jesness, Arthur, Aull, Benedict, Butz, Cowden, Hill, Hobson, Norton, Nourse, Parsons, Schultz, Welch.

3) vergl. NORTON, 141, S. 104

4) vergl. Farm Foundation, 16, S. 49

5) vergl. Farm Foundation, 16, S. 63 ff.

agriculture needs the flexibility provided by free managerical choices of the individual farmer ... 4. An adequate agricultural policy must include also some public safeguard against one type of economic emergency - general business depression ... 5. To safeguard the national economy in its agricultural sector in times of depression, supplementary income payments to farmers will be most effective and economical ... 6. Major strategy decisions under the emergency farm-support program should be keyed to a stabilization objective for the whole economy ... 7. Temporary withholding of farm commodities from the market occupies a very limited place in our recommendations of a farm policy for the future ... 8. The 'price parity' formula, having outlived its day of usefulness, should be abandoned in the interest of gearing a farm program to present economic realities ... 9. A separate program is needed for non-commercial farmers."[1)]

---

1) In diesem Zusammenhang soll noch kurz hingewiesen werden auf einige kritische amerikanische Bemerkungen, die sich mit der Frage beschäftigen, ob die relativ starre Stützpreispolitik ausserökonomische Wirkungen auf die Farmer und andere Bevölkerungsgruppen gehabt hat. In "Turning the Searchlight ..." wird auf S. 35/36 gesagt: "The quest for prices maintained above the trend of market values leads to undue reliance on organizational power and political pressures ... (production and marketing) controls often rely on voluntary enforcement at the start but move inevitably toward compulsory controls and substantial restriction of the farmer's freedom of choice." Cowden und Wilcox (62, S. 805) haben u.a. darauf hingewiesen, dass das Agrarprogramm unglücklicherweise immer mehr ein Politicum zu werden droht. Brandt (50, S. 194 ff.) deutete an, dass die Paritätspreispolitik die Wahlfreiheit und die politische Unabhängigkeit einschränke und damit letztlich einen schlechten moralischen Einfluss auf die Farmer ausübe. Galbraith (18, S. 51) kritisiert diesbezügliche Formulierungen aus "Turning the Searchlight ..." und Brandts Befürchtung, indem er sagt: "This loss of freedom which is, by all appearances, much more disturbing to philosopher friends of the farmer than to the farmer himself." - Diese Feststellung mag richtig sein, jedoch macht sie unseres Erachtens nicht die Sorge um mögliche nachteilige ausserökonomische Wirkungen des amerikanischen Paritätspreissystems überflüssig.

Einschränkend - und lediglich auf die rein ökonomische Problematik einer "marktwirtschaftlichen Landwirtschaft" innerhalb einer (amerikanischen) Gesamtwirtschaft mit starken institutionellen und nichtmarktwirtschaftlichen Bindungen hinweisend - äussert sich F.J.Welch:[1] "Even though the parity formulas now used in public policy and programs leave much to be desired, it seems to me that a considerably stronger standard of reference is needed than that of 'analysis and competition'. While the principles of individual choice and free market prices is consistent with American ideals, and is theoretically sound and desirable, this principle in fact now operates to only a limited extend in our total economy. A free agriculture cannot prosper in an economy in which strong corporate controls over prices and union controls over wages persist, with monopolistic power and public benefits of many kinds available to nonfarm groups. It would appear, therefore, that if agriculture is to operate within a framework of a free market, every effort should be made to promote policies that will result in labor and industry being under the same type of competitive principles as agriculture."

Die Vorschläge der Autoren von "Turning the Searchlight on Farm Policy" zielen also u.a. auf eine marktwirtschaftliche Preispolitik für alle Agrarerzeugnisse ab; für eine gewisse Anzahl landwirtschaftlicher Produkte kommen oder kamen ohnehin nur geringe preisregulierende Maßnahmen zur Andwendung, d.h. der vergleichsweise grössere Teil der amerikanischen Landwirtschaft war oder ist von der Paritätspreispolitik der Regierung nicht direkt betroffen. Die wichtigsten Agrarerzeugnisse, für die in den letzten 15 Jahren obligatorisch hohe Stützpreise in Kraft waren - wie Weizen, Tabak, Baumwollsaat, Erdnüsse, Wolle und Zuckerfrüchte - ergaben im Jahre 1950 nur 11,7 % der gesamten Bareinnahmen der amerikanischen Farmer.[2] Die

---

1) vergl. Farm Foundation, 16, S. 80 FN

2) vergl. NORTON, 141, S. 104

Bareinkünfte aus dem Verkauf der restlichen landwirtschaftlichen Erzeugnisse, für die Paritätspreise gewährt werden können, - also im wesentlichen: Baumwolle, Mais, Sojabohnen, Reis, Flachssaat, Trockenbohnen und Erbsen - stellten sich im Jahre 1950 auf 31 % der gesamten Einnahmen der amerikanischen Landwirtschaft.[1)]

Einkommensausgleich für die Farmer in Form von Einkommenszahlungen

Die Stützpreise waren nicht in der Lage, als Anhaltspunkt für die Anpassung der Agrarproduktion an veränderte Nachfrageverhältnisse zu dienen. Die amerikanischen Farmer erlebten innerhalb der letzten zwanzig Jahre wegen schwankender Agrarpreise Zeiten wirtschaftlichen Wohlstands und krisenhafte Entwicklungen.[2)] Auch war es mit Hilfe des Stützpreismechanismus nicht möglich, den amerikanischen Farmern ein "paritätisches" Einkommen zu gewähren.

Über längere Zeiträume betrachtet, zeigt sich, dass ein Gedeihen der Landwirtschaft nicht lediglich vom Agrarpreisniveau abhängig ist. Wichtiger ist die Schaffung eines bestimmten stabilen und gerechten Farmereinkommens. Hierbei ist es nicht notwendig, dass das Einkommen der Farmerfamilien mit der Entwicklung der Erzeugerpreise parallel laufen muss; verschiedene andere Faktoren tragen zur Höhe des Gesamteinkommens der ländlichen Familien ebenso bei. Es sind: Veränderungen in der Pro-Kopf-Erzeugung, die Anzahl der arbeitenden Familienangehörigen je Familie, das allgemeine Produktionskostenniveau und schliesslich Produktionsumstellungen auf neuartige Erzeugnisse.

---

1) vergl. NORTON, 141, S. 104

2) Agrarpreise und Agrareinkommen tendieren dazu, weit mehr zu fluktuieren als die Preise und Einkommen in anderen Wirtschaftszweigen. (vergl. SCHULTZ, 28, Kapitel 2, 3, 6 und 12; JOHNSON, 19, Kapitel 4, 5, 6)

Relativ stabile Nettoeinkommen würden den Farmern insofern nützen, als damit grössere Bodenwertschwankungen vermieden werden würden - Entwicklungen, die ja zu einem gewissen Teil die Folge von Einkommensschwankungen sind. Relativ stabile Nettoeinkommen in der Landwirtschaft würden sich letzten Endes auch positiv auf die gesamte Volkswirtschaft auswirken, als sie innerhalb einer unstabilen (industriellen) Umgebung einen gewissen gegen-zyklischen Einfluss ausüben würden.[1)]

Da weder mit Hilfe eines Stützpreismechanismus noch über freie Marktpreise ein stabiles Nettoeinkommen für Farmer zu erreichen ist, muss ein staatlich gelenktes Einkommensausgleichprogramm durchgeführt werden, das stabile Nettoeinkommen für Farmer ermöglichen sollte.

Grundsätzlich müssten einige Erwägungen als Leitgedanken eines solchen Programms berücksichtigt werden.[2)] Der Einkommensausgleich sollte nicht über Maßnahmen vorgenommen werden, die den Marktpreis direkt erhöhen. Dazu gehören Stützpreise, Warenbeleihungen, Produktionskontrollen in Verbindung mit Stützpreisen, Exportsubsidien und Dumpingpreise. Einkommenszahlungen sollten nur dann geleistet werden, wenn es notwendig erscheint, eine Gesamtnachfrageverringerung abzuschwächen. In diesem Falle dürften die Preisrelationen der einzelnen Erzeugnisse zueinander aber nicht verfälscht werden.[3)] Zahlungen dieser Art sollten auch dann nur vorgenommen werden, wenn angenommen werden kann, dass diese Maßnahmen die Nachfrage innerhalb der Landwirtschaft in Zeiten krisenhafter wirtschaftlicher Entwicklung auf einem bestimmten Niveau halten können. Einkommenszahlungen sollten lediglich dann geleistet werden, wenn die landwirtschaftliche Nachfrage nach Kapitalgütern gross ist und wenn schwankende Farmereinkommen als das Resultat von Kapitalinvestitionen anzusehen sind.[3)] Und schliesslich sollten Zahlungen der ge-

---

1) vergl. SHEPHERD, 33, S. 229
2) vergl. JOHNSON, 20, S. 93 ff.
3) vergl. SCHULTZ, 31, S. 361

nannten Art weder Standortverschiebungen innerhalb der Landwirtschaft vereiteln und die optimale Kombination der Produktionsmittel verhindern[1], noch die Handelskanäle verstopfen.[2]

Maßnahmen dieser Art müssten von geld-, kredit- und fiskalpolitischen Bestrebungen begleitet sein, die versuchen müssten, die Wirkungen von Depressionen auf die Gesamtwirtschaft zu mildern oder depressive Entwicklungen ganz zu verhindern.

Im allgemeinen bestehen auf der Seite der Kritiker des gegenwärtigen Agrarpreisprogramms keine Einwände gegen Hilfsmaßnahmen einkommenspolitischer Art in Zeiten krisenhafter Entwicklung:[3] "To safeguard the national economy in its agricultural sector in times of depression, supplementary income payments will be most effective and economical. Such payments, in times of emergency growing out of general depression, would make for stabilization ... the income supplement program we are recommending is proposed only for times of general and severe depression ... The primary objective of farm policy in times of depression threat is to see that large numbers of farmers are not bankrupted in the process of price adjustment and their production programs disorganized. Direct income payments are the most effective means of accomplishing such an objective, and they will provide the means for

---

1) vergl. JOHNSON, 20, S. 93 f.

2) vergl. SCHULTZ, 162, S. 160

3) Auf eine Rundfrage der American Farm Economic Association (Journal of Farm Economics) im Jahre 1945 bei amerikanischen Agrarwissenschaftlern sprachen sich für Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft in Depressionszeiten von fünf Befragten vier zustimmend aus. (Im übrigen ergab eine Abstimmung über das damals gültige Stützpreisniveau von 90 % bei Steagallwaren nur vier positive Beurteilungen unter 100 Befragten). vergl. WAITE und TRELOGAN, 35, S. 374. - Einkommenszahlungen haben vorgeschlagen SCHULTZ, 161, S. 298 ff. und 29, S. 220 ff., WORKING, 194, S. 817 ff., NORTON/WORKING, 137, S. 1 ff., NICHOLLS/JOHNSON, 131, S. 267, COMMITTEE ON PARITY CONCEPTS, 14, S. 380 ff., JOHNSON, 19, Kap. 12, DUMMEIER u.a., 15, S. 629

preventing the purchasing power of farm people from falling to levels which demoralize other lines of business as well as their own."[1)]

Shepherd[2)] hat mit seinem "Selbstfinanzierungsprogramm zur Stabilisierung der Realeinkommen der Farmer" einen Vorschlag in ähnlicher Richtung gemacht.

Schickele[3)] dagegen sprach sich gegenüber den Vorschlägen von Schultz[4)] oder Shepherd[2)] ablehnend aus. Diese Vorschläge seien politisch wahrscheinlich nicht akzeptabel und ihre Ausführung in der Praxis auf jeden Fall äusserst schwierig; desgleichen sei die Verwaltung einer income payment administration auch rein technisch sehr schwer.[5)] Mitchel[6)] hat sich unter anderer Argumentation gegen Einkommenszahlungen ausgesprochen.

---

1) vergl. Farm Foundation, 16, S. 69 ff.

2) vergl. SHEPHERD, 33, Kap. 16;: man sollte das landwirtschaftliche Nettoeinkommen pro Farm durch den jeweiligen Index der Preise der landwirtschaftlichen Kostenfaktoren teilen; dies würde ein stabiles Realeinkommen ergeben, was wichtiger sei als eine Preis- oder Geldeinkommensgarantie. (S. 231)

3) vergl. SCHICKELE, 26, S. 287 FN

4) vergl. SCHULTZ, 29, S. 220 ff.. Dies Programm in "Agriculture in an Unstable Economy" deckt sich im wesentlichen mit den Vorschlägen aus "Turning the Searchlight..", s.o.

5) vergl. SCHICKELE, 26, S. 287: "A general tax rebate per family" oder "A national income security payment scheme, along the lines suggested by J.H.G.PIERSON (150, S. 21 ff.) would perhaps prove politically and administratively more feasable than a compensatory farm income payment scheme." Auf PIERSONs Vorschlag kann jedoch hier nicht näher eingegangen werden.

6) MITCHEL (125, S. 563) argumentiert: 1. man müsste den Farmern zu tief in den Geldbeutel gucken, um disparitätische Einkommen feststellen zu können, 2. es könnten alle anderen Erzeugergruppen auch paritätische Einkommen verlangen und 3. würden die Steuerzahler denken, der Farmer sei Schuld an der Mehrausgabe, die durch Einkommenszahlungen entstünde; hingegen sei er gar nicht daran Schuld: das wirtschaftliche System sei Schuld, das nicht ausreichende Absatzmöglichkeiten für Produktionsüberschüsse schafft.

Die Befürworter von Kompensationszahlungen[1] haben über das Ausmaß dieser Zahlungen verschiedene Ansichten vorgebracht. Manche Autoren sprachen sich für derartige Zahlungen an die Erzeuger jeglichen landwirtschaftlichen Produkts aus (falls die Einkommen aus diesem Produkt kein angemessenes Einkommen mehr darstellen)[2], andere dagegen vertraten die Meinung, dass lediglich die Einkommen aus wenigen, bestimmten Erzeugnissen mittels Kompensationszahlungen korrigiert werden sollten.[3]

Die Zahlungen sollen die Differenz zwischen dem erzielten Marktpreis und dem Preis ausgleichen, den man als Mindestpreis festgesetzt hat. Shepherd[4] hat besonders auf die Schwierigkeiten bei der Festsetzung der Höhe der Mindestpreise hingewiesen; möglich wäre, einen sogenannten "forward price"[5] dabei als Anhaltspunkt zu wählen. Jedoch wäre diese Methode insofern bedenklich, als Kompensationszahlungen und "forward prices" verschiedenen Zwecken dienen sollen.[6]

Als Beispiel für die Unzulänglichkeit der Planpreise[7] für die Mindestpreisfestsetzung führt Shepherd folgendes

---

1) Der Ausdruck "Kompensationszahlungen" ("Compensatory payments") ist in die amerikanische Literatur als die übliche Bezeichnung für Zahlungen eingegangen, die ein Anheben der landwirtschaftlichen Nettoeinkommen in Krisenzeiten bewirken sollen.

2) vergl. SCHULTZ, 29, S. 225, BENNETT, 6, S. 794 ff., BRANDT, 49, S. 810 ff.

3) vergl. JOHNSON, 102, S. 764 ff., NICHOLLS, 130, S. 750 ff.

4) vergl. SHEPHERD, 33, S. 199 f.

5) "forward prices" werden im folgenden Abschnitt besprochen.

6) "Forward prices" sollen lediglich eine Voraussage der freien Marktpreise darstellen, ohne diese zu beeinflussen. Kompensationszahlungen dienen nicht agrarpreispolitischen Zwecken insofern, als sie lediglich eine Stabilisierung der Farmereinkommen anstreben.

7) Der Ausdruck "Planpreise" soll im Folgenden den Ausdruck "forward price" ersetzen.

Beispiel an:[1] Der durchschnittliche Weizenpreis je bushel lag im Jahre 1929 bei 103,6 cents. Der Weizenpreis erreichte im Jahre 1931 dagegen nur die Höhe von 39,1 cents. Falls die Angebots- und Nachfragesituation für 1931 ausreichend exakt vorausgesehen worden wäre, hätte der Planpreis bei 39 cents für das Jahr 1931 gelegen. Als Mindestpreis für kompensatorische Zahlungen hätte somit der 39-cents Planpreis nicht dienen können. Die Einkommen der Farmer wären schwerlich stabilisiert worden.

Planpreise sollten demnach als Mindestpreise nicht für das Kompensationszahlungsprogramm verwendet werden, weil sie oft zu niedrig angesetzt sein können. Planpreise liessen sich nur dann als Mindestpreise für Einkommenszahlungen vertreten, wenn die Planpreisrelationen der einzelnen Erzeugnisse zueinander so gestaltet sind, dass die Farmer aus einer etwaigen Änderung der Preisrelationen die notwendigen Schlüsse für Produktionsanpassungen ziehen können.[2]

Deshalb schlug Schultz[3] vor, als Mindestpreis für Kompensationszahlungen einen Preis zu wählen, der ungefähr 85 % des Durchschnittspreises für ein bestimmtes Erzeugnis vor Beginn der krisenhaften Entwicklung beträgt. Als krisenhafte Entwicklung wäre eine wirtschaftliche Situation anzusprechen, in der eine Arbeitslosigkeit von mehr als 5 % besteht.[4] In diesem Rahmen könnten Mindestpreise so angesetzt werden, dass der Grenzerzeuger - d.h. der Farmer, der gerade noch benötigt wird, um das Agrarangebot dem Verbrauch anzupassen - seine Produktionskosten

---

1) vergl. SHEPHERD, 33, S. 199 f.

2) vergl. SHEPHERD, 33, S. 200; auch SCHICKELE (26, S. 263) erwägt einen "forward price standard" als Hilfsmittel zur Erreichung eines bestimmten Farmereinkommens, bemerkt dazu aber, dass der "forward price standard" gleichzeitig Produktionsanpassungen an die zu erwartende Nachfragesituation ermöglichen müsste.

3) vergl. SCHULTZ, 29, S. 226

4) vergl. SCHULTZ, 29, S. 226

zuzüglich eines Arbeitslohns für sich und seine mithelfenden Familienangehörigen erhält.[1)]

Die Durchführung eines Kompensationszahlungsprogramms brächte gewisse administrative Schwierigkeiten mit sich. Die Marktpreisprognosen seitens des Landwirtschaftsministeriums müssten sehr genau sein, um nicht Fehlanpassungen zu bewirken. Schultz[2)] und Ratchford[3)] weisen daneben darauf hin, dass es denkbar wäre, dass die Vorausschätzer unter besonders starkem Druck seitens politischer oder wirtschaftlicher Interessentengruppen stehen könnten. Zu befürchten wäre auch, dass geld- und kreditpolitsche Hilfsmaßnahmen für die Farmer dann abgebrochen werden würden, wenn Kompensationszahlungen einmal geleistet worden sind und ein dementsprechendes Zahlungsprogramm aufgestellt wurde.

Ratchford fasst die Vorteile von Kompensationszahlungen zusammen[4)]: " ... the consumer would be given a break. Of course, most of the monetary cost would be paid by nonfarm consumers, but all would not pay in proportion to the benefits received. The low-income consumers would be the ultimate beneficiaries.... The quantity consumed both at home and abroad should be increased. This could result in higher incomes for farmers. This should help prevent the need for production controls and the resulting inefficiencies.... compensatory payments would be excellent for boosting a sagging economy in two ways. They would make, probably cause, deficit financing for the government and also would place more funds in the hands of farmers."

Shepherd[5)] kommt nach einer Analyse der komparativen Kosten des bestehenden Paritätspreisprogramms und eines Kompensationszahlungsprogramms in der hier wiedergegebenen Farm zum Schluss, dass die Kosten für beide

---

1) vergl. SCHULTZ, 30, S. 93 ff.
2) vergl. SCHULTZ, 31, S. 361
3) vergl. RATCHFORD, 151, S. 90 f.
4) vergl. RATCHFORD, 151, S. 91
5) vergl. SHEPHERD, 33, S. 216 f.

Programme annähernd gleich sein würden. Andere Schätzungen besagen, dass Kompensationszahlungen wahrscheinlich sogar geringere Kosten als Stützpreisprogramme verursachen würden.[1)]

Das Planpreisprogramm

Der Planpreis[2)] für eine bestimmte Ware ist nicht der voraussichtliche Gleichgewichtspreis, sondern ein künstlich festgesetzter Preis. Er wird von einer Gruppe von Experten berechnet. Planpreise sollen unter Einbeziehung der Situation der Produktionsfaktoren berechnet werden und die voraussichtlich zu erwartende Angebots- und Nachfragelage auf dem Agrarmarkt berücksichtigen. Differerenzierungen lokaler und saisonaler Art müssten in die Kalkulation der Planpreise einbezogen werden und dürften keine Beziehung zur Preisstruktur vergangener Perioden haben. Sie müssten für jeweils mindestens eine Produktionsperiode im voraus bestimmt und bekanntgegeben werden.[3,4)]

Planpreise würden hauptsächlich der jeweils angestrebten Neukombination der Produktionsfaktoren und zur

---

1) vergl. Farm Foundation, 16, S. 71

2) Planpreise in dem hier vorgetragenen Sinn sind vorgeschlagen worden von: SCHULTZ, 160, S. 127 ff., SHEPHERD, 169, S. 589 ff., SCHULTZ, 28, S. 43 f., SCHULTZ, 29, S. 262 ff., und vor allem von JOHNSON, 19

3) vergl. WAITE und TRELOGAN, 35, S. 385 f.

4) Im Landwirtschaftsgesetz von 1949 wurde für einzelne Erzeugnisse, die während des zweiten Weltkriegs zu Steagallwaren erklärt worden waren und deren Stützpreis im Interesse der Produktionssteigerung auf 90 % des Paritätspreises erhöht worden war, eine gleitende (sinkende) Mindestpreisskala errechnet. Sie war eine Art Planpreisskala, hatte aber wegen der Koppelung mit dem Paritätspreissystem nur geringen Erfolg.

Durchführung von erwünschten Produktionsanpassungen dienen. Die Möglichkeiten für Farmer für kurzfristige Produktionsanpassungen sind relativ gering:[1] Viehfutter könnte an andere Tiere verfüttert werden als es bisher geschehen ist. Der Farmer könnte andererseits mehr oder weniger Futtermittel einkaufen als bisher oder bei Ackerfrüchten die Anbauproportionen ändern. Schliesslich wären auch Änderungen der Düngeranwendung denkbar. Langfristige Produktionsanpassungen[2] erforderten jedoch Umstellungen der Produktionsfaktoren in weit grösserem Ausmaß: Hier wird an Veränderungen der Zahl und Grösse der Farmerfamilien gedacht, auch an Umstellungen der Menge und Güte der Gebäude und des technischen Besatzes. Langfristige Produktionsanpassungen können auch auf eine Umstellung von Ackerland auf Brache, Wiese oder Wald hinauslaufen oder auf eine Veränderung der Herdengrössen.

Während des letzten Krieges wurden zum ersten Male in Amerika Planpreise benutzt, um die Agrarproduktion auf einen Stand zu bringen, der dem gewünschten Produktionsergebnis entsprach.[3] Angesichts der Ergebnisse des Planpreisprogramms zwischen 1941 und 1949 stellte Schickele[4] fest, dass der Planungsstab des Landwirtschaftsministeriums zwar gute Arbeit geleistet habe, die Farmer aber nur in geringem Maße die Produktionsziele erreicht hätten und darum das ganze Programm relativ unbrauchbar gemacht hätten. Johnson[5] sagt, dass als Grund für das negative

---

1) vergl. SCHICKELE, 26, S. 301

2) vergl. SCHICKELE, 26, S. 302

3) Von 1924 bis 1947 wurden für Sojabohnen Planpreise zwischen 26 und 50 % über den gesetzlich festgelegten Paritätspreisen errechnet; für Flachssaat wurden die Planpreise in den Jahren 1946 bis 1948 zwischen 24 und 58 % des Paritätspreises für diese Erzeugnisse angesetzt. (vergl. SCHICKELE, 26, S. 246) Die Planpreise für diese Erzeugnisse dienten zwar erfolgreich bei der Stimulierung der Erzeugungsmenge, erwiesen sich aber als relativ unwirksam als Hilfsmittel im Kontraktionsprozess. (vergl. SCHICKELE, 26, S. 247)

4) vergl. SCHICKELE, 26, S. 248

5) vergl. JOHNSON, 19, S. 130

Ergebnis des Programms einerseits dessen Koppelung mit zu hohen Einkommensgarantien über das Paritätspreisprogramm und andererseits die hieraus resultierende Verhinderung der optimalen Kombination der Produktionsfaktoren in der Landwirtschaft angesehen werden muss.[1] Eine gesteigerte Anpassungswilligkeit der Farmer an Planpreisverschiebungen würde jedenfalls nur dann erreicht werden, wenn die Einkommensgarantien im Kompensationzahlungsprogramm so bemessen wären, dass die Farmer immer noch einen preislichen Anreiz zu Produktionsanpassungen hätten.

Ergänzende Maßnahmen

Ein Programm zur Ausweitung und Stabilisierung der Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen sollte als Bestandteil eines umfassenden neuen Agrarprogramms die Einkommenszahlungs- und Planpreisprogramme ergänzen. Es könnte versucht werden, für Agrarprodukte neue Märkte zu erschliessen und Verwendungsmöglichkeiten zu schaffen, die Produktivität des Vermarktungsvorgangs zu steigern und die inländische Nachfrage nach Agrarerzeugnissen mit Hilfe eines staatlichen Ernährungsprogramms zu vergrössern. Hier könnte an ein Kantinenprogramm zu Selbstkosten, an eine Ausdehnung des Schulspeisungsprogramms - auf alle oder mindestens mehr Schulen - zu Selbstkosten gedacht werden und schliesslich könnte ein ausgedehntes, staatlich beaufsichtigtes Nahrungsmittel-Hilfsprogramm zur Konsumsteigerung der Familien mit niedrigem Einkommen beitragen und als Bestandteil eines umfassenden Gesundheitsprogramms

---

1) RATCHFORD, (151, S. 87) stellt grundsätzlich die Frage, ob Planpreise überhaupt in der Lage sind, die optimale Kombination der Produktionsfaktoren in der Landwirtschaft zu bewirken, obgleich dies ihr eigentlicher Zweck sei: "Such a program could well cause less stability in agricultural production and income than is desirable." Allerdings geht Ratchford nicht auf die Frage ein, ob Planpreise in Verbindung mit einem gut funktionierenden Einkommensprogramm zweckdienlich sein würden.

angesehen werden.[1)]

Die Produktivitätssteigerung der kleineren Farmen mit niedrigem Einkommen wäre über gezielte Einzelmaßnahmen möglich; die Produktionspläne dieser Farmen müssten an die Veränderungen der Nachfrage und der farmtechnischen Entwicklungen angepasst werden. Falls die Produktivitätsreserven der kleinen Farmen sich als nicht ausreichend erweisen, um den betreffenden Farmern ein angemessenes Einkommen aus ihrer Arbeit zu sichern, müsste die Vergrösserung dieser Farmen innerhalb eines umfassenden Siedlungsprogramm mit staatlicher Hilfe durchgeführt werden.[2)]

Bis zur Durchführung eines Umsiedlungsprogramms für die ländliche Überbevölkerung - besonders die der Südstaaten - müsste ein Anpassungsprogramm für die Gebiete durchgeführt werden, in denen das Arbeitsangebot einen durchschnittlichen Arbeitslohn für Landarbeiter bewirkt, der wesentlich unter dem Arbeitslohnniveau in anderen ländlichen Bezirken liegt, bzw. unter vergleichbaren Arbeitslöhnen in anderen Wirtschaftszweigen liegt.[3)] Das Programm zur Umstellung der landwirtschaftlichen Überbevölkerung[4)] könnte die Errichtung eines Bundesarbeitsamtes vorsehen, das die Empfänger niedriger landwirtschaftlicher Einkommen über offene Stellen in Landwirtschaft und Industrie unterrichtet und gegebenenfalls den Abschluss von Arbeitsverträgen vor der Übersiedlung ermöglicht. Die Errichtung eines Stiftungs- oder Anleihefonds würde die Übersiedlung der Landarbeiter oder Farmerfamilien erleichtern. Notwendig wäre auch die Planung eines Landkaufprogramms, mit Hilfe dessen die aufgegebenen Kleinfarmen aufgekauft werden könnten und später zu Farmen mit wirtschaftlicher Grösse zusammengefasst oder anderem, zu kleinem Farmbesitz angeschlossen werden könnten. Als ergänzende Maßnahmen würden sich ein Ausbau des landwirt-

---

1) vergl. JOHNSON, 20, S. 95 ff.; COCHRANE, 13, S. 8 f.
2) vergl. SCHICKELE, 26, S. 284
3) vergl. JOHNSON, 19, Kapitel 10
4) vergl. JOHNSON, 107, S. 837

schaftlichen Erziehungswesens, die Errichtung von Lehrhöfen (training programs for on-the-job-training) für Landarbeiter auf Kosten der Bundesregierung und die frühzeitige Unterrichtung der Farmersöhne oder Landarbeitersöhne über Beschäftigungsmöglichkeiten in anderen Berufen[1] als zweckdienlich erweisen.

---

1) vergl. ERDMAN, 71, S. 28 f.

Schlusswort

Die Umstellung der amerikanischen Agrarpreispolitik in Richtung auf eine Wettbewerbspolitik könnte nicht innerhalb eines kurzen Zeitraums vollzogen werden.

Weder wäre dies auf dem zu beschreitenden Wege über die Gesetzgebung möglich - schon der Kampf um "flexible Stützpreise" für landwirtschaftliche Erzeugnisse vor Erlass des Landwirtschaftsgesetzes von 1954 deutet auf das "Beharrungsvermögen" derjenigen amerikanischen Politiker hin, die in den gesetzgebenden Körperschaften vertreten sind -, noch sind bisher ausreichende Maßnahmen dafür getroffen worden, diejenigen strukturellen Bedingungen der amerikanischen Landwirtschaft, die zur Einkommensdisparität führen, zu verändern und die ausländische Nachfrage nach amerikanischen Agrarerzeugnissen auszuweiten.

Eine dynamische und expansive Gesamtwirtschaftspolitik in Verbindung mit einem Abnehmen der internationalen Spannungen und dem Hang der Regierungen, aus nationalstaatlichem Egoismus protektionistische Wirtschaftspolitik zu betreiben, wäre eine wichtige Voraussetzung für eine klare Abkehr vom amerikanischen Agrarprotektionismus in seiner gegenwärtigen Form.

Anhang

Die Zuckergesetzgebung

Die rasche Entwicklung der europäischen Zuckerrüben- und Rohrzuckerindustrien und die starke Ausweitung der Rohrzuckerproduktion in Hawaii, Puerto Rico und auf den Philippinen gegen Ende des vorigen Jahrhunderts hatten zur Folge, dass die U.S.A. den Einfuhrzoll für Zucker erheblich erhöhten. Im Jahre 1903 trat für Importe aus Kuba ein Vorzugstarif in Kraft; seitdem gilt Kuba als integrierter Teil des Zuckermarktes der Vereinigten Staaten und man kann sagen, dass seit dieser Zeit auf Grund der Tarifpolitik fast alle anderen Zucker produzierenden Länder vom Markt der U.S.A. ausgeschlossen wurden.[1)]

Nach dem ersten Weltkrieg stieg die Weltzuckerproduktion schnell an. Während der Wirtschaftskrise am Anfang der dreissiger Jahre sank der Zuckerpreis auf unter 1 cent je pound. Die Zuckererzeuger in den U.S.A. waren in sehr bedrängter Lage, so dass sich die Regierung im Jahre 1934 entschloss, auf dem heimischen Zuckermarkt marktregulierende Maßnahmen anzuwenden. Das Zuckergesetz aus dem Jahre 1934[2)] führte Importkontrollen ein und bestimmte Anbaubeschränkungen und Marktquoten für heimische Erzeuger. Das hatte zur Folge, dass der amerikanische Zuckermarkt entlastet wurde und die Zuckerpreise stiegen. Ein Zuckergesetz aus dem Jahre 1937 behielt die Grundzüge des Zuckergesetzes von 1934 bei.[3)] Bei Ausbruch des zweiten Weltkriegs wurde Zucker in das Stützpreisprogramm der Regierung übernommen.[4)]

---

1) vergl. BLACK und CORSON, 47, Kapitel 1

2) Das Zuckergesetz des Jahres 1934 war ein Zusatz zum Agricultural Adjustment Act of 1933

3) vergl. PENDLETON, 147, S. 227; BACON-SCHLOEMER, 3, S. 172

4) vergl. USDA, Office of Information Services, 529

Nach der Präambel zum Zuckergesetz von 1948[1] sollte Zweck des Gesetzes sein, "das Wohl der Zuckerverbraucher und der zuckererzeugenden- bzw. weiterverarbeitenden Industrie zu schützen und den Exporthandel der U.S.A. zu fördern."[2]

Das Gesetz enthielt die Bestimmung, dass der Landwirtschaftsminister im Dezember jeden Jahres den Zuckerbedarf für die U.S.A. im kommenden Jahr vorausberechnen sollte. Jedoch durfte die errechnete Bedarfsquote während des laufenden Jahres geändert werden, falls sich die Verbrauchsgewohnheiten oder der Zuckerpreis ändern sollten.[3] Beispielsweise wurden die errechneten Bedarfsquoten während der Jahre 1951 und 1952 jeweils zweimal geändert. Der geschätzte heimische Zuckerbedarf für das Jahr 1953 hatte 7,8 Millionen short tons Zucker ergeben; im April des gleichen Jahres wurde die Quote aber um 0,1 Millionen tons erhöht.[4]

Der Gesetzgeber errechnete für die fünf "heimischen" zuckerproduzierenden Gebiete - U.S.-Zuckerrohr, U.S.-Zuckerrüben, Hawaii, Puerto Rico und Virgin Islands - eine durchschnittliche Gesamtangebotsquote von 4,444 Millionen short tons.[5] Der restliche amerikanische Zuckerbedarf sollte zu 96 % aus dem kubanischen Zuckerangebot und zu übrigen 4 % durch Importe aus dem übrigen Ausland gedeckt werden.

Die Marktquotenbestimmungen für die "heimischen" Erzeuger wurden durch Bestimmungen über Subsidienzahlungen an diese Erzeuger ergänzt. Zahlungen dieser Art durften nur dann vorgenommen werden, wenn die Zuckererzeuger gewissen Anforderungen gerecht wurden: Es durfte keine Kinder-

---

1) Sugar Act of 1948, Public Law 388, 80th Congress, Chapter 519, 1st Session; dies Gesetz sollte ursprünglich für den Zeitraum 1948-1953 gelten. Ein Gesetz vom 1.9.1951 (Publ. Law 140, 82d Congr.) verlängerte die Gültigkeitsdauer des Sugar Act of 1948, nachdem einige Änderungen vorgenommen worden waren. Dies Gesetz trat dann am 1.1.53 in Kraft. (vergl. USDA, PMA, 538, S. 89)

2) Sugar Act of 1948, op.cit., "Short Title"

3) vergl. Sugar Act 1948, op.cit., Section 201

4) vergl. USDA, Office of Information Services, 530, S. 39

5) vergl. Sugar Act 1948, op.cit., Section 202 (a)

arbeit verwendet werden, an die auf Zuckerfarmen beschäftigten Landarbeiter mussten die vom amerikanischen Landwirtschaftsministerium festgesetzten Mindestlöhne gezahlt und schliesslich mussten die festgesetzten Marktquoten eingehalten worden sein.[1)]

Im internationalen Zuckerabkommen des Jahres 1953[2)] wurden die Weltzuckerpreise stabilisiert. Die Vereinigten Staaten traten dem Abkommen als Importland bei und erklärten sich mit einem U.S.A.-Importpreis von 3,25 $ bis 4,35 $ je lib einverstanden.

Internationale Weizenabkommen

Das Anwachsen der europäischen Nachfrage nach Weizen in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg hatte eine Steigerung der Weizenerzeugung in den U.S.A. zur Folge. Im Jahre 1913 wurde Amerika nach Russland der zweitgrösste Weizenexporteur der Welt. Im Wirtschaftsjahr 1913/14 exportierten die U.S.A. 335 Millionen bushels. Während des ersten Weltkriegs fiel Russland als Weizenexporteur aus. Im Zuge dieser Entwicklung nahm die Weizenanbaufläche der U.S.A. zwischen 1914 und 1918 um 20 Millionen acres zu. Obgleich die landwirtschaftliche Produktion Europas im Jahre 1929 den Vorkriegsstand wieder erreicht hatte, verblieb die amerikanische Weizenproduktion der Nachkriegsjahre auf dem Kriegsstand. In den Jahren 1928 und 1929 hatte sich die Weltanbaufläche für Weizen gegenüber 1913 um ungefähr 25 % erhöht. Die Weltweizenexporte erreichten im Jahre 1929 eine Rekordhöhe von 921 Millionen bushels, wovon der Exportanteil der U.S.A. jedoch nur 142 Millionen bushels ausmachte.

Während der Wirtschaftskrise am Anfang der dreissiger Jahre fielen die Weizenpreise in den U.S.A. stark ab. Sie erreichten den Tiefpunkt im Jahre 1932 mit 37,5 cents je bushel. Die Missernten der Jahre 1933 und 1936 verringerten

---

1) vergl. Sugar Act 1948, op.cit., Section 301 (1) und (2)
2) vergl. ROGGE, 156, S. 23 ff.

das Exportangebot der Vereinigten Staaten um zwei Drittel und brachten einen Preisanstieg mit sich. Durch die grosse Ernte des Jahres 1938 liefen erhebliche Weizenüberschüsse auf. Von 1939 bis 1942 vergrösserten sich die Lagerbestände und nahmen erst mit der wachsenden Nachfrage nach dem Kriegseintritt der U.S.A. langsam ab.[1)]

Obgleich das Internationale Weizenabkommen des Jahres 1948 noch Gültigkeit besass, kamen im Frühjahr 1949 36 weizenimportierende Länder und 5 weizenexportierende Länder überein, für die Dauer von vier Jahren - vom 1.8.1949 bis zum 31.7.1953 - einen jährlichen Weizenhandel in der Höhe von 456 Millionen bushels zu treiben.[2)] Zwei der wichtigsten Exportländer, nämlich die UdSSR und Argentinien, unterzeichneten das Abkommen nicht.

Das Handelsabkommen setzte für die Dauer von vier Jahren den Höchstpreis für Weizen auf 1,80 $ pro bushel fest. Für das Wirtschaftsjahr 1949/1950 galt ein Mindestpreis von 1,50 $, für 1950/1951 von 1,40 $, für 1951/1952 von 1,30 $ und für 1952/1953 von 1,20 $. Die U.S.A. verpflichteten sich im Abkommen, jährlich 168 Millionen bushels zu exportieren; über diese Quote hinaus durften von den U.S.A. zu freien Marktpreisen beliebige Mengen Weizen exportiert werden. Die Weizenlieferungen an die besetzten Länder Deutschland und Japan fielen nicht unter die Abkommensquote.

Am 1. August 1953 trat anstelle des alten Weizenabkommens das Internationale Weizenabkommen von 1953 in Kraft. Darin verpflichteten sich 41 Importländer[3)] und vier Weizenexportländer - U.S.A., Canada, Australien und Frankreich -, bestimmte jährliche Quoten zu einem Höchstpreis von 2,05 $ je bushel und einem Mindestpreis von 1,68 $ je bushel zu handeln. Die Jahresexportquote der U.S.A. betrug 253 Millionen bushels.[4)]

---

1) vergl. FRB Kansas City, 271, S. 9 ff.

2) vergl. International Journal of Agrarian Affairs, 97, S. 273

3) Grossbritannien unterzeichnete das Weizenabkommen von 1953 nicht.

4) vergl. HENDRICKSON, 299, S. 51

Die deutsche Literatur über die amerikanische Agrarpreispolitik der Gegenwart

Verhältnismässig wenig ist in deutscher Sprache in neuerer Zeit über die amerikanische Agrarpreispolitik der Gegenwart geschrieben worden. Es handelt sich im wesentlichen um kurze Darstellungen der früheren oder geltenden amerikanischen agrarpreispolitischen Gesetzgebung oder um Schilderungen der verschiedenen in den U.S.A. angewandten Mittel, eine Agrarpreis- oder Einkommensbeeinflussung zu erreichen.

Allgemeine Darstellungen dieser Art wurden u.a. von Hanau[1], Plate[2], Weber/Meinhold[3], Itschner[4] und dem Institut für landwirtschaftliche Marktforschung in Braunschweig-Völkenrode[5] veröffentlicht.

Die Kritik am amerikanischen Paritätspreissystem für landwirtschaftliche Erzeugnisse und die Darstellung der Auswirkungen dieses Systems erfolgte unseres Wissens nach in der deutschen Literatur noch nicht ausführlich. Auch eine Dissertation über "Paritätspreise im Rahmen der landwirtschaftlichen Preisstützungspolitik in den U.S.A." von v.Graevenitz[6] hat sich nicht der Aufgabe einer ins einzelne gehenden Kritik (oder Darstellung der amerikanischen Kritik) am amerikanischen Paritätspreissystem für landwirtschaftliche Erzeugnisse unterzogen.

Im folgenden soll eine Zusammenfassung der deutschsprachigen Literatur über die amerikanische Agrarpreispolitik der letzten Jahre gegeben werden, wobei besonderer Wert auf die Wiedergabe der kritischen Bemerkungen zur

---

1) vergl. HANAU, 553 und 554
2) vergl. PLATE, 561
3) vergl. WEBER/MEINHOLD, 565
4) vergl. ITSCHNER, 557
5) vergl. INST.f.LANDW.MARKTFORSCHUNG, 556
6) vergl. v.GRAEVENITZ, 551

zur Agrarpreispolitik der U.S.A. gelegt werden soll.

Die abschliessende Wiedergabe der Grundgedanken einiger Zeitungs- und Zeitschriftenaufsätze aus neuester Zeit wird Hinweise auf die jüngste Entwicklung der amerikanischen Agrarpreispolitik geben. Sie ist insofern von Bedeutung, als dem Verfasser amerikanische Literatur aus der Zeit nach 1954 nur in unzureichendem Maße zur Verfügung stand.

Weber/Meinhold[1] weist darauf hin, dass nach der Krise der dreissiger Jahre in den Vereinigten Staaten der Agrarmarktinterventionismus an Bedeutung gewann. Seit dieser Zeit verdichtete sich das Preisproblem zur Vorstellung, "dass das amerikanische Agrarproblem von heute mehr oder weniger eine Subsidienfrage ist." Nach einer Würdigung der grundlegenden Agrargesetzgebung im Agricultural Act von 1933 und einem Hinweis auf den Soil Conservation Act und die Aufgabe der Warenkreditgesellschaft (CCC) kommt Weber/Meinhold zum Schluss, dass die hohen Kosten des Stützpreisprogramms nicht dessen einzige negative Seite zu sein scheinen: "Hohe Stützungspreise erzwingen auf die Dauer auch empfindliche Verbrauchseinschränkungen, wodurch das Problem der überschüssigen Bestände noch brennender wird."[2] Es wird des weiteren auf den Brannanplan hingewiesen und gesagt, dass Brannans Vorschläge die Geburt des Landwirtschaftsgesetzes von 1949 begünstigt und beschleunigt haben. Auch wird angemerkt, dass die Vereinigten Staaten nach Beendigung der Lieferungen innerhalb des ERP und bei fortschreitender landwirtschaftlicher Erholung in Europa und gleichzeitiger Verbesserung des internationalen Gleichgewichts die amerikanischen Nahrungsmittellieferungen nach Europa zurückgehen würden und sich damit für die U.S.A. "eine Verschärfung des Wettbewerbs um die Agrarmärkte"[3] ergeben würde.

---

1) vergl. WEBER/MEINHOLD, 565, S. 418

2) ders. S. 420

3) ders. S. 420

In diesem Zusammenhang ist auch von Interesse, was Plate[1] am Ende seiner klar gegliederten und relativ ausführlichen Darstellung der amerikanischen Agrarpreispolitik von 1933 bis 1949 sagt: " ... auf jeden Fall dürfte es früher oder später zu einem Abbau der im Kriege herausgebildeten starren und hohen Preisgarantien kommen", zumal festgestellt werden kann, dass in Zeiten normaler Ernten und Nachfrageverhältnisse (z.B. 1938/41 und 1952/55) die künstliche Hebung des Preisniveaus für landwirtschaftliche Erzeugnisse in kurzer Zeit zu einer starken Anhäufung der Vorräte führt.

Ähnlich äussert sich Hanau[2] nach einer kurzen Darstellung der amerikanischen Agrarpreisgesetzgebung nach dem Kriege und einem Hinweis auf den Brannanplan: "Mehr und mehr sind Zweifel aufgetreten, ob und inwieweit es in der Zukunft noch möglich sein wird, eine Preisstützung erfolgreich durchzuführen, zumal die früheren Versuche, das Angebot durch Produktionseinschränkungen zu vermindern, im grossen und ganzen fehlgeschlagen sind." Und schliesslich: "Die Erfahrungen lehren aber deutlich, dass mit einem festgelegten Preissystem dem ständigen Fluss der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung sowie den Veränderungen der Versorgungsverhältnisse nicht in befriedigender Weise Rechnung getragen werden kann."[2]

Nach einer kurzen Analyse des Stützpreismechanismus in einer kleinen Schrift des Instituts für landwirtschaftliche Marktforschung in Braunschweig-Völkenrode[3] wird bemerkt: "Das amerikanische Paritätspreissystem wird in den Vereinigten Staaten selbst stark kritisiert. Die Kritik wendet sich u.a. dagegen, dass die Bezugnahme auf das Verhältnis zwischen den Agrarpreisen und den Preisen der Kostengüter im Basiszeitraum 1910/14 die wirtschaftliche Entwicklung seit dieser Zeit, d.h. insbesondere die Entwicklung der Produktivität sowie der Angebots- und Nach-

---

1) vergl. PLATE, 561, S. 23

2) vergl. HANAU, 553, S. 16

3) vergl. Inst.f.landw.Marktforschung, 556, S. 3

frageverhältnisse nicht genügend berücksichtige. Ausserdem wird angeführt, dass die Ausrichtung der Agrarpreise nach den Preisen der Kostengüter mit Hilfe von Stützungskäufen die Inflationstendenzen fördere."

Hanau kommt an anderer Stelle[1] auf die konjunkturpolitische Bedeutung der amerikanischen Stützpreispolitik zu sprechen: "Grosse Bedeutung kommt dem Stützungsmechanismus in einer Deflationsperiode zu. Die Stützungskäufe würden in einer solchen Situation der in früheren Krisenperioden beobachteten Tendenz der Stapelwaren stärker im Preise zu fallen als das allgemeine Preisniveau oder als der Paritätsindex entgegenwirken. Wenn in einer solchen Situation die benötigten Kredite der Vorratsstelle zu einem 'deficit spending' führen, so könnte dies durchaus im Interesse einer aktiven Konjunkturpolitik liegen." Der CCC-Politik käme dann die Rolle einer ausgleichenden Funktion zu. Hanau ist der Meinung, dass die amerikanische Agrarpreispolitik im ganzen gesehen bisher eine günstige Auswirkung auf die Produktionsentwicklung hatte, da sie die Produktion anregte und gleichzeitig einen Krisenschutz bot.[1] Es wird ausserdem festgestellt (allerdings im Jahre 1952), dass per saldo keine übermässigen Vorräte wegen günstiger Verbrauchs- und Exportentwicklung aufgelaufen seien. Auch verdanke die Welt dem amerikanischen Stützungsprogramm eine stets verfügbare Notreserve und eine gewisse Abschirmung des Weltmarktes gegen Preisredouten. Hanau charakterisiert das amerikanische Paritätspreissystem als ein Mindestpreissystem, da selten die Marktpreise über dem Paritätspreisniveau gelegen hätten und stellt fest, dass "das System keine Berechnungen oder Regelungen vorsieht, die die Erreichung eines Paritätseinkommens sicherstellen, obwohl in den Gesetzen das Paritätseinkommen Erwähnung findet."[1] Nach einem Hinweis auf die Einkommensdisparität zwischen Landarbeitern und Industriearbeitern in den U.S.A. heisst es bei Hanau: "Ein steigendes Angebot

1) vergl. HANAU, 554, S. 164

von Agrarerzeugnissen erfüllt erst dann seinen Zweck, wenn es von den Verbrauchern verlangt und vom Markt zumindest zu solchen Preisen aufgenommen wird, dass der Erzeuger auf seine Kosten kommt ..."[1)]

Auf dieses Problem kommt auch v.Graevenitz[2)] zu sprechen: "... die anhand der Darstellung des landwirtschaftlichen Paritätssystems in den U.S.A. gewonnenen Erkenntnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen: ... landwirtschaftliche Paritätssysteme, insbesondere die Anwendung von Marktinterventionen, führen zum unrationellen Einsatz der landwirtschaftlichen Produktionsfaktoren, behindern die Steigerung der Produktivität in der Landwirtschaft und verteuern damit die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse". "Sie begünstigen die landwirtschaftlichen Grossbetriebe und bedeuten keine nennenswerte Unterstützung des wirklich hilfsbedürftigen Teils der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Nur bei Einsatz direkter Subventionszahlungen ausschliesslich mit dem Ziel der Produktivitätssteigerung lassen sich zum Teil die ungünstigen Wirkungen eines landwirtschaftlichen Paritätssystems verhindern".[3)] V.Graevenitz ist der Meinung, das Paritätseinkommenssysteme Paritätspreissystemen vorzuziehen sind, "da Paritätspreise die Schwankungen des landwirtschaftlichen Einkommens verstärken.[4)] ... bei Paritätseinkommenssystemen besteht jedoch die Schwierigkeit der Verteilung des Paritätseinkommens auf die einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe."[5)] Und es wird weiterhin festgestellt: "Marktinterventionen zur Stabilisierung des landwirtschaftlichen Einkommens haben begrenzte Anwendungsmöglichkeiten bei

---

1) vergl. HANAU, 554, S. 167

2) vergl. v.GRAEVENITZ, 551, S. 107

3) ebenda, S. 108

4) Es kann hier nur an die vergleichsweise grössere Stabilität der landwirtschaftlichen Einkommen mit Hilfe eines Paritätseinkommenssystems gedacht sein; denn das amerikanische Paritätspreissystem hat höchstwahrscheinlich stabilere Farmereinkommen bewirkt als sie entstanden wären, hätten freie Marktpreise gegolten.

5) vergl. v.GRAEVENITZ, 551, S. 107

landwirtschaftlichen Erzeugnissen mit elastischer Nachfrage und in Zeiten absteigender Konjunktur."[1] Nur andeutungsweise wird abschliessend von v.Graevenitz darauf hingewiesen, dass landwirtschaftliche Paritätssysteme auf die Konkurrenzfähigkeit der Landwirtschaft auf dem Exportmarkt nachteilig wirken, auch, dass inflationären Entwicklungen Vorschub geleistet werden kann.[2]

Aus neuerer Zeit liegt auf deutscher Seite eine recht scharfe Kritik an der amerikanischen Agrarpreispolitik vor. Gross[3] deutet auf die Möglichkeit des weiteren Auflaufens von Agrarüberschüssen für 1956 hin und bemerkt dazu: "Die amerikanische Agrarpolitik wurde fast zu einem klassischen Beispiel für das Versagen dirigistischer Eingriffe bei wachsender Wirtschaft. Sie haben das Überangebot vermehrt, weil ihre Nutzniesser darauf marktwirtschaftlich reagieren konnten. Unterdessen verschaffte sich das eigentliche Sozialproblem der Landwirtschaft auf andere Weise Luft, nämlich durch verstärkte Landflucht, was wiederum zu rationelleren Betriebsgrössen führte. ... Man gibt den Farmern das Danaergeschenk hoher Preise, die ihre Märkte zerstören. Andere Länder ... sind die partiellen Nutzniesser einer Wirtschaftspolitik, die mit der amerikanischen Grundkonzeption des Wachstums nicht mehr vereinbar ist."[3]

Auf die Tatsache, dass in den U.S.A. zu viele Farmer durch das bestehende Stützpreissystem "künstlich am Leben gehalten" werden, geht Gross ein, wenn er berichtet, dass von den 3,3 Mill. Farmen, die nur 12 % aller vermarkteten Agrarerzeugnisse herstellen, nur 1,5 Mill. Farmen echte Nostandsfarmen sind. Diesen könne die bisherige Agrarpreispolitik am wenigsten helfen." Denn sie besitzen gar nicht die Mittel und auch nicht die Fläche, um die hohen Preise mit entsprechendem Volumen zu nutzen. Sie

---

1) vergl. v.GRAEVENITZ, 551, S. 107

2) ebenda, S. 108

3) vergl. GROSS, 552

stellen ein Problem der Scheinbeschäftigung, der getarnten Arbeitslosigkeit dar..."[1)]

Hier könne auch nicht das Argument angeführt werden, dass eine Umsiedlung der überschüssigen Arbeitskräfte die Gefahr eines Ansteigens der Arbeitslosigkeit mit sich brächte: "Nach letzten Schätzungen glaubt man, dass mindestens eine halbe Million Menschen aus der Landwirtschaft produktive Tätigkeit in der Industrie finden könnten."[2)]

Zu der neuesten Entwicklung des amerikanischen Agrareinkommens wird bemerkt[3)], dass das Gesamteinkommen der Landwirtschaft zwischen 1951 und 1954 zwar um 20 % abgenommen habe, jedoch ging das Pro-Kopf-Einkommen der in der Landwirtschaft Beschäftigten von $ 970 im Jahre 1951 nur auf $ 907 im Jahre 1954 zurück, was einer Abnahme von 6,5 % entspräche. Es könne deshalb nicht von einer "Notlage der amerikanischen Landwirtschaft" gesprochen werden. Zu berücksichtigen sei bei der Beurteilung dieser Zahlen, dass sowohl die landwirtschaftliche Bevölkerung in diesem Zeitraum abgenommen habe, als auch ein Sinken bei der Anzahl der Farmen festgestellt werden könne. Im Jahre 1940 gab es in den U.S.A. 6,09 Mill. Farmen gegenüber 4,78 Mill. im Jahre 1954.[3)] Wenn man den Zeitraum 1950/51 als Vergleichsbasis für die Einkommenssituation der amerikanischen Landwirtschaft im Zeitraum 1955/56 heranziehe, so sei zu bedenken, dass in den Basiszeitraum die Koreakrise und damit eine Zeit der allgemeinen Prosperität fiele. Wenn die Preis- und Einkommensbaisse (Mitte November stand der Erzeugerpreisindex - 1910/14 = 100 - auf 225 und damit auf dem niedrigsten Stand seit 1946) jedoch anhielte, könnte sich eine andere (ungünstigere) Beurteilung der gegenwärtigen Einkommensverhältnisse der amerikanischen Landwirtschaft aufdrängen.[3)]

Deutlich erkannt wird in einigen Stellungnahmen zur gegenwärtigen amerikanischen Agrarpolitik das Dilemma der amerikanischen Regierung, das darin liegt, dass einerseits

---

1) vergl. GROSS, 552

2) vergl. VWD, 564

3) vergl. NEUE ZÜRICHER ZEITUNG, 560

versucht werden soll, die Preisstützung abzubauen und die amerikanischen Farmer zur Selbstverantwortung zurückzuerziehen und andererseits ein weiteres Absinken der Einkommen in der Landwirtschaft verhindert werden soll.[1] Dieser Problematik komme - besonders in den Farmerstaaten - im Präsidentschaftswahljahr besondere Bedeutung zu. Der augenblicklich amtierende republikanische Landwirtschaftminister E.T.Benson ist nach wie vor für einen Abbau des Paritätspreissystems in der bestehenden Form. Im Jahre 1955 und zu Beginn des Jahres 1956 hat sich der Agrarausschuss der Demokratischen Partei wiederholt einstimmig für eine 90 %-ige Preisstützung der Grunderzeugnisse ausgesprochen und zwar unter der Begründung, dass sich die flexiblen Stützpreise für Farmer und Verbraucher als schmerzlich erwiesen hätten.[2] Zudem befürworte die Demokratische Partei eine direkte Subventionierung der Erzeuger von Erzeugnissen, die nicht Grunderzeugnisse sind. Die Oppositionspartei habe überdies Kritik am State Department geübt, da dies Pläne des Landwirtschaftsministers Benson zur erweiterten Verwendung der Stützungsbestände - gemeint ist Export in neutrale oder der UdSSR befreundete Staaten - vereitelt haben soll.[3]

---

1) vergl. VWD, 564

2) vergl. VWD, 564

3) vergl. NEUE ZÜRICHER ZEITUNG, 560

Literaturverzeichnis

	Nr.
1. Lehrbücher, grundlegende Zusammenfassungen oder Darstellungen	1 - 38
2. Schriften und Aufsätze über Einzelprobleme	39 - 195
3. Journalistische Publikationen, Aufklärungsschriften, "allgemeinverständliche" Darstellungen etc.	196 - 386
4. Offizielle Publikationen amerikanischer Behörden, Dienststellen, Regierungsmitglieder, Senatoren, Mitglieder des Repräsentantenhauses etc.	387 - 549
5. Deutschsprachige Literatur	550 - 565

Erläuterungen der im Schrifttumsverzeichnis verwendeten Abkürzungen

AFBF	American Farm Bureau Federation, Washington, D.C.
AID	Land- und hauswirtschaftlicher Auswertungs- und Informationsdienst, Bad Godesberg
BW	Business Week, McGraw-Hill Co, Inc., New York, N.Y.
CBBR	Conference Board Business Record, National Industrial Conference Board, Inc., New York, N.Y.
CFC	Commercial and Financial Chronicle, William B. Dana Co., New York, N.Y.
Co-op	Co-op Grain Quarterly, Co-op Grain Publishing Co., St. Paul, Minnesota
FPF	Farm Policy Forum, Ames, Iowa
FRB	Federal Reserve Bank
JFE	Journal of Farm Economics, American Farm Economic Association (AFEA), Menasha, Wisconsin
USHR	United States House of Representatives, Washington, D.C.
USDA	United States Department of Agriculture
AMS	Agricultural Marketing Service
BAE	Bureau of Agricultural Economics
CCC	Commodity Credit Corporation
FAS	Foreign Agricultural Service
PMA	Production and Marketing Agency
USN	United States News and World Report, United States News Publishing Co., Washington, D.C.

1. Lehrbücher, grundlegende Zusammenfassungen oder Darstellungen

1.	Allin, B.W.:	The Objectives and Methods of Agricultural Economics, JFE, Vol. 30, August 1948, S. 545
2.	Association of Land Grant Colleges and Universities:	Postwar Agricultural Policy, Report of the Committee on Postwar Agricultural Policy, Oktober 1944, S. 1
3.	Bacon, C.B., Schloemer, F.C.:	World Trade in Agricultural Products, Rome,1940
4.	Barger, Harold, Landsberg, H.H.:	American Agriculture, 1899-1939, National Bureau of Economic Research, New York, 1942
5.	Benedict, Murray B.:	Farm Policies of the United States, 20th Century Fund, New York, 1953
6.	Bennett, M.K.:	A Price Policy for Agriculture, JFE, Vol. 27, November 1945, S.790
7.	Bennett, M.K.:	International Commodity Stockpiling as an Economic Stabilizer, Stanford, Cal., 1949
8.	Black, J.D.:	Agricultural Reform in the U.S., New York, 1929
9.	Black, J.D.:	Parity, Parity, Parity, Cambridge, Harvard Committee on Research in the Social Sciences, 1942
10.	Black, J.D., Kiefer, M.E.:	Future Food and Agricultural Policy, New York, 1948
11.	Butz, J.L.:	Agricultural Statistics, New York, 1944
12.	Clark, Collin:	The Economics of 1960, New York, The McMillan Book Co., 1943
13.	Cochrane, W.W.:	A Theoretical Scaffolding for Considering Governmental Pricing Policies in Agriculture, JFE, Vol. 35, Februar 1953, S. 1
14.	Committee on Parity Concepts, Report:	Outline of a Price Policy for American Agriculture for the Postwar Period, JFE, Vol. 28, Februar 1946, S. 380
15.	Dummeier, E.F., Heflebower, R.B., Norman, T.:	Economics with Applications for Agriculture, New York, 1950

16. Farm Foundation: Turning the Searchlight on Farm Policy, 1952

17. Frischknecht, R.L.: Farm Price and Income Support Programs, 1933-1950, Salt Lake City, Institute of Government, University of Utah, 12.2.1953

18. Galbraith, J.K.: Economic Preconceptions and the Farm Policy, American Economic Review, Vo. 44, März 1954, S. 40

19. Johnson, D.G.: Forward Prices of Agriculture, University of Chicago Press, Chicago, 1947

20. Johnson, D.G.: Trade and Agriculture, New York, 1950

21. Johnson, D.G.: The Role of Support Prices in a Full-employment Economy, Canadian Journal of Economics and Political Science, Toronto, Vol. 17, August 1951, S. 352

22. Kile, O.V.: The Farm Bureau Through Three Decades, Waverly Press, Baltimore, Md., 1948

23. McConnel, Grant: The Decline of Agrarian Democracy, University of California Press, Los Angeles, 1953

24. Orson, B.W.: Agricultural Evolution, New York, 1947

25. Richards, H.M.M.: The Origins of the Agricultural Price Support Program, Temple University Economics and Business Bulletin, März 1952, S. 3

26. Schickele, R.: Agricultural Policy, New York, 1954

27. Schoff, L.H.: A National Agricultural Policy for all the People in the U.S., New York, 1950

28. Schultz, T.W.: Redirecting Farm Policy, New York, 1943

29. Schultz, T.W.: Agriculture in an Unstable Economy, New York, 1945

30. Schultz, T.W.: Production and Welfare of Agriculture, New York, 1949

31. Schultz, T.W.: The Economic Organization of Agriculture, New York, 1953

32. Shepherd, G.: Agricultural Price Control, Ames, Iowa, 1945

33. Shepherd, G.: Agricultural Price and Income Policy, Ames, Iowa, 1952

34. Trigger, E.K.: Income Problems, New York, 1952

35. Waite, W.C., Trelogan, H.C.: Agricultural Market Prices, New York, 1951

36. Wallace, C.: America must choose, New York, 1934

37. Warren, G.F., Pearson, F.A.: Prices, New York, 1933

38. Wilcox, W.W., Cochrane, W.W.: Economics of American Agriculture, New York, 1951

2. Schriften und Aufsätze über Einzelprobleme

39. Ackley, Gardner: The Future of Price Controls, Iowa Law Review, Vol. 28, Winter 1953, S. 241

40. Alcorn, G.B.: Foreign Trade in the Middle of the Twentieth Century, Increasing Understanding of Public Problems and Policies, Farm Foundation, Chicago, 1952, S. 25

41. Anderson, D.S.: The History of the Price Support in the Dairy Industry, Southern Dairy Products Journal, Vol. 48, Juli 1950, Seiten 82 und 85 - 87

42. Ashby, A.W.: Agriculture and Free Market Systems, Farm Economist, Agricultural Economics Research Institute, Oxford, Engl., Vol. 6, Dezember 1951, S. 337

43. Banfield, E.C.: Organization for Policy Planning in the USDA, JFE, Vol. 34, Februar 1952, S. 1434

44. Barton, G.T., Cooper, M.R.: Relation of Agricultural Production to Inputs, Review of Economics and Statistics, Vol. 30, Mai 1948, S. 117

45. Bean, L.H., Bollinger, P.H.: The Base Period for Parity Prices, JFE, Vol. 21, Februar 1939, S. 253

46. Bean. L.H.: Statement, in Hearings, U.S.Congress, January 1954, Report of the President, S. 538

47. Black, J.D., Corson, C.T.: Sugar, Produce or Import, Berkeley, Los Angeles, 1947

48. Black, J.D.: Coming Readjustments in Agriculture Domestic Phases, JFE, Vol. 31, Februar 1949, S. 1

49. Brandt, Karl: A Price Policy for Agriculture, JFE, Vol. 27, November 1945, S. 810

50. Brandt, Karl: American Agricultural Policy During Rearmament, JFE, Vol. 34, Mai 1952, S. 184

51. Brandt, Karl: Long Range Prospects for American Agriculture, International Trade, JFE, Vol. 35, Dezember 1953, S. 766

52. Brekke, Arnold: Development of Agricultural Policy, JFE, Vol. 32, November 1950, S.839

53. Brownlee, O.H., Gainer, Walter: Farmers Price Anticipations and the Role of Uncertainty in Farm Planning, JFE, Vol. 31, Mai 1949, S. 266

54. Brozen, Yale: Maintaining Farm Prosperity, University of Illinois Economic Comment, Mai 1953, S. 56

55. Butz, E.L.: The Politics of Agricultural Subsidies, Proceedings of the Academy of Political Science, Vol. 25, Mai 1952, S. 54

56. Butz, E.L.: There is no Place for Price Controls, FPF, Vol. 5, Mai 1952, S.30

57. Cale, E.G., Zaglits, Oscar: Intergovernmental Agreements Approach to the Problem of Agricultural Surpluses, Iowa Law Review, Iowa City, Iowa, Vol. 34, Januar 1949, S. 230

58. Capehart, Homer E.: Current Developments in Price Control Legislation. Iowa Law Review, Iowa City, Iowa, Vol. 38, Winter 1953, S. 222

59. Case, H.C.M.: The Agricultural Act of 1948, JFE, Vol. 31, Februar 1949, S. 227

60. Cochran, C.L.: Price Supports and the Distribution of Agricultural Income, Southern Economic Journal, Chapel Hill, North Carolina, Vol. 17, Januar 1951, S. 330

61. Cochrane, W.W.: An Analysis of Farm Price Behaviour, Pennsylvania State College Experiment Station, Report No. 50, Mai 1951

62. Cowden, T.K., Wilcox, W.W.: Current Trends in Agricultural Policy, JFE, Vol. 31, November 1949, S. 800

63. Cowden, T.K.: Full Parity for Farmers?, FPF, Vol. 5, Mai 1952, S. 13

64. Dams, T. u.a.: Die Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse in den U.S.A., AID, 1953

65. Davis, J.S.: American Agriculture: Schultz' Analysis and Policy Proposals, Review of Economic Statistics, Vol. 29, Mai 1947, S. 80

66. Dowling, W.F.: Farm Price Supports, Editorial Research Reports, Wash. D.C., 27. 10.1953, S. 749

67. Drummond, W.M.: Objectives and Methods of Government Pricing of Farm Products, JFE, Vol. 30, November 1948, S.665

68. Economist: Puzzle of Plenty, London S.W.1, Vol. 157, 10.9.1949, S. 556

69. Economist: Sharing the Surpluses, London S.W.1, Vol. 157, 26.11.1949, S. 1181

70. Erdman, H.E.: Government Control of Agricultural Prices, Twentieth Century Economic Thaught, New York, Philosophical Library, 1949, S. 123

71. Erdman, H.E.: Progress Calls for Readjustment, JFE, Vol. 36, Februar 1954, S. 22

72. Ezekiel, Mordecai: Public Price Policies and Trends in International Trade, JFE, Vol. 34, Dezember 1952, S. 649

73. Fleming, Roger: Statement, in Hearings, U.S.Congress, January 1954, Report of the President, S. 750

74. FitzGerald, D.A.: Coming Readjustments in Agriculture - the International Phase, JFE, Vol. 31, Februar 1949, S. 19

75. Fox, K.A.: The Measurement of Price Support Costs, JFE, Vol. 33, November 1951, S. 470

76. Fox, K.A.: Statistical Demand Analysis and Public Policy, Canadian Journal of Agricultural Economics, Ottawa, Vol. 1, No. 1., 1953, S. 19

77. Galbraith, J.K.: Buchbesprechung zu: T.W.Schultz, Production and Welfare of Agriculture, in American Economic Review, Vol. 40, Juni 1950, S. 460

78. Galbraith, J.K.: A Theory of Price Control, The Harvard University Press, Cambridge 1952

79. Galbraith, J.K.: Need Farmers Fear a Depression, FPF, Vol. 6, März 1953, S. 7

80. Galbraith, J.K.: Statement, in Hearings, U.S.Congress, January 1954, Report of the President, S. 531 und 534

81. Garlock, F.L. u.a.: The Balance Sheet of Agriculture in 1953, Federal Reserve Bulletin, Vol. 39, August 1953, S. 822

82. Garman, C.G.: Government Price Support Programs, Cornell University, Ithaka, N.Y., State College of Agriculture, Department of Agricultural Economics, 1950

83. Gray, Roger W.: Price Support Semantics, JFE, Vol. 35, November 1953, S. 611

84. Grove, W.E., Koffsky, N.M.: Measuring the Income of Farm People, JFE, Vol. 31, November 1949, S. 1102

85. Gumperz, J.: Die Agrarkrise in den Vereinigten Staaten, Frankfurter Gesellschaft für Konjunkturforschung, Neue Folge, Heft 2, Leipzig, 1931

86. Halcrow, H.G., Huffmann, R.E.: Great Plains Agriculture and Brannan's Farm Program, JFE, Vol. 31, August 1949, S. 497

87. Halcrow, H.G.: Recourse Use and Farm Price and Income Programs, Increasing Understanding of Public Problems and Policies, The Farm Foundation, 1952, S. 99

88. Hathaway, D.E., Witt, L.W.: Agricultural Policy: Whose Valuations?, JFE, Vol. 34, August 1953, S. 299

89. Hathaway, D.E.: Agricultural Policy and Farmers Freedom; A Suggested Framework, JFE, Vol. 35, November 1953, S. 496

90. Hathaway, D.E.: Farmers' Understanding and Agricultural Price Policy, Vol. 4, 1953, S. 46

91. Hendrix, W.E.: The Brannan Plan and the Farm Adjustment Opportunities in the Cotton South, JFE, Vol. 31, August 1949, S. 487

92. Hickman, C.A.: Our Farm Program and Foreign Trade, Council on Foreign Relations Washington, D.C., 1949

93. Hoos, Sidney S.: Relations between Agricultural Price Policy and Marketing Research JFE, Vol. 33, August 1951, S. 357

94. Hoover, C.B.: Fundamental Issues that must be Faced in Agricultural Price Programs, JFE, Vol, 36, Dezember 1954, S. 760

95. Horne, M.K.jr.: Cotton Price Policy in Relation to the Domestic Market, JFE, Vol. 32, November 1950, S. 738

96. Howell, L.D.: Benefits Versus Costs of Price Supports, Quarterly Journal of Economics, Harvard University Press, Cambridge, Mass., Vol. 67, Februar 1954, S. 115

97. International Journal of Agrarian Affairs: International Wheat Agreements, London, Vol. 1, No. 3, September 1949

98. Jackendoff, Nathaniel: Agricultural Price Control and Inflation, Economics and Business Bulletin, Temple University, Philadelphia, Juni 1951, S. 3

99. Jesness, O.B.: Agricultural Policy, JFE, Vol. 31, Februar 1949, S. 213

100. Jesness, O.B.: Farm Price and Income Supports, National Economic Problems, No. 437, American Enterprise Association, Inc., New York, 1950

101. Jesness, O.B.: What Sort of Farm Price Policy is Practical in the U.S.A.?, Vol. 34, Dezember 1952, S. 616

102. Johnson, D.G.: A Price Policy for Agriculture, JFE, Vol. 27, November 1945, S. 761

103. Johnson, D.G.: Allocation of Agricultural Income, JFE, Vol. 30, November 1948, S. 724

104. Johnson, D.G.: High Level Support Price and Corn Belt Agriculture, JFE, Vol. 31, August 1949, S. 509

105. Johnson, D.G., Brownlee, O.H.: Reducing Price Variability Confronting Primary Producers, JFE, Vol. 32, Mai 1950, S. 176

106. Johnson, D.G.: The Nature of the Supply Function for Agricultural Products, American Economic Review, Vol. 40, September 1950, S. 539

107. Johnson, D.G.: Coming Developments in Agricultural Policy, JFE, Vol. 32, November 1950, S. 827

108. Johnson, D.G.: U.S.Foreign Assistance and the Demand for American Farm Products, JFE, Vol. 34, Dezember 1952, S. 662

109. Johnson, D.G.: Competition in Agriculture: Fact or Fiction, American Economic Review, Papers and Proceedings, Vol. 44, Mai 1954, S. 107

110. Johnson, D.G.: Agricultural Price Policy and International Trade, Essays in International Finance, Princeton University, No. 19, Juni 1954

111. Johnson, P.C.: Abolish Farm Price Support Program, CFC, Vol. 171, 8.6.1950, S. 2357

112. Johnson, S.E.: A Midcentury Look at Agriculture in the U.S., JFE, Vol. 33, November 1951, S. 649

113. Jones, R.W.: Production Costs as Criteria of Recource Allocation and Policy, JFE, Vol. 30, August 1948, S. 443

114. Jones, W.O.: Current Price-Support Proposals in the U.S., Journal of Politics, Southern Political Science Association, Gainesville, Florida, Vol. 13, Mai 1951, S. 253

115. Katkoff, V.: The Price System in Socialized Agriculture, Journal of Marketing, New York, Vol. 16, Juli 1951, S. 43

116. Kendrick, J.F., Jones, C.E.: Farm Capital Outlays and Stock, Survey of Current Business, Superintendent of Documents, Washington, D.C., August 1953, S. 16

117. Klarman, H.H.: A Statistical Study of Income Differences Among Communities, Studies in Income and Wealth, National Bureau of Economic Research, New York, Vol. 3, 1949

118. Kohls, R.L.: The Short Time Response of Agricultural Production to Price and Other Factors, Purdue University Station Bulletin, No. 555, Oktober 1950

119. Langsford, E.L.: Overall Adjustments in Southern Agriculture, JFE, Vol. 32, November 1950, S. 773

120. Mauch, A.: The Farmer's Stake in Foreign Trade Increasing Understanding of Public Problems and Policies, The Farm Foundation, Chicago, 1952, S. 9

121. Mehren, G.L.: Some Economic Aspects of Agricultural Control, JFE, Vol. 30, Februar 1948, S. 29

122. Mehren, G.L.: Comparative Costs of Agricultural Price Support in 1949, American Economic Review, Vol. 41, Mai 1951, S. 717

123. Mehren, G.L.: Direct Price Control in Food and Agriculture, JFE, Vol. 34, Dezember 1952, S. 698

124. Mills, F.C.: Commodity Prices and Commodity Price Structure, Proc APSc, Vol. 23, Mai 1948, S. 3

125. Mitchell, C.C.: Statement, in Hearings, U.S.Congress, January 1954, Report of the President, S. 551

126. Montgomery, G.: Wheat Price Policy in the United Stated, Increasing Understanding of Public Problems and Policies, The Farm Foundation, Chicago, 1953, S. 25

127. Myers, William I.: Effects of the Foreign Aid Program on American Agriculture, Proc APSc, Vol. 23, Januar 1949, S. 169

128. New Moline Plow Company, Inc.: Equality for Agriculture, Pamphlet, Moline, Ill., 1922

129. New York Milkshed Price Committee: Report of the New York Milkshed Price Committee, Market Administrators, New York Milk Marketing Area, New York, Februar 1949

130. Nicholls, W.H.: A Price Policy for Agriculture, JFE, Vol. 27, November 1945, S. 750

131. Nicholls, W.H., Johnson, D.G.: Farm Price Policy Awards, 1946, JFE, Vol. 28, Februar 1946, S. 267

132. Nicholls, W.H.: The Brannan Plan: Analysis and Alternative, Department if Agricultural Economics, Vanderbilt University, Nashvill, Tenn., 1949

133. Nicholls, W.H.: America's Biggest Farm Surplus: Too Many Farmers, Vanderbilt University, Tennessee Workshop on Economic Education, 28.6.1951

134. Nicholls, W.H.: Toward Better Agricultural Price Policies, Vanderbilt University, Tennessee Workshop on Economic Education, 28.6.1951

135. Nicholls, W.H.: Problems and Choices in U.S. Agriculture, Vanderbilt University, Tennessee Workshop on Economic Education, 1952

136. Nicholls, W.H.: Agricultural Parity and Economic Progress, Vanderbilt University, o.J.

137. Norton, L.J., Working, E.J.: A Proposal for Supporting Farm Income, Illinois Farm Economics, No. 127, 1945

138. Norton, L.J.: P is for Parity, Tax Review, Tax Foundation. Inc., New York, Vol. 9, März 1948, S. 9

139. Norton, L.J.: Economic Outlook for Agriculture, CFC, Vol. 168, 2.12.1948, S. 2278

140. Norton, L.J.: A Long-Term Agricultural Policy for the U.S., Proc APSc, Vol. 23, Januar 1949, S. 99

141. Norton, L.J.: Farm Price and Income Problem - A Critical Evaluation, Increasing Understanding of Public Problems and Policies, The Farm Foundation, Chicago, 1952, S. 103

142. Norton, L.J. Statement, in Hearings, U.S.Congress, January 1954, Report of the President, S. 544

143. Nourse, E.G.: Agriculture in a Stabilized Economy, JFE, Vol. 31, Februar 1949, S. 201

144. Oser, Jacob: Nutrition and Agricultural Price Policy, University of Illinois Current Economic Comment, Urbana, Ill., August 1950, S. 26

145. Oser, Jacob: Agricultural Policy and the Business Cycle, Sociology and Social Research, Los Angeles, Vol. 18, März 1951, S. 32

146. Peck, R.W.: Agricultural Price Policy, JFE, Vol. 34, Dezember 1952, S. 605

147. Pendleton, W.C.: American Sugar Policy - 1948 Version, JFE, Vol. 30, Mai 1948, S.226

148. Peterson, A.G.: The Parity Price Index of the Department of Agriculture, American Statistician, American Stitistical Association, Vol. 4, Februar 1950

149. Peterson, W.H. The Farm Problem, CFC, Vol. 178, 12.11.1953, S. 1829

150. Pierson, J.H.G.: Unterwriting of Aggregate Consumer Spending as a Pillar of Full Employment Policy. American Economic Review, Vol. 34, No. 1, Part I, März 1944, S. 21

151. Ratchford, C.B.: Farm Price and Income Supports - The Levels and Methods, Increasing Understandign of Public Problems and Policies, The Farm Foundation, Chicago, 1952, S. 71

152. Ratchford, C.B., James, H.B., Freund, E.E.: A Price Support Program for Farm Commodities, Increasing Understanding of Public Problems and Policies, The Farm Foundation, Chicago, 1953, S. 71

153. Reid, M.G.: Effect of Income Concept upon Expenditure Curves of Farm Families, U.S., Studies in Income and Wealth, National Bureau fo Economic Research, Inc., New York, 1952, S. 131

154. Robinson, K.L.: Alternative Trade Policies, Increasing Understanding of Public Problems and Policies, The Farm Foundation, Chicago, 1952, S. 36

155. Robinson, K.L.: Farm Price Programs, New York State College of Agriculture, Department of Agricultural Economics, Cornell University, Ithaka, No. A.E. 825, Juni 1952

156. Rogge, K.: Das Internationale Zuckerabkommen von 1953, Sonderdruck aus: "Zuckerjahrbuch", Ausgabe 1954 - Hamburg 1954

157. Rowe, Harold B.: Issues in American Foreign Food Policy, JFE, Vol. 31, Februar 1949, S. 281

158. Schickele, R.: Farmers' Adaptions to Income Uncertainty, JFE, Vol. 32, August 1950, S. 356

159. Schickele, R.: How to Tame Free Markets, Co-op, Spring 1953, S. 34

160. Schultz, T.W.: Economic Effects of Agricultural Programs, American Economic Review, Vol. 30, Februar 1941, S. 149

161. Schultz, T.W.: Two Conditions Necessary for Economic Progress in Agriculture, Canadian Journal of Economics and Political Science, Toronto, Vol. 10, August 1944, S. 298

162. Schultz, T.W.: Supporting Agricultural Prices by Concealed Dumping, Journal of Political Economy, Chicago, Vol. 56, April 1948, S. 157

163. Schultz, T.W.: The Brannan Plan Versus the AA of 1949, University of Missouri, Columbia, Missouri, College of Agriculture, Agricultural Extension Service, 1949

164. Schultz, T.W.: Agricultural Price Policy, Proc APSc, Vol. 23, Januar 1949, S. 108

165. Schultz, T.W.: The Theory and Measurement of Price Expectations, American Economic Review, Vol. 39, Mai 1949, S. 134

166. Schultz, T.W.: Reflections on Poverty within Agriculture, Journal of Political Economy, Chicago, Vol. 53, Februar 1950, S. 1

167. Schultz, T.W.: Notes on Farm Price Stability, FPF, Vol. 6, Juni 1953, S. 11

168. Sharp, John: Elasticity of Demand for Selected Agricultural Products, Ph.D.Thesis, Ohio State University, 1949

169. Shepherd, G.: Stabilization Operations of the Commodity Credit Corporation, JFE, Vol. 24, August 1942, S. 589

170. Shepherd, G.: Price Provisons of the Agricultural Act of 1949, JFE, Vol. 32, Mai 1950, S. 271

171. Shepherd, G.: What should go into the Parity Price Formula, JFE, Vol. 35, Mai 1953, S. 159

172. Shepherd, G.: Stabilizing Agriculture by Storage, FPF, Vol. 6, Juni 1953, S. 14

173. Shepherd, G.: The Feasibility of Price Supports for Perishable Farm Products, JFE, Vol. 35, Dezember 1953, S. 805

174. Shideler, J.H.: The Development of the Parity Price Formula for Agriculture, 1919-1923, Agricultural History, Vol. 13, Juli 1953, S. 77

175. Shields, R.H., Shulman, E.M.: Federal Price Support for Agricultural Commodities, Iowa Law Review, Vol. 34, Januar 1949, S. 188

176. Snyder, R.J.: Agricultural Politics During Depression, AFBF, Chicago 1949

177. Soth, Lauren: Farm Policy and Foreign Policy, FPF, Vol. 6, Juni 1953, S. 31

178. Stine, O.C.: The Impact of CCC Operations on Farm Market Prices and Market Channels, JFE, Vol. 32, November 1950, S. 931

179. Surface, F.M.: American Pork Production in the World War, Chicago, 1926

180. Surface, F.M.: The Grain Trade During the World War, Chicago, 1928

181. Taylor, H.C.: The Story of Agricultural Economics in the U.S. 1840-1932, Ames, Iowa, 1952

182. Uhlmann, R.F.: Socialization and Free Markets, CFC, Vol. 169, 5.5.1949, S. 1953

183. Vanvig, A., Nodland, T.: The Effect of a Reduction in Farm Prices in Farm Earnings, JFE, Vol. 31, August 1949, S. 544

184. Waugh, F.V.: What Sort of Price Policy is Practical in the U.S.A.?, JFE, Vol. 32, Dezember 1952, S. 605

185. Wells, O.V., Tapp, J.W., Hill, F.F.: Significance of the 'General Price Level' and Related Influences to American Agriculture, JFE, Vol. 31, Part 2, November 1949, S. 779

186. Wells, O.V.: Statement, in Hearings, U.S.Congress, January 1954, Report of the President, S. 568

187. Wewers, E.: Milchwirtschaft in U.S.A. unter besonderer Berücksichtigung des Trinkmilchmarktes, Frankfurt/Main, 1953

188. Wilcox, W.W.: The Efficiency and Stability of American Agriculture, JFE, Vol. 30, August 1948, S. 411

189. Wilcox, W.W.: High Farm Income and Efficient Resource Use, JFE, Vol. 31, August 1949, S. 555

190. Wilcox, W.W.: Effects of Farm Price Changes on Efficiency in Farming, JFE, Vol. 33, Februar 1951, S. 55

191. Wilcox, W.W.: Our Farm Price Supports, Journal of the American Association of University Women, Washington, D.C., Vol. 46, 22.5.1953, S. 20

192. Witt, Lawrence: Our Agricultural and Trade Policies, JFE, Vol. 32, Mai 1950, S. 159

193. Witt, L.W.: Statement, in Hearings, U.S.Congress, January 1954, Report of the President, S. 565

194. Working, E.J.: Report of ad hoc Committee on Agricultural Price Supports, American Economic Review, Vol. 36, Mai 1946, S. 817

195. Working, H.: The Theory of Price of Storage, American Economic Review, Vol. 39, Dezember 1949, S. 1254

3. Journalistische Publikationen, Aufklärungsschriften, "allgemeinverständliche" Darstellungen etc.

196. Aiken, G.D.: Dangers in Farm Price Support Program, CFC, Vol. 169, 24.3.1949, S. 1296

197. American Assembly: The Seventh American Assembly Technical Director: W.H.Nicholls, Konferenzbeschlüsse, Arden House, New York, Mai 1955

198. American Farm Bureau Federation (AFBF): Illustration of Parity Prices and Price Support. Levels for Various Commodities, Washington, D.C., 1949

199. AFBF: Price Supports protect Farmers from Depression, Official Newsletter, Chicago, 25.8.1952

200. AFBF: The Meaning of the Word Flexible in Relationship to Price Supports, Chicago, 1953

201. AFBF: 1954 Policies of the AFBF, Chicago, 17.12.1953

202. AFBF: Farm Prices, Prices Paid by Farmers Prices Received by Farmers, Chicago, 1953

203. AFBF: A Measuring Stick for Farm Programs, Discussion Leader, Chicago Headquarter, 1954

204. AFBF: Supplemental Background Material on Agricultural Price Support Programs, Chicago, 22.1.1954

205. AFBF: Background Material on Parity Prices, Price Support, and Production Adjustment Programs, Chicago, 1954

206. Anderson, C.P.: National Farm Policy, American Cooperation, American Institute of Cooperation, 1949, S. 55

207. Anderson, C.P. u.a.: Should the Federal Government Support Farm Prices?, Radio Discussion, Northwestern University Reviewing Stand, Northwestern University, Evanston, Illinois, 9.10. 1949, S. 1

208.	Arkansas Agricultural Extension Economist:	"Sticky" Prices of Cost Items Become Hidden Control on Present Economy, Vol. 9, No. 9, September 1950
209.	Arkansas Agricultural Extension Economist:	An Explanation of Parity, Vol. 10, No. 3, März 1951
210.	Arkansas Agricultural Extension Economist:	How should Agricultural Policy be determined?, Vol. 10, No. 5, Mai 1951
211.	Atkinson, L.J.:	Agricultural Marketing and Income, Survey of Current Business, Washington, D.C., Oktober 1953, S. 11
212.	Bankers, Monthly:	The Issues in Washington, September 1953, S. 10
213.	Bean, L.H.:	A Parity Yardstick for Co-op Growth: Parity Prices and Membership in Cooperatives, Co-op Grain Quarterly, (Co-op), Spring 1950, S. 21
214.	Bean, L.H.:	Who says Farmers earn too much?, Co-op, Summer 1952, S. 7
215.	Benson, E.T.:	Changing the Farm Policy, Interview, U.S. News und World Report (USN), U.S. News Publishing Company, Washington, D.C., 6.3.1953, S. 24
216.	Bressler, R.G.:	Agricultural Policy, Past and Present, California Farm Bureau Monthly, Februar 1953, S. 14
217.	Bromfield, Louis:	Brannan versus Agriculture, Freeman Magazine, New York, Vol. 1, 16.10.1950, S. 51
218.	Buck, E.B., Hope, C.R.:	Reduce Farm Subsidies Now, Yes: by E.B.Buck, No: by C.R.Hope, Modern Industry, New York, November 1948, S. 102
219.	Bullis, H.A.:	Controls beget Controls, Tax Outlook, New York, Oktober 1953, S. 6
220.	Business Week (BW):	Farmers Figure they'll do o.k., BW, 21.2.1948, S. 19
221.	BW:	Parity faces another Fight, BW, 24.7.1948, S. 28
222.	BW:	The Coming Showdown on Farm Prices, BW, 19.2.1949, S. 25
223.	BW:	Sales Help for Brannan Plan, BW, 3.9.1949, S. 20

224. BW: New Plan for Food Surpluses, BW, 1.10.1949, S. 101

225. BW: Farm Price Supports, 1949 and 1950, BW, 19.11.1949, S. 46

226. BW: 1950's Never-Normal Granary, BW, 4.3.1950, S. 31

227. BW: How Farm Laws Tie in with Politics, BW, 20.6.1953, S. 18

228. BW: Fewer Farmers instead of higher Prices, BW, 14.5.1955, S. 28

229. Butz, E.L.: Farm Price Support: Step toward Nationalization, CFC, Vol. 170, 25.8.1949, S. 753

230. Butz, E.L.: Agriculture and Big Government, Texas Bankers Record, Austin, Texas, Oktober 1953, S. 33

231. California Farm Bureau Federation: The Brannan Farm Program, Berkeley, 1950

232. California Farm Bureau Federation: Digest of Present Major U.S. Farm Price Support Laws, Berkeley, 1953

233. California Farm Bureau Monthly: High vs. Flexible Support Prices, Juni 1953, S. 3

234. California Farm Bureau Monthly: Major U.S. Farm Price Support Laws, September 1953, S. 9

235. Case, H.C.M.: The New Farm Program, Illinois Farm Economics, University of Illinois, Urbana, Ill., No. 158, Juli 1948, S. 685

236. Chamber of Commerce, N.Y.State: The Farmer and his Government, Vol. 41, Oktober 1949

237. Chartener, W.H.: Brannan Plan, Editorial Research Report, Washington, D.C., 7.12.1949, S. 835

238. Checchi, Vincent: Supporting Farm Prices, Topic of the Month, Economic Service Agency, Washington, D.C., Januar 1949, S. 1

239. Chicago Daily Tribune: An Old Farm Program Revived, 17.10.1953

240. Cipperly, John: Senate Unit Shelves Brannan Plan, Northwestern Miller, Minneapolis, Minn., 9.8.1949, S. 10

241. Cipperly, John: High Price-Support Advocates Win, Northwestern Miller, Minneapolis, Minn., 25.10.1949, S. 12

242. Cipperly, John: USDA Announces Wheat Export Plan, Northwestern Miller, Minneapolis, Minn., 8.12.1953, S. 9

243. Clark, Colin, Mitchell, C.C., Schultz, T.W.: The Politics of Food and Farm Prices, Chicago University Round Table, Chicago, Ill., 1952

244. CBBR: Farm Prices and Parity, Vol. 8, März 1951, S. 167

245. CBBR: Farm Prices, U.S.-Parity and Support Prices, 1948 - 1953, Vol. 10, November 1953, S. 425

246. CBBR: Current Role of Farm Exports, Vol. 10, Dezember 1953, S. 454

247. Co-op: More for Less - The Food Money can Buy, Juni 1949, S. 30

248. Co-op: The Basic Farm Issue, Juni 1949, S. 7

249. Co-op: 1950 Outlook for the American Farmer, Spring 1950, S. 9

250. Co-op: Farm Profits Level Off, Winter 1951, S. 4

251. Co-op: A World Price For Wheat, Summer 1952, S. 35

252. Co-op: Farm Price Formulas, Summer 1952, S. 31

253. Co-op: 13 Men in Search of a Farm Policy, Spring 1953, S. 18

254. Davis, C.C.: What we have learned, if anything since 1935?, Land, Friends of Land, Columbus, Ohio, Vol. 9, Summer 1950 S. 209

255. Davis, J.S.: What Kind of Agriculture Does America Want?, Adress, Conference of Agricultural Economists, Minneapolis, Federal Reserve Bank of Minneapolis, Minn., 26.10.1945

256. Democratic Digest: GOP Makes Eyes at Brannan Plan, November 1953, S. 17

257. Des Moines Register: Condensed From Editorial: Campaign for Higher Price Supports, FPF, Vol. 5, S. 11

258. Doll, R.J.: Agricultural Policy is Important National Issue, Arkansas State College, Agricultural Extension Economist, Vol. 19, Januar/Februar 1950

259. Dougan, R.S.: Price Stability and Farmers, Let's Discuss, Ohio Agricultural College Extension Service, Columbus, Ohio, Oktober 1953

260. Elkinton, C.M.: An Appraisal of Agricultural Support Prices, Proceedings of the Western Farm Economics Association, Berkeley, Cal., 1950, S. 63

261. Engelbert, E.A.: Agriculture and the Political Process, Increasing Understanding of Public Problems and Policies, 1953, Farm Foundation, Chicago, S. 140

262. Estabrook, R.H.: The Brannan Plan, Antioch Review, Yellow Springs, O., Vol. 10, März 1950, S. 73

263. FRB Atlanta: Farm Price Stability in 1952, Monthly Review, 29.2.1952, S. 13

264. FRB Chicago: New Farm Program Proposed, Business Conditions, Mai 1949, S. 1

265. FRB Chicago: The Agricultural Act of 1949, Business Conditions, Dezember 1949, S. I, Inside Front Cover

266. FRB Chicago: The Marketing Margin for Food, Business Conditions, Dezember 1950, S. 7

267. FRB Cleveland: Agricultural Supports Prices, Monthly Business Report, 1.5.1948, S. 4

268. FRB Kansas City: New Agricultural Price Supports, Monthly Report, 30.9.1948, S. 1

269. FRB Kansas City: Agricultural Prices, Monthly Report, 31.1.1950, S. 1

270. FRB Kansas City: The Demand for Food, Monthly Review, 30.6.1953, S. 1

271. FRB Kansas City: Exports, Surpluses and Diverted Acres, Monthly Review, 31.1.1954, S. 9

272. FRB Minneapolis: Agricultural Act of 1948 boon to Farmers, Monthly Report, Vol. 9, Juli 1948, S. 587

273. FRB Minneapolis: Farm Act of 1949 Modernized Parity Prices, Monthly Report, Vol. 10, Mai 1950, S. 51

274. FRB Minneapolis: Farmers in Economic Battle for Favorable Net Income, Monthly Report, Vol. 11, Oktober 1953, S. 80

275. FRB San Francisco: New Agricultural Price Support Legislation, Monthly Review, Juli 1948, S. 58

276. FRB San Francisco: The Agricultural Situation, Monthly Review, September 1948, S. 74

277. FRB San Francisco: Control of Agricultural Surpluses, Monthly Review, Januar 1949, S. 2

278. FRB San Francisco: Agriculture in 1948, Monthly Review, Februar 1949, S. 25

279. FRB San Francisco: The Agricultural Situation, Monthly Review, August 1949, S. 91

280. FRB San Francisco: The Livestock Situation, Monthly Review, Dezember 1949, S. 134

281. FRB San Francisco: Agriculture in 1949, Monthly Review, Februar 1950, S. 21

282. FRB San Francisco: Harvest Prospects, Monthly Review, August 1950, S. 99

283. FRB San Francisco: Agriculture in 1950, Monthly Review Februar 1951, S. 21

284. FRB San Francisco: The 1951 Farm Income Picture, Monthly Review, Oktober 1951, S. 81

285. FRB San Francisco: How will the Farmers Fare in 1953?, Monthly Review, November 1952, S.99

286. FRB San Francisco: Surplus Control and Agricultural Price Policy, Monthly Report, Juni 1953, S. 75

287. FRB San Francisco: The Agricultural Situation and Harvest Prospects, Monthly Report, August 1953, Sl. 101

288. Frankfurter Allgemeine Zeitung: Paritätspreissystem unter der Lupe, Frankfurt/Main, 28.1.1952

289. Frankfurter Allgemeine Zeitung: Die künftige amerikanische Agrarpolitik, Frankfurt/Main, 15.10. 1953

290. Galbraith, J.K.: A Vote in Favor, Reporter, 19.7. 1949, S. 14

291. Galbraith, J.K.: How Fares the Land?, Reporter, 14.4.1953, S. 21

292. Green, H.H.: The Choice between Regimentation and Opportunity, Northwestern Miller, Minneapolis, Minn., 20.9.1949, S. 18

293. Green, R.R.: An Analysis of the Brannan Plan, National Association of Manufacturers, Research Department, Oktober 1949

294. Guaranty Survey: The Problem of Farm Price Supports, Guaranty Trust Co. of N.Y., März 1950, S. 1

295. Hall, Leonard: The Farmer looks at Washington, Reporter, 13.10.1953, S. 23

296. Harper, Floyd E.: The Government's Agricultural Policy and Inflation, Proc APSc, Vol. 123, Mai 1948, S. 38

297. Heline, O.: Farmers Should be Concerned, FPF, Vol. 6, S. 17

298. Hendrickson, R.F.: Parity Rollback: it's in the Law, Co-op, Winter 1951, S. 10

299. Hendrickson, R.F.: Wheat is Political Dynamite, Co-op, Spring 1953, S. 51

300. Hill, E.H.: Benson's Basic Concepts are Sound, FPF, Vol. 6, März 1953, S. 19

301. Hirsch, Julius, Hirsch, Edith: Farm Surpluses Passing their Peak, CFC, Vol. 171, 16.3.1950, S. 1098

302. Hoffmann, S.S.: The Floor under Farm Prices, CBBR, Vol. 9, September 1952, S. 347

303. Hoffmann, S.S.: Reaxamining the Farmers' Cost, CBBR, Vol. 10, April 1953, S. 160

304. Hoffmann, S.S.: How the Farmer is Faring, CBBR, Vol. 10, September 1953, S. 358

305. Hoffmann, S.S.: How Farm and Nonfarm Income Compare, CBBR, Vol. 11, Januar 1954, S. 18

306. Holman, R.L.: Is a Farm Depression Likely?, Challange Magazine, New York, September 1955, S. 20

307. Hopper, W.C.: How Agricultural Price Supports Work, Foreign Trade, Government Printing Bureau, Ottawa, Ontario, 28.2.1953, S. 16

308. Jesness, O.B.: Our Future Farm Price Policy, FPF, Vol. 5, Mai 1952, S. 16

309. Jesness, O.B.: Price Supports in Depression, FPF, Vol. 6, Juni 1953, S. 17

310. Jesness, O.B.: Price Supports Today, Bankers Monthly, Chicago, September 1953, S. 62

311. Jesness, O.B.: Farm Goal: Permanent Prosperity, Nation's Business, Chamber of Commerce, U.S., Washington, D.C., Januar 1954, S. 54

312. Kaldor, Donald R.: Pricing to Encourage Progress and Stability, FPF, Vol. 6, Juni 1953, S. 26

313. Kantner, A.H.: Productive Capacity of Agriculture, FRB Atlanta, Monthly Report, Vol. 37, Oktober 1952, S. 82

314. Kline, Allan B.: Cheaper Food - Promise or Political Lure?, Collier's Magazine, Reprint, 13.5.1950

315. Landsberg, Hans: Keeping Farmers Solvent, Reporter, N.Y., 14.3.1950, S. 8

316. Landsberg, H.H.: The Farmer, the Emergency and the Brannan Plan, Reporter, Mai 1951, S. 35

317. Lee, I.M.: Price Supports, California Agriculture, California Agricultural Experiment Station, Vol. 2, Oktober 1948, S. 2

318. Malone, C.C.: What have our Farm Programs Accomplished?, FPF, Vol. 6, Juni 1953, S. 8

319. McCaffrey, J.L.: A Way to stable Farm Prices, Newsweek, 30.11.1953, S. 35

320. Meenen, Henry J.: Competition - A Problem not to overlook when Planning the Farm Business, Arkansas Extension Economist, Dezember 1950

321. Mehren, G.L.: Support and Control in the Farm Economy, Appraisal Journal, Chicago, Vol. 17, Oktober 1949, S. 423

322. Michigan State College, Department of Agricultural Economics: Handbook of Information and Statistics Related to Price Policy and Production in Agriculture, East Lansing, Michigan, September 1953

323. Michigan State College, Department of Agricultural Economics: A Farm Price Program - What Kind should it be?, Open Meeting on Agricultural Policy, East Lansing, 1953

324. Mitchell, C.C.: A Reply to Critics of Farm-Price Support, Co-op, März 1953, S. 22

325. Mitchell, C.C.: Parity Price Supports and Controlled Inflation, FPF, Vol. 6, Juni 1953, S. 21

326. Moore, Arthur: How many Farmers do we Need?, FPF, Vol. 5, S. 23

327. Motheral, J.R.: No Escape to the Past, Co-op, Spring 1953, S. 25

328. Murphy, Donald R.: Do we need a Government Farm Program?, FPF, Vol. 6, Juni 1953, S. 5

329. Naidich, Rose: Problems of Farm Price Supports, CBBR, Vol. 6, Februar 1949, S. 63

330. Naidich, Rose: A New Parity Plan for Farmers, CBBR, Vol. 6, Mai 1949, S. 170

331. Naidich, Rose: Higher Support Prices in 1950?, CBBR, Vol. 6, November/Dezember 1949, S. 450

332. Naidich, Rose: First, Potatoes: now Pork, CBBR, Vol. 7, April 1950, S. 151

333. Nat.City Bk.of N.Y.: Stockpiling and Farm Price Supports, Monthly Letter on Economic Conditions, Juli 1948, S. 74

334. Nat.City Bk.of N.Y.: The Farm Surplus Problem, Monthly Letter on Economic Condition, März 1950, S. 33

335. Nat.City Bk.of N.Y.: The Farm Price-support Issue, Monthly Letter on Economic Conditions, September 1952, S. 104

336. Nat.City Bk.of N.Y.: More on Farm Price Supports, Monthly Letter on Economic Conditions, Juli 1953, S. 79

337. Nat.City Bk.of N.Y.: Prospects for Agriculture, Monthly Letter on Economic Conditions, September 1953, S. 104

338. Nat.City Bk.of N.Y.: Agricultural Conditions, Monthly Letter on Economic Conditions, November 1953, S. 128

339. Nat.City Bk.of N.Y.: The Farm Outlook, Monthly Letter on Economic Conditions, Mai 1954, S. 50

340. National Council of Churches of Christ in the U.S.A.: Farm Prices and Farm Incomes, Central Department of Research and Survey, New York Information Service, 14.3.1953, S. 1

341. National Grange: Summary of Legislative Policies and Programs of the National Grange, Washington, D.C., 1953

342. Nation's Agriculture: Where we are Today, AFBF, Chicago, Juni 1953, S. 6

343. Nation's Agriculture: Farm Price Support Programs, AFBF, Chicago, Juli/August 1953, S. 6

344. Newsweek: Benson's Hope: Sense at Home, Food for the World, 30.11.1953, S. 31

345. New York Times: The Federal Farm Board, 4.8.1932, S. 4

346. New York Times: Roosevelt and the Election Campaign, 15.9.1932, S. 4

347. Parsons, F.L.: Supports May Promote a Record Wheat Acreage, FRB Minneapolis, Monthly Review, Vol. 9, Dezember 1948, S. 636, S. 642

348. Parsons, F.L.: Pros and Contras of the Brannan Plan, Northwestern Miller, Minneapolis, Minn., 17.5.1949, S. 32

349. Rawlings, B.R.: Farm Price Stability in 1952, FRB Atlanta, Monthly Report, Vol. 37, Februar 1952, S. 13

350. Reporter: The Farmers Catchup since 1924, 19.7.1949, S. 7

351. Shepherd, G.: Parity Loops Again, Co-op, Spring 1951, S. 25

352. Simerl, L.H.: A Brief Illustation of the Flexible Price Support Program, Oklahoma Current Farm Economics, Oklahoma Agricultural and Mechanical College, Stillwater, Oklahoma, Vol. 22, April 1949, S. 59

353. Smith, M.G.: Fixed and Flexible Price Supports, Let's Discuss, Extension Service Ohio, No. 1, April 1949

354. Smith, M.G.: Price Supports and Income Supports, Let's Discuss, Extension Service Ohio, No. 2, Juni 1949

355. Smith, M.G.: 1949 International Wheat Agreement, Let's Discuss, Extension Service Ohio, No. 3, August 1949

356. Smith, Russell: The Brannan Plan, Counterattack in Favor, The Antioch Review, Vol. 10, März 1950, S. 62

357. Soth, Lauren: Conflicts in Farm Price Policy, Antioch Review, Vol. 9, März 1949, S. 60

358. Taylor, H.C.: Secretary Brannan Runs out on his own Program, Barron's National Business and Financial Weekly, New York, 18.4.1949, S. 15

359. Taylor, H.S.: Parity: One wrong answer for all Farm Programs, Barron's National Business and Financial Weekly, 24.5.1948, S. 7

360. Thatcher, M.W.: Farm Prices are made in Washington, Co-op, Summer 1952, S. 3

361. Time Magazine: The Squeeze, 18.4.1955, S. 50

362. University of Missouri, Department of Agricultural Economics: Yardstick for Measuring Farm Price Programs, 18.11.1953

363. USN: Farm Outlook, 11.6.1947, S. 13

364. USN: Cost of Price Dip to Agriculture, 27.2.1948, S. 15

365. USN: Farm Prospect, 5.3.1948, S. 24

366. USN: Keeping Farm Prices High, 25.6. 1948, S. 24

367. USN: Return of Big-Crop Problem, 23.7. 1948, S. 46

368. USN: Farm Prices: Campaign Dilemna, 10.9.1948, S. 14

369. USN: High Prices Ahead for Crops, 1.10. 1948, S. 38

370. USN: Too much Food: Tax Burden, 18.2. 1949, S. 14

371. USN: How new Farm Plan Works, 15.4.1949, S. 43

372. USN: Bigger: Crops and Farm Problem, 19.8.1949, S. 16

373. USN: Bumper Crop: Signal of Trouble, 24.2.1950, S. 54

374. USN: Are U.S. Farmers really in Trouble?, 27.2.1953, S. 61

375. USN: Brannan Plan - 1953 Model, 25.9. 1953, S. 36

376. USN: Here's a Price Squeeze on 6 Million Families, 2.10.1953, S. 82

377. USN: Money for Farmers is running out, 15.1.1954, S. 74

378. USN: 8,5 Billions for Farm Surplus, 22.1.1954, S. 79

379. USN: Where Times are getting Harder, 25.3.1955, S. 98

380. Venstrom, Cruz: Secretary Brannan's Proposed Farm Program, California Farm Bureau Monthly, Mai 1949, S. 14

381. Watson, W.P.: What do Farmers want?, New Jersey Municipalities, New Jersey, November 1952, S. 31

382. Wellman, H.R.: Stabilization of Farm Prices, Food Technology, Vol. 4, Mai 1950, S.219

383. Wellman, H.R.: National Farm Price Policy, California Agriculture, California Agricultural Experiment Station, Vol. 6, Mai 1952, S. 2

384. Wellman, H.R.: National and Farm Incomes, California Agriculture, California Agricultural Experiment Station, Vol. 7, April 1953, S. 2

385. Wheildon, L.B.: Price Supports for Farm Products, American Affairs, Washington, D.C., 21.4.1948, S. 251

386. Working, E.J.: Price Ceilings do have a Place, PFP, Vol. 5, Mai 1952, S. 27

4. Offizielle Publikationen amerikanischer Behörden, Dienststellen, Regierungsmitglieder, Senatoren, Mitglieder des Repräsentantenhauses etc.

387. Aiken, G.D., Brannan, C.F., Hope, C.: The Big Three of Farm Planning agree on Parity and Subsidies ..., Reporter, 19.7.1949, S. 12

388. Aiken, G.D.: A Flexible Farm Price Program will aid Foreign Trade, C.F.C., Vol. 178, 26.11.1953, S. 2070

389. Akers, Howard A.: The 1953 Price Support Program for Peanuts, Statement, USDA, PMA, processed, 29.10.1953

390. Been, R.O.: Price Spreads between Farmers and Consumers, USDA, BAE, Agricultural Information Bulletin No. 4, November 1949

391. Been, R.O.: The Farmer's Share of the Consumer's Food Dollar, USDA, BAE, Leaflet No. 123, 1947

392. Benson, E.T.: My General Statement on Agricultural Policy, FPF, März 1953, S. 13

393. Benson, E.T.: The Farm Program and the Farm Earnings, CFC, No. 178, 10.9.1953, S. 905

394. Benson, E.T.: Progress in Agriculture, CFC, Vol. 178, 1.10.1953, S. 1236

395. Benson, E.T.: What Kind of Farm Program do we want?, Country Gentleman, Philadelphia, Vol. 123, Oktober 1953, S. 33

396. Benson, E.T.: Long-Term Factors are working for the Farmers, (Adress before the Nat. 4-H-Club Congress, Chicago, 30.11.1953), CFC, Vol. 178, 10.12.1953, S. 2270

397. Benson, E.T.: The Farm Situation Calls for Revised Action, CFC, Vol. 178, 31.12.1953, S. 2630

398. Benson, E.T.: Statement, Foreign Trade in Agricultural Products, Hearings before the Committee on Agriculture and Forestry, U.S.Senate, Washington, D.C., Part I, 1953, S. 9

399. Benson, E.T.: Press Conference, USDA, Office of the Secretary, 11.1.1954

400. Benson, E.T.: Farm Goal: Permanent Prosperity, Nation's Business, Januar 1954, S. 54

401. Brannan, C.F.: Learning to live with our Abundance, Talk before the Annual Meeting of the Farmers Union Grain Terminal Association, St. Paul, Minnisota, 14.12.1948

402. Brannan, C.F.: Low Prices for the Consumer, High Income for the Farmer, Interview, Brannan Plan, USN, 29.4.1949, S.32

403. Brannan, C.F.: The New Farm Program: What it seeks to do; how it would work, Co-op, Juni 1949, S. 9

404. Brannan, C.F.: A Defense of Production Payments on Nonstorable Farm Products, CFC, Vol. 170, 11.8.1949, S. 550

405. Brannan, C.F.: Problem of Agricultural Abundance, CFC, Vol. 170, 1.9.1949, S. 849

406. Brannan, C.F.: A New Farm Stabilization Program Needed, CFC, Vol. 170, 8.9.1949, S. 940

407. Brannan, C.F.: The Heart of Our Nation, Virginia State University, Proceedings of the Institute of Public Affairs, 1950, S. 1

408. Brannan, C.F.: How High are Farm Prices?, Agricultural Situation, USDA, AMS, März 1950, S. 7

409. Brannan, C.F.: Taking the American Farmer for a Rough Ride, Co-op, März 1951, S. 27

410. Brannan, C.F.: Food Prices and Farm Returns, Statement, U.S.House of Representatives, Hearings before the Committee on Agriculture and Forestry, USDA 987 - 1951, 24.4.1951

411. Brannan, C.F.: Problems of Agricultural Production, Annals of the American Academy of Political and Social Science, Philadelphia, November 1951, S. 119

412. Brannan, C.F.: Farm Prices in the Price Control Picture, USDA 359-1951, processed, 1951

413. Christensen, R.P.: The Changing Pattern of the Farm Production, Agricultural Situation, USDA, AMS, November 1950, S. 4

414. Church, D.E.: Effect of the Increases in Freight Rates on Agricultural Products, USDA, Circular No. 847, April 1950

415. Commodity Research Bureau, Inc.: Commodity Yearbook, 1951, New York, 1951

416. Commodity Research Bureau, Inc.: Commodity Yearbook, 1953, Editor: Harry Jiler, New York, 1953

417. Coolidge, Calvin: Presidential Message to Congress, Executive Office of the President, 6.12.1923

418. Eisenhower, D.D.: Message from the Presidnet of the United States, Recommendations Affecting the Nation's Agriculture, U.S. House of Representatives, 83d Congress, 2d Session, Document No. 292, 11.1.1954

419. Eisenhower, D.D.: Message of the President of the U.S., Recommendations Affecting the Nation's Agriculture, Washington, D.C., Januar 1956

420. Executive Office of the President: The Federal Budget in Brief, Fiscal Year 1956, U.S. Bureau of the Budget, Washington, D.C., 1955

421. Federal Farm Board: Second Annual Report of the Farm Board, Washington, D.C., 1932

422. Federal Farm Board: Third Annual Report of the Farm Board, Washington, D.C., 1933

423. Federal Reserve Bulletin: Recent Development in Agriculture, Vol. 36, September 1950, S. 1099

424. Federal Reserve Bulletin: Agricultural Supply and Price Developments, Vol. 39, September 1953, S. 933

425. Federal Reserve System, Board of Governors: The Balance Sheet of Agriculture, 1953, Reprinted from the Federal Reserve Bulletin, August 1953

426. Fox, K.A.: The Analysis of Demand for Farm Products, USDA, Technical Bulletin No. 108, September 1953

427. Franck, P.G.: Problems in Price Control: Stabilization Subsidies, U.S. Office of Contemporary Controls, Publication No. 10, 1947

428. Freehill, J.H.: Price Stabilization ... to April, 1953, A Report of the Joint Committee of Defense Production of the U.S.Senate, U.S.Office of Price Stabilization, Office of the Director, Washington, D.C., 1953

429. Garlock, F.L. u.a.: The Balance Sheet and Current Financial Trends of Agriculture, USDA, BAE, Information Bulletin No. 73, November 1951

430. Gubin, S.N.: Paritätshandbuch der U.S.A., Übersetzer: I.Flach, R.v.Benda, AID, Heft 74 a, Frankfurt/Main, 1955

431. Henderson, H.W.: Price Programs of the USDA, 1949, USDA, PMA, Misc. Publication No. 683, 1949

432. Hope, Clifford: Analysis of the Brannan Plan, Extension of Remarks in the U.S. House of Representatives, Government Printing Office, Washington, D.C., 31.3.1950

433. Hope, Clifford: An Analysis of the Brannan Farm Plan, Northwestern Miller, 11.7. 1950, S. 37

434. Hope, Clifford: What's Ahead in Agriculture?, CFC, Vol. 177, 12.3.1953, S. 1114

435. Hope, Clifford: Farm Programs are Important for Everybody, Paper, Grange Day, U.S. House of Representatives, Committee on Agriculture and Forestry, 22.8. 1953

436. Hutchinson, K.T.: Price Supports for Perishables, USDA Publication No. 2148-1949, Washington, D.C., 1949

437. Kline, Allan B.: Statement, National Farm Program, Subcommittee of the Committee on Agriculture and Forestry, U.S. House of Representatives, 28.4.1949

438. Kline, Allan B.: Proposed Legislation relative to the Parity Formula and the Level of Price Supports, Statement, U.S. Senate, Committee on Agriculture and Forestry, 18.4.1952

439. Koffsky, N.: What ERP Means to Farmers, Agricultural Situation, USDA, AMS, Mai 1948, S. 1

440. Lewis, E.A.: (Compiler): Farm Relief and Agricultural Adjustment Acts, U.S.Government Printing Office, Washington, D.C., 1948

441. Lewis, E.A.: (Compiler): Farm Relief and Agricultural Adjustment Acts, U.S. Government Printing Office, Washington, D.C., 1951

442. McElveen, J.V., Bachman, K.L.: Low Production Farms, USDA, BAE, Information Bulletin, No. 108, Juni 1953

443. Peterson, P.G.: Prices of Wheat and Wheat Products, History of Prices During the War, War Industries Board, Washington, D.C., Price Bulletin, No. 9, 1922

444. Randall, C.B.: Report to the President and the Congress, Commission on Foreign Economic Policy, Washington, D.C., Januar 1954

445. Randall, C.K.: Parity Prices, Agricultural Economic Research, USDA, BAE, Vol. 1, Januar 1949, S. 11

446. Randall, C.K.: Parity Prices under the New Law, Agricultural Situation, USDA, AMS, Februar 1950, S. 2

447. Ranndall, C.K.: The Proposed Farm Program, Agricultural Situation, USDA, AMS, Februar 1954, S. 3

448. Rasmussen, W.D., Baker, G.L.: A Chronology of the Department of Agriculture's Food Policies and Related Programs, January 1947 - December 1951, USDA, BAE, März 1952

449. Rose, J.K.: The Brannan Plan: A Proposed Farm Program, Public Affairs Bulletin No. 78, U.S. Library of Congress, Legislation Reference Service, Juni 1950

450. Somers, J.J.: Banks in the Farm Price Support Program, USDA, Marketing Activities, Vol. 16, Dezember 1953, S. 8

451. Stauber, B.R., Koffsky, N.M., Randall, C.K.: The Revised Price Indexes, Agricultural Economics Research, USDA, BAE, Vol. 2, April 1950, S. 33

452. Trigg, R.S.: Disposal A Problem as CCC Holdings Increase, Agricultural Situation, USDA, AMS, 5.6.1950, S. 2

453. Trigg, R.S.: Report of the President (R.S.Trigg) U.S.Commodity Credit Corporation, Superintendent of Documents, Washington, D.C., 1950

454. U.S.Bureau of Labor Statistics: Low Incomes and Underemployment in Agriculture, Monthly Labor Review, Vol. 75, Juli 1952, S. 48

455. U.S.Bureau of the Census: Portfolio of U.S.Census Maps, 1950 - 1953

456. U.S.Chamber of Commerce: The Brannan Plan, Economic Intelligence, Juli/August 1949, S. 1

457. U.S.Congress: Congressional Record, 68th Congr., 1st Sess., 1923

458. U.S.Congress: 94th Congress Record, No. A 4786, 1948

459. U.S.Congress: 94th Congress Record, No. 8563, 16.6.1948

460. U.S.Congress: 94th Congress Record, No. 10008, 5.8.1948

461. U.S.Congress: Congressional Digest, März 1950: Congress explores the Brannan Plan

462. U.S.Congress: Farm Remedies, Congressional Quarterly Weekly Report, Vol. 11, 4.12.1953, S. 1383

463. U.S.House of Representatives (USHR): National Agricultural Conference Report, Document No. 195, 1922, 67th Congr., 2d Sess.

464. USHR: McNary-Haugen Export Bill, Hearings before the Comm.of Agr. and Forestr. 68th Congr., 1st Sess. 1923

465. USHR: Publication No. 6563, Tinchner Bill 1926

466. USHR: Publication No. 13991, 1932

467. USHR: Report No. 1241, 74th Congress, 2d Session, 1936

468. USHR: Hearings before the Committee on Banking and Currency, H.R. 2725, 1943

469. USHR: Testimony of the Secretary of Agriculture Brannan, General Farm Program, Hearings before the Comm. on Agr. and Forestry, 1949, S. 7

470. USHR: Wheat Program, Hearings before the Wheat Subcommittee of the Committee on Agriculture and Forestry, 1950, Serial MM

471. USHR: Disposal of Surplus Perishable Agricultural Commodities, Hearings before the Comm. on Agr. and For., H.R. 9313, Serial YY, 1950

472. USHR: Farm Prices and Farm Income; CCC and PMA; Rural Electrification Administration, Hearings before the Comm. on Agr. and For., 1951, Vol.1

473. USHR: Parity Prices for Agricultural Commodities, Report No. 2490 (Mr. Cooley) 5.7.1952

474. USHR: Long Range Agricultural Policy, Hearings before the Comm. on Agr. and For., 1953

475. USHR: Key Features of Multiple Price Plans for Wheat, 25.8.1953

476. USHR: Long Range Farm Program, Hearings before the Committee on Agriculture and Forestry, Serial R, 1953

477. U.S.Senate: Report No. 410, 68th Congress, 1st Session, 1924

478. U.S.Senate: Curtis-Crispin Bill, Publication No. 5088, 1926

479. U.S.Senate: Senate Document No. 1022, 1948

480. U.S.Senate: Providing for a Coordinated Agricultural Program, Report by Mr. Aiken, Report No. 1295, 17.5.1948

481. U.S.Senate: Farm Price Support Program, Report Mr. Anderson, Report No. 1130, 6.10.1949

482. U.S.Senate: Utilization of Farm Crops, Pt. 1-5, 1950 Hearings before a Subcommittee of the Comm. on Agr. and Forestry

483. U.S.Senate: Price Supports for Perishable Products, Comm. on Agriculture and Forestry, 17.10.1951

484. U.S.Senate: Increasing Domestic Wool Production, Document No. 100, 5.2.1952

485. U.S.Senate: Farm Price Support and Production Goals, Hearings before a Subcomm. of the Comm. on Agr. and Forestry, 1952

486. U.S.Senate: Parity Handbook, Presented by Mr. Ellender, Document No. 129, 13.5. 1952

487. U.S.Senate: Parity Prices of Basic Agricultural Commodities, Report by Mr. Young, Report No. 1674, 4.6.1952

488. U.S.Senate: Long Range Farm Program, Hearings before the Committee on Agr. and For., Pt. 1 - 11, 1953

489. U.S.Senate: Foreign Trade in Agricultural Products, Hearings before the Comm. on Agr. and For., Pt. 1-5, 1953

490. USDA, AMS: (United States Department of Agriculture, Agricultural Marketing Service) Farmers Prices over ten Years of War and Peace, 1940 - 1950, März 1950

491. USDA, AMS: Questions and Answers on Federal Milk Marketing Orders, Januar 1954

492. USDA, AMS: The Index of Prices Received by Farmers, Januar 1954

493. USDA, AMS: Fresh Fruit and Vegetable Prices 1954, Fruit and Vegetable Division, Statistical Bulletin No. 166, September 1955

494. USDA, BAE: (Bureau of Agricultural Economics): Agriculture in the World War Period, Yearbook of Agriculture, 1940

495. USDA, BAE: Agricultural Statistics, 1942

496. USDA, BAE: Crops and Markets 1949, Superintendent of Documents, 1949

497. USDA, BAE: Agricultural Outlook Charts, 1950, 1949

498. USDA, BAE: Crops and Markets 1950, Superint. of Doc., 1950

499. USDA, BAE: Agricultural Outlook Charts 1951, 1950

500. USDA, BAE: Agricultural Statistical Bulletin No. 108, Crop Reporting Board, Superint. of Doc., März 1951

501. USDA, BAE: Crops in Peace and War, The Yearbook of Agriculture 1950-1951, Superint. of Doc., 1951

502. USDA, BAE: Agricultural Statistics 1951, Superint. of Documents, 1952

503. USDA, BAE: Crops and Markets 1952, Superint. of Doc., 1952

504. USDA, BAE: Farm Costs and Returns 1952, USDA Agricultural Information Bulletin No. 116, August 1953

505. USDA, BAE: The Balance Sheet of Agriculture 1953, USDA Agricultural Information Bulletin No. 115, September 1953

506. USDA, BAE: Agricultural Outlook Charts 1954, Oktober 1953

507. USDA, BAE: Crops and Markets 1953, Superint. of Doc., 1953

508. USDA, BAE: Agricultural Prices, 30.9.1953

509. USDA, BAE: Agricultural Prices, 29.1.1954

510. USDA, BAE: Agricultural Prices, 26.2.1954

511. USDA, BAE: Farm Costs and Returns 1954, Agricultural Research Service, Agricultural Information Bulletin No. 139, Juni 1955

512. USDA, CCC: Wheat Price Support Loan Operations 1938 - 1948, 1949

513. USDA, CCC: Wheat Price Support Loan Operations 1949 - 1950, 1951

514. USDA, CCC: Charts - Providing a Graphic Summary of Operations 1933 - June 30, 1952, November 1952

515. USDA, CCC: Corn Price Support Loan Operations, 1933 - 1952, 1952

516. USDA, CCC: Report of the President (H.H.Gordon) of the CCC, 1953

517. USDA, CCC: CCC Price Support Statistical Handbook, November 1953

518. USDA, CCC: Review of Program Operations, CCC, Fiscal Year 1952, 1953

519. USDA, CCC: Active and Announced Price Support Programs, Approved by the Board of Directors, Through January, 1954, 1954

520. USDA, CCC: Report of Financial Conditions and Operations as of January 31, 1954, Februar 1954

521. USDA, CCC: 1954 Fiscal Year Announced Programs under Section 32 of the Act of August 24, 1953, as amended, and Section 6 of the National School Lunch Act of 1946 as of January 31, 1954

522. USDA, CCC: Active and Announced Price Support Programs, Approved by the Board of Directors, Through February 28, 1954, 10.3.1954

523. USDA, CCC: Status of CCC Price-Support Programs as of February 28, 1954, 31.3.1954

524. USDA, CCC: CCC Commodities Available for Domestic Sale During April, 1.4.1954

525. USDA, FAS: Foreign Agricultural Situation, Office for Foreign Agricultural Relation, Oktober 1952

526. USDA, FAS: Foreign Agricultural Situation, Office for Foreign Agricultural Relations, Oktober 1953

527. USDA, FAS: Significance of Improvement in Foreign Exchange Reserves for U.S. Agricultural Trade, Foreign Agriculture Circular, 1.2.1954

528. USDA, Farm Credit Administration: Annual Report, 1947 - 1948, 1949

529. USDA, Office of Information Services: Press Releases 1913 - 1947, 21.8. 1947

530. USDA, Office of Information Services: Price Programs of the USDA, Agriculture Information Bulletin No. 13, Revised December, 1933 - 1953

531. USDA, Office of the Secretary: Annual Report of the Secretary of Agriculture, Washington, D.C., 1922

532. USDA, PMA: (Production and Marketing Administration) Report of the Administration of Agricultural Adjustment Act, 1933 - 1935, Washington, D.C., 1936

533. USDA, PMA: A Report and Appraisal of Price Support Programs for Gum Naval Stores, 1934 - 1946, Naval Store Division, 1947

534. USDA, PMA: Marketing Margins and Costs for Farm Products, 15.6.1948

535. USDA, PMA: Consumption of Food in the U.S. 1909 - 1948, Miscellaneous Publication No. 691, August 1949

536. USDA, PMA: A Staff Report on the Scope and Cost of Price Support Programs for Perishable Agricultural Commodities, 1933 to date, 17.10.1951

537. USDA, PMA: Parity Handbook, März 1952

538. USDA, PMA: Compiliation of Legislation Related to Agriculture, as of January 31, 1953, Agriculture Handbook No. 49, 1953

539. USDA, PMA: The National School Lunch Program, A Progress Report, P.A. 208, Juni 1952

540. USDA, PMA: Price Support Handbook, November 1952

541. USDA, PMA: Section 32 Handbook, März 1953

542. USDA, PMA: The Outlook for Peanuts in 1953/ 1954, 29.10.1953

543. USDA, PMA: Report of the Administrator of the PMA, 1953

544. USDA, PMA: The Farm Income Situation, 1955 Outlook Issue, Oktober 1954

545. USDA, PMA: U.S.Export Programs, 1955

546. USDA, Price Stabilization Agency: Report of Experiences, 1953

547. U.S. Department of Commerce: Historical Statistics of the U.S., 1789 - 1945, 1946

548. Wann, J.L. u.a.: Farmers' Produce Markets in the U.S., USDA, PMA, Januar 1948

549. Wilcox, W.W.: Alternative Policies for American Agriculture, Public Affairs Bulletin No. 67, U.S. Library of Congress, Ligislation Reference Service, März 1949

5. Deutschsprachige Literatur

550. Auslandsinformationen für Ernährung und Landwirtschaft: Die Stützung der Agrarpreise in den U.S.A., Hamburg, Band 6, Nr. 33, 1953, S. 1

551. Graevenitz, H.-J.v.: Paritätspreise im Rahmen der landwirtschaftlichen Preisstützungspolitik in den U.S.A., Dissertation 1953, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Frankfurt/Main, (Neumark/Skalweit)

552. Gross, H.: USA-Agrarpolitik in der Sackgasse, Handelsblatt, Düsseldorf, Nr. 3, 6.1.1956

553. Hanau, A.: Preisprobleme auf dem Agrarmarkt, Archiv der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, Band 3, 1949, Sonderdruck

554. Hanau, A.: Paritätspreise, Agrarwirtschaft, Hannover, 1952, S. 161

555. Herlemann, H.H.: Wege und Wirkungen des Agrarprotektionismus, Wirtschaftsdienst, 1953/54, S. 217

556. Institut für landwirtschaftliche Marktforschung, Braunschweig-Völkenrode: Streiflichter auf die in den Vereinigten Staaten, in der Schweiz, in England und in Schweden angewandten oder angestrebten Systeme der Preis- und Einkommensbeeinflussung in der Landwirtschaft; 21.3.1951

557. Itschner, H.: Preisstützungsmassnahmen für landwirtschaftliche Erzeugnisse im Ausland, Berichte über Landwirtschaft, BELF, Band 30, Heft 1 1952, S. 113

558. Neue Züricher Ztg.: Die Auswirkungen der neuen amerikanischen Agrargesetzgebung No. 359, 31.12.1954 und No. 1, 1.1.1955

559. Neue Züricher Ztg.: Preisstützung und Agrarüberschüsse in den Vereinigten Staaten, No. 102, 15.4.1955

560. Neue Züricher Ztg.: Lage der Farmer und Agrarpolitik in Amerika, No. 346, 17.12.1955, Blatt 11

561. Plate, R.: Das Paritätspreissystem der U.S.A. für Agrarerzeugnisse, Wirtschaftsdienst, Hamburg, Heft 3, August 1949, S. 14

562. Rosenstiel, F.H.: Die Agrarsorgen Amerikas, FAZ, Nr. 246, 22.10.1955

563. Schlange, E.S.: Der Rückgang der amerikanischen Agrarpreise, Agrarwirtschaft, Hannover, 1953, S. 185

564. VWD (Vereinigte Wirtschaftsdienste): Das Farmereinkommen in den Vereinigten Staaten bleibt zurück, 25.11.1955, Anhang

565. Weber / Meinhold: Agrarpolitik, Berlin 1951

Lebenslauf

Ich wurde am 30.4.1930 in Hirschberg, Riesengebirge, als Sohn des Professors Dr. Max F. Wocke und seiner Ehefrau Charlotte, geb. Pankow, geboren. Zur Schule ging ich in Breslau, Jena und Oldenburg i.O.. Das Abitur bestand ich 1950 an der Graf-Anton-Günther-Schule in Oldenburg i. O.. Ich studierte Volkswirtschaftslehre von 1950 bis 1953, und zwar in Marburg, Hamburg und Freiburg i.Br.. An der Universität Freiburg i.Br. legte ich 1953 die Diplomprüfung für Volkswirte ab. Für die Jahre 1953/54 erhielt ich ein Fulbright scholarship und war an der Northwestern University (Evanston, Ill.) und an der Stanford University (Stanford, Cal.) mit den Vorbereitungen für diese Arbeit beschäftigt.